

**3. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Mittwoch, 19. November 2008
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 22.35 Uhr**

Anwesend sind: 48 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ursula Amsler Celidonio, 3. Käthi Bolzern, 4. Rolf Braun,
5. Lukas Derendinger, 6. Werner Good, 7. Brigitte Kissling, 8. Thomas Marbet,
9. Dr. Rudolf Moor, 10. Markus Oegerli, 11. Brigitte Rosselet, 12. Luzia Stocker Rötheli,
13. Dr. Arnold Uebelhart, 14. Dieter Ulrich, 15. Lea von Wartburg, 16. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp,
6. Stefan Nünlist, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Daniel Probst, 9. Thomas Rauch,
10. Andreas Schibli, 11. Rolf Schmid, 12. René Wernli, 13. Christian Wüthrich, 14. Nico Zila

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Daniel Joss, 5. Patrick Kissling,
6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen, 8. Armand Weissen

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. André Kappeler (bis 22.10 Uhr), 3. André Köstli (bis 22.10 Uhr),
4. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Anita Huber, 2. Iris Schelbert, 3. Theo Schöni, 4. Felix Wettstein

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Junge Alternative:

1. Anna Engeler

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit
Peter Schafer, Direktion Soziales
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent
Urs Husi, Finanzverwalter-Stv.
Urs Kissling, Chef Tiefbau
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Mario Schenker, Controller
Markus Sieber, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Rudolf Lutz
Jonas Hertner

Vorsitz: Werner Good

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Jugendkommission/Ersatzwahl
3. Budget 2009/Genehmigung
Mit dem Budget in Zusammenhang:
 - 3.1 Personalwesen, Lohnanpassung/Festlegen Budgetgrundlagen
 - 3.2 Museen der Stadt Olten, Neubau/Sanierung und Erarbeitung Wettbewerbsgrundlagen/Kreditgenehmigung
 - 3.3 Stadthaus, Ersatz Heizzentrale mit Blockheizkraftwerk/Kreditbewilligung
 - 3.4 Froheimschulhaus, Ersatz Fenster mit Sonnenschutz/Kreditbewilligung
 - 3.5 Schwimmbad Olten, Ersatz Wärmeanlagen/Projekt- und Kreditgenehmigung
 - 3.6 Entlastungsstrasse Region Olten (ERO), Begleitung der Bauarbeiten durch externe Mitarbeiter, Honorare/Kreditgenehmigung
 - 3.7 Abfall eigener Haushalt, Budgeterhöhung/Genehmigung

* * *

Parlamentspräsident Werner Good: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, geschätzte Gäste und werte Vertreter der Presse. Ich möchte heute drei neue Mitarbeiter der Stadt Olten ganz besonders begrüßen: Finanzverwalter Markus Sieber, der heute in seiner Funktion anwesend ist, Rechtskonsulent Stefan Hagmann, und den Leiter Bildung und Sport, Ueli Kleiner. Willkommen bei uns in eurer Funktion.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Werner Good:

Buch Geschichte Hilfsverein Olten

Auf Ihrem Tisch liegt das Buch über die Geschichte des Hilfsvereins in Olten, der bis 1973 eigentlich die Armenfürsorge, Armenpflege auf freiwilliger Basis gemacht hat und im Jahr 2005 aufgelöst worden ist. Das ist die Aufarbeitung eines Teils der Geschichte der Stadt Olten.

* * *

Kleine Anfrage Andreas Schibli und Mitunterzeichnende betr. Kebab-Gebühren

Mit den Unterlagen zu dieser Sitzung haben Sie die schriftliche Beantwortung erhalten.

* * *

DUK-Bericht

Das Büro hat an seiner Sitzung vom 22. September einstimmig beschlossen, eine Strafanzeige gegen unbekannt wegen Amtsgeheimnisverletzung im Zusammenhang mit dem DUK-Bericht einzureichen. Wir sind der Meinung gewesen, dass wir einen solchen Verstoss nicht dulden können, da es sonst keine Möglichkeit mehr geben würde, etwas vertraulich zu behandeln. Mit dem Argument der geringen Aufklärungschance können wir sonst jedes Fehlverhalten entschuldigen. Der zweite Vizepräsident, Heinz Eng, hat daraufhin, weil er nicht an der Sitzung teilnehmen können, ein Wiedererwägungsgesuch eingereicht, das wir an der letzten Sitzung vom 3. November behandelt haben. Seine Begründung ist gewesen, dass die Sache einerseits mit dem Entscheid vom 18. September abgeschlossen sein soll und andererseits die Erfolgsaussichten eben sehr gering seien. Die Mehrheit des Büros hat den Antrag abgelehnt. Damit haben wir am 13. November die Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Postulat Urs Knapp (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Stadthaus Neuanfang statt Sanierung ohne Ende?

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. November 2008

Akten-Nr. 43/16

Prot.-Nr. 29

Kleine Anfrage Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Kebag-Gebühren/Beantwortung

Am 18. September 2008 hat Andreas Schibli (FdP) die nachfolgende kleine Anfrage eingereicht:

„Gemäss Medienmitteilung der Kebag AG Zuchwil wird der Entsorgungspreis für alle Aktionärs- und Vertragsgemeinden ab 1. Januar 2009, Privatkunden sowie Gewerbe- und Industriekunden von heute Fr. 153.— pro Tonne auf neu Fr. 135.— pro Tonne Kehricht (jeweils exkl. Zusatzaufwand, Kantonale Abgabe, Mehrwertsteuer) gesenkt.

Mit der Reduktion der Entsorgungsgebühren werden auch die Preise für die KEBAG-Säcke und KEBAG-Gebührenmarken angepasst. Aus diesem Grund wird der Stadtrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Werden die Oltner Gebühren angepasst?
2. Ist die Anpassung auf den 1.1.2009 vorgesehen?
3. Sind die neuen Gebühren kostendeckend im Sinne des Verursacherprinzips?
4. Ist eine Umstellung der Gebühren organisatorisch kurzfristig möglich?
5. Wenn nein, ist der Stadtrat bereit, die Gebührenanpassung raschmöglichst zu realisieren?“

Der Stadtrat beantwortet die kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Nach der Senkung der Grundgebühren auf den 1. Januar 2008 um Fr. 3.00 auf Fr. 42.00 (inkl. MwSt), hat der Stadtrat am 15. September 2008 beschlossen die Gebühren für Kehrichtsäcke und Kehricht-/Sperrgut-Containerbänder auf den 1. Februar 2009 wie folgt anzupassen:

Offizieller Kehrichtsack		neu	bisher
17 lt: pro Sack	Fr. 1.05, pro Rolle (10 Stk.)	Fr. 10.50	Fr. 11.00
35 lt: pro Sack	Fr. 2.00, pro Rolle (10 Stk.)	Fr. 20.00	Fr. 21.00
60 lt: pro Sack	Fr. 3.35, pro Rolle (10 Stk.)	Fr. 33.50	Fr. 35.00
110 lt: pro Sack	Fr. 6.00, pro Rolle (5 Stk.)	Fr. 30.00	Fr. 32.50
Offizielles Kehricht-/Sperrgut-Container-Band			
800 lt: pro Bogen	Fr. 42.00, Block à 10 Bänder	Fr. 420.00	Fr. 435.00
Offizielle Sperrgutmarke unverändert			
bis 10 kg: pro Stk.	Fr. 3.50, Bogen à 10 Marken	Fr. 35.00	unverändert

Zu Frage 2:

Aus organisatorischen Gründen kann die Lieferantin der Gebührenträger (PetroplastVinora) die Gebührenträger mit den neuen Preisen frühestens auf den 1. Februar 2009 ausliefern.

Zu Frage 3:

Dank der guten Abfallbewirtschaftung konnte die Abfallrechnung jedes Jahr mit einem Überschuss abgeschlossen werden. Zu den guten Abschlüssen tragen aber massgeblich auch die Erlöse bei, die momentan für Altglas, Papier, Karton und Metall erzielt werden. Aus diesem Grund kann die Abfallrechnung trotz Gebührensenkung voraussichtlich auch in Zukunft ausgeglichen abgeschlossen werden.

Zu Frage 4:

Die PetroplastVinora wird im Vorfeld sämtliche Lagerbestände der Verkaufsstellen zurückrufen und diese, sowie den eigenen Lagerbestand, mit den neuen Banderolen versehen. Die Kosten dafür belaufen sich einmalig auf rund Fr. 10'000.00.

Mitteilung an:

Baudirektion/Herr Adrian Balz

Werkhof Administration

Finanzdirektion/Herr Markus Sieber

Finanzkontrolle

Geschäftskontrolle

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. November 2008

Akten-Nr. 16/14

Prot.-Nr. 30

Jugendkommission/Ersatzwahl

Für die Jugendkommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für Natalie Spalding nominiert die SP Corinne Bader, Sonnhaldenstrasse 48, als neues Mitglied der Jugendkommission.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Wahl von Corinne Bader (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Wahl von Frau Corinne Bader (SP) genehmigt.

Mitteilung:

Frau Corinne Bader, Sonnhaldenstrasse 48, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Direktion Bildung und Sport

Kommissionenverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. November 2008

Akten-Nr. 13/12

Prot.-Nr. 31

Voranschlag 2009/Genehmigung

Das vorliegende Budget 2009 liegt im Rahmen der Resultate aus dem Finanzplan 2009 – 2015, welche vom Gemeindeparlament an der Sitzung vom 18. September 2008 zur Kenntnis genommen wurden. Dank der umsichtigen und nachhaltigen Finanzpolitik der vergangenen Jahre können, trotz gedämpfter Erwartungen an das Wirtschaftswachstum für das Jahr 2009 und noch nicht ausgestandener globaler Finanzkrise, die Steuersätze für Natürliche und Juristische Personen unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuer belassen werden. Gebühreseitig verschafft der Stadtrat durch seinen Beschluss zur Senkung der Kehrrechtsackgebühr per 1. Februar 2009 nach der Senkung der Kehrrechtgrundgebühren im 2008 eine weitere Entlastung.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den Voranschlag für das Jahr 2009, basierend auf den Budgetrichtlinien sowie dem Investitions- und Finanzplan, mit dem Antrag auf Zustimmung.

1. Ausgangslage

Im Lichte der globalen Finanzkrise hat die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) im Verlauf des dritten Quartals 2008 die Prognose für das BIP-Wachstum ungewöhnlich stark noch unten korrigiert und rechnet für das Jahr 2009 lediglich noch mit einem Wachstum von 0.3%. Für die beiden nächsten Quartale wird sogar mit einer schrumpfenden Schweizer Wirtschaft gerechnet.

Der aktuelle Finanzplan 2009 – 2015 zeigt, dass aufgrund des hohen und fremdbestimmten Anteils des Investitionsvolumens nicht alle im Finanzleitbild mittelfristig gesetzten Ziele erreicht werden können. Aufgrund des erhöhten Investitionsbedarfs und der rückläufigen Selbstfinanzierungskraft wird das Pro-Kopf-Vermögen abgebaut und es wird eine Pro-Kopf-Verschuldung bis Ende Planperiode von rund Fr. 1'200 prognostiziert. Bei dieser Ausgangslage bietet eine nachhaltige Finanzpolitik kurzfristig keinen Raum für weitere Steuersenkungen.

Im vorliegenden Budget sind auch die Mehrkosten für die hängige Besoldungsrevision für ein halbes Jahr enthalten.

2. Veränderungen im Budget / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

Mit der Bildung der Sozialregion Olten (Olten, Trimbach, Winznau, Wisen, Hauensteinlfenthal) werden der Voranschlag und die Rechnung der Sozialregion nach dem Gemeinschaftsmodell ausserhalb der Gemeinderechnungen der beteiligten Gemeinden respektive im Anhang ausgewiesen. Voranschlag und Rechnung sind dem

Gemeindeparlament bzw. in den Gemeindeversammlungen der einzelnen Vertragsgemeinden zur Beschlussfassung separat aufzulegen. Mit dieser gesonderten Rechnungslegung erfahren einzelne Sacharten grosse Veränderungen, so z.B. die Sacharten 30, 36, 43 und 46. Mit der Schaffung der Sozialregion werden die Gemeinkosten für Olten tiefer ausfallen.

3. Weitere grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Erfolgsrechnung)

Neben den vorgenannten Veränderungen sind insbesondere folgende grössere Abweichungen enthalten (in 1'000 Fr.):

• 028 Entlastung Verzinsung versicherungstechnisches Defizit Pensionskasse	- 417
• 028 Entlastung Beiträge städt. Pensionskasse	- 278
• 028 Mehrleistungen an Staatliche Pensionskasse	+ 149
• 211 Minderbelastung Oberschule (1 Abteilung weniger)	- 164
• 228 Zusatzaufwand für Integralunterricht HPS (gedeckt durch Mehrertrag)	+ 451
• 293 Mehrbelastung für Heiz- und Energiekosten	+ 115
• 340 Mehrbelastung für Eissportbetrieb (mit sep. Vorlage noch zu bewilligen)	+ 250
• 621 Anschaffungen Parkuhren und Doppelstockveloparkplätze	+ 109
• 650 Mehrbelastung für Beitrag an den öffentlichen Verkehr	+ 184
• 920 Beitrag an den Finanzausgleich	+ 397
• 940 Minderbelastung Kapitaldienst	- 832

Der Beitrag an den Finanzausgleich ist mit Fr. 1'817'400 um Fr. 397'000 höher als im Vorjahresbudget. Mit 24 % am Gesamtbetrag aller beitragszahlenden Gemeinden leistet Olten einen beachtlichen Anteil in diesen Ausgleichstopf.

4. Ergebnisse auf einen Blick

4.1. Ergebnis der Laufenden Rechnung

Bei einem Aufwand von Fr. 106'160'500 (ohne interne Verrechnungen von Fr. 11'284'400) und einem Ertrag von Fr. 108'662'200 wird ein **Mehrertrag von Fr. 2'501'700** ausgewiesen. Das Resultat liegt um Fr. 602'000 über dem Finanzplanwert.

4.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Bei Brutto-Ausgaben von rund 27 Mio. Fr. und Investitionseinnahmen von 1.3 Mio. Fr. betragen die Netto-Investitionen 25.7 Mio. Fr. und liegen im Rahmen des Finanzplans. Die geplante Investitionstätigkeit bleibt, wie bereits im Bericht und Antrag zum Investitions- und Finanzplan 2009 – 2015 dargestellt, in den folgenden Jahren auf hohem Niveau. Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen an den konsolidierten Ausgaben) steigt für das Budgetjahr auf sehr hohe 27.8% (= starke Investitionstätigkeit).

4.3. Gestufter Erfolgsausweis (in Tausend Fr.)

	Voranschlag	Finanzplan	Abweichung
3 Betrieblicher Aufwand vor Abschreibungen	93'958	94'700	-742
30 Personalaufwand	48'448	48'600	-152
31 Sachaufwand	18'201	18'300	-99
35 Entschädigungen Gemeinwesen	4'075	4'400	-325
36 Beiträge	22'066	21'800	266
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	166	600	-434
385 Vorfinanzierung bzw. Rücklagen für Verkehrsprojekt	1'002	1'000	2
4 Betrieblicher Ertrag vor Steuern	29'091	29'565	-474
41 Regalien und Konzessionen	164	165	-1
43 Entgelte	13'311	13'600	-289

	Voranschlag	Finanzplan	Abweichung
45 Rückerstattungen	5'941	5'900	41
46 Beiträge für eigene Rechnungen	9'675	9'700	-25
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-	200	-200
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vor Abschreibungen und Steuern	-64'867	-65'135	268
Ergebnis aus Finanzierung	-7'745	-8'165	420
32 Passivzinsen (Finanzaufwand)	-2'806	-2'800	-6
33 Abschreibungen (Finanzaufwand)	-9'395	-9'900	505
42 Vermögenserträge (Finanzertrag)	4'456	4'535	-79
Operatives Ergebnis vor Steuern	-72'612	-73'300	688
40 Steuerertrag	75'114	75'200	-86
Operatives Ergebnis nach Steuern	2'502	1'900	602

4.4. Inhalt des Voranschlages

Das städtische Budget umfasst 120 Dienststellen (Funktionen) für 6 Direktionen und 1'375 Aufwand- und Ertragskonti sowie 94 Konti in der Investitionsrechnung.

5. Abstimmung mit Zielsetzungen

Mit Finanzleitbild und Budgetrichtlinien wurden durch den Stadtrat folgende mittelfristige Finanzziele gesetzt:

- Ausgleich der laufenden Rechnung in jeder Periode.
- Minimalabschreibung des Verwaltungsvermögen mit 12% (kantonale Vorgabe 8%).
- Selbstfinanzierungsgrad von 100% für Investitionen mit Werterhalt bzw. 80% für Gesamtinvestitionen.
- Der Steuersatz für Juristische Personen nicht über 100% der einfachen Staatssteuern

- Die beeinflussbaren Ausgaben dürfen grundsätzlich nicht stärker als die erwartete Teuerung ansteigen. Abweichungen sind zu begründen.
- Der Nutzen und die Folgekosten für neue Projekte sind transparent auszuweisen.
- Die Qualität der Leistungen sind durch kunden- und wirkungsorientierte Instrumente zu fördern.

Abweichungen von den mittelfristigen Finanzziele im vorliegenden Budget:

Ein Selbstfinanzierungsgrad von 80 % für die Gesamtinvestitionen kann im aktuellen Budget aufgrund der hohen Investitionstätigkeit nicht erreicht werden. Mit einer mittel- bis langfristigen Optik sind die aktuellen 46.6% sicher zu tief. Aufgrund der guten Rechnungsergebnisse der letzten Jahre besteht kurzfristig noch kein Handlungsbedarf. Eine Orientierung an mittelfristigen Finanzziele bleibt jedoch nach Beendigung der Grossprojekte ein zentrales Erfordernis.

6. Investitionsprogramm und –bedarf

Das Gemeindeparlament hat am 18. September 2008 vom Investitionsplan für das Jahr 2009 - 2015 Kenntnis genommen. Die Ausgaben für diverse Objekte sind überdurchschnittlich hoch ausgefallen. Die Notwendigkeit der Investitionen bzw. der Kreditbedarf ist im Anhang zur Investitionsrechnung pro Objekt begründet.

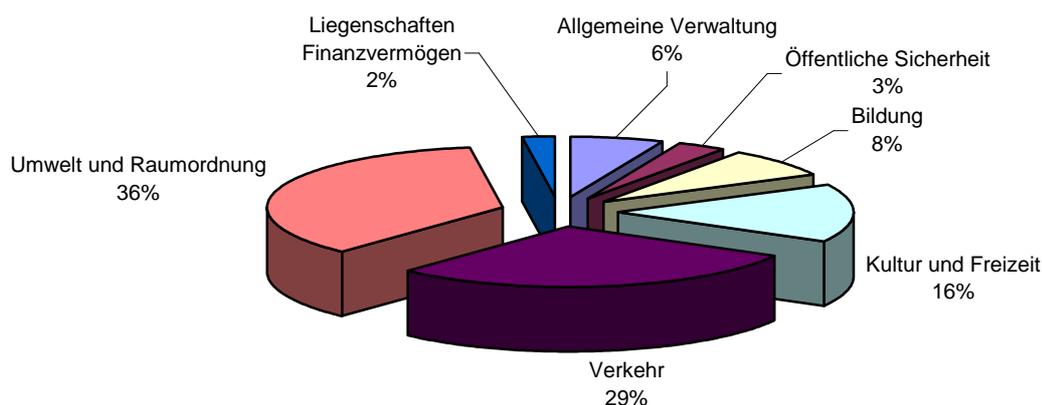
Nebst dem Bedarf für den stetigen Werterhalt im Hoch- und Tiefbau sind folgende priorisierte Projekte im Voranschlag enthalten:

- Verkehrsprojekt Entlastung Region Olten (ERO) inkl. Flankierende Massnahmen
- Standortbeitrag für den Neubau der Fachhochschule Olten (folgt ab 2010)
- Sportstättenplanung
- Attraktivierung Aare- und Dünernerraum
- Konzept Innenstadt 2008 (Parkhaus, Begegnungszone, Museen)

Weiter sind folgende Grossprojekte mit Jahrestanchen 2009 von über Fr. 600'000 enthalten:

- | | |
|--|--------------|
| • Ersatz Wärmeanlagen Schwimmbad | 1.9 Mio. Fr. |
| • Ersatz Blockheizkraftwerk und Notstrom | 1.4 Mio. Fr. |
| • Abbruch und Altlastensanierung Kleinholz | 0.6 Mio. Fr. |
| • Froheim: Sanierung Fenster und Storen | 0.6 Mio. Fr. |

Die Bruttoinvestitionen teilen sich auf folgende Aufgabenbereiche auf:



Oder können folgenden Kriterien zugeordnet werden:

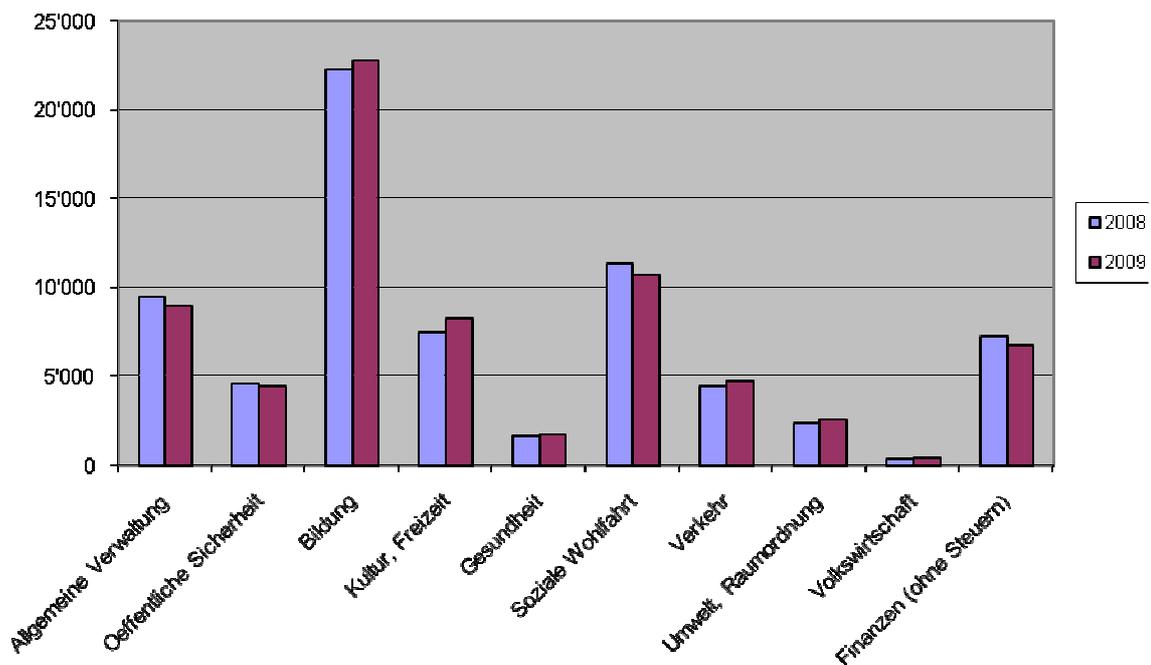
- Werterhalt und ausserordentliche Investitionen 46 %
- Entwicklungsinvestitionen 29 %
- Investitionsbeiträge an den Kanton 19 %
- Investitionen mit Spezialfinanzierungen 6 %

Rund 7.55 Mio. Fr. der Gesamtinvestitionssumme 2009 fallen auf das ERO-Projekt an. Eingeschlossen sind die flankierenden Massnahmen.

Die Investitionen für den Werterhalt können vollständig aus eigenen Mitteln aus der Laufenden Rechnung finanziert werden und die restlichen Projekte weitgehend durch vorhandenes Eigenkapital gedeckt werden. Das Nettovermögen sinkt dadurch auf rund Fr. 965 pro Kopf (Rechnung 2007 = Fr. 2'275).

7. Begründungen zu den Funktionen

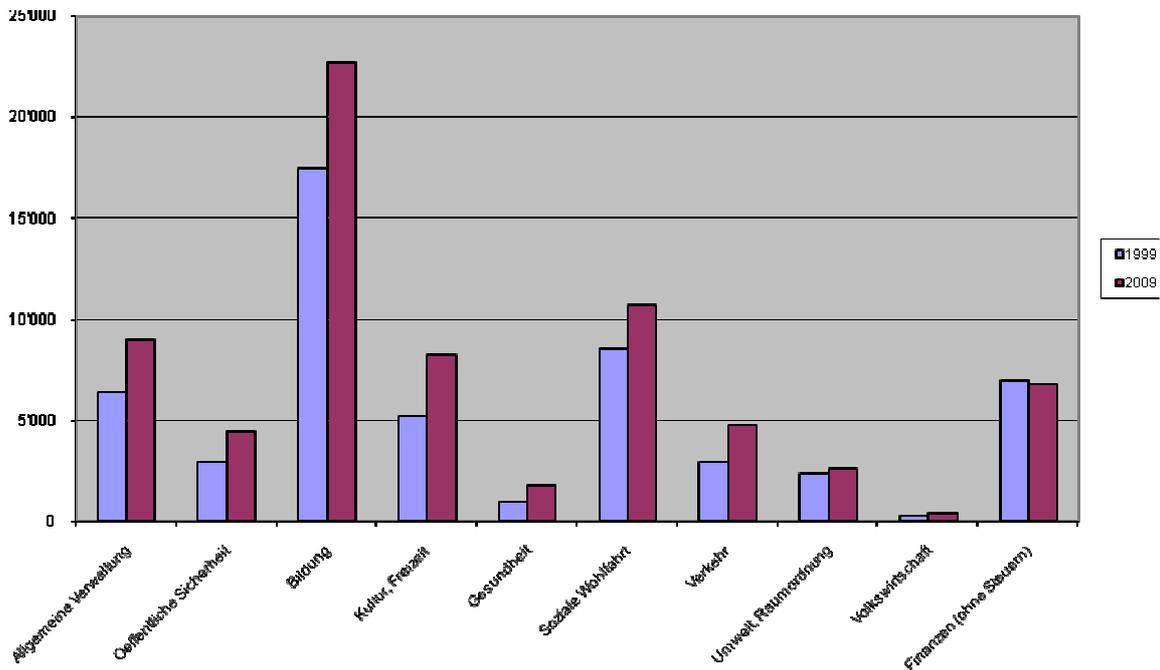
Die Nettobelastungen der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget bzw. im 10-Jahresvergleich wie folgt entwickelt:



Die Funktion der allgemeinen Verwaltung wird mit dem Wegfall der Verzinsung des versicherungstechnischen Defizits entlastet. Dies ist auf die Bildung einer Arbeitgeberbeitragsreserve bei der Pensionskasse der Stadt Olten aus Rechnungsüberschüssen zurückzuführen.

Entgegen dem langfristigen Trend liegen die Aufwendungen im Bereich der Sozialen Wohlfahrt gegenüber dem Vorjahresbudget tiefer. Hauptsächlich dafür verantwortlich ist die Einführung des neuen Sozialgesetzes. Die Pauschalabgeltung von Fr. 1'500 pro anerkanntem Dossier entlastet insbesondere die Städte mit Zentrumsfunktionen und damit verbundenen überdurchschnittlichen Fallzahlen. Weiter leistet auch die Bildung der Sozialregion Olten mit der Abgeltung von Besoldungs-, Infrastruktur- und Overheadkosten einen Beitrag zur Entlastung.

Trotz des markanten Anstiegs des Finanzausgleichsbeitrags um rund Fr. 397'000 und des hohen Investitionsvolumens sinkt der Finanzaufwand im Vergleich zum Vorjahresbudget. Diese positive Entwicklung ist das Resultat der ausserordentlich guten Rechnungsabschlüsse der letzten beiden Jahre.



Die starke Zunahme im Bildungsbereich in den letzten 10 Jahren ist unter anderem auf die ICT-Bildungsoffensive, Projekt Geleitete Schulen, Schulgelder gemäss revidiertem Mittelschulgesetz und auf die stark erhöhten Schulkostenbeiträge für die Sonderschulung zurückzuführen. Die Zunahme im Sozialbereich sind die Folgen von höheren Fallzahlen und stets wachsenden Kosten in den übrigen Sozialbereichen (Ergänzungsleistungen etc.).

Die guten Rechnungsabschlüsse wirken sich auch im 10-Jahresvergleich aus.

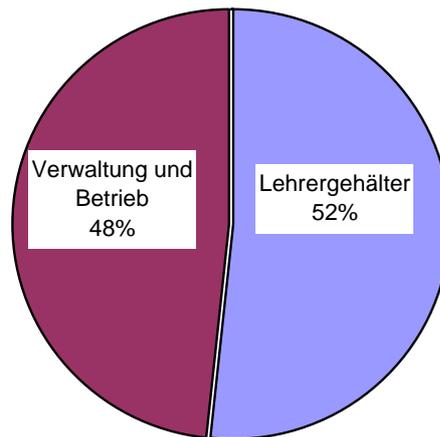
8. Begründungen zu den einzelnen Sacharten (Abweichungen zum Vorjahresbudget)

Personalaufwand (Sachart 30)

Der Personalaufwand liegt um rund Fr. 150'000 unter dem Planwert und sinkt gegenüber dem Vorjahresbudget um 2.7 % zufolge der Bildung der Sozialregion Olten. Eingerechnet ist für das Verwaltungs- und Betriebspersonal eine Lohnanpassung (Teuerung) von 1.5%.

Die Besoldungsregelung für die Lehrkräfte hingegen richtet sich nach dem kantonalen Gesamtarbeitsvertrag. Der Regierungsrat hat mit den Personalverbänden eine generelle Lohnanpassung (inkl. Teuerungszulage) von 2.7% ausgehandelt. Zusätzlich zu budgetieren sind die Lohnanstiege für den Erfahrungszuschlag (altersabhängige Stufenanstiege). Der Regierungsbeschluss ist für die Gemeinden verbindlich und die Ausgaben hierfür deshalb gebunden.

Der Besoldungsaufwand (ohne Sozialleistungen) teilt sich demnach in folgende zwei Kategorien auf:



Für rund die Hälfte des städtischen Personals erfolgt die jährliche Lohnanpassung durch den Regierungsrat aufgrund des Gesamtarbeitsvertrages. Danach werden die Lohnverhandlungen jährlich zwischen den Vertragspartnern ausgehandelt.

Die Besoldungsrevision für das Verwaltungs- und Betriebspersonal wird im Oktober 2008 vom Gemeindeparlament beraten. Nach der Zustimmung durch das Volk kann die Neuregelung Mitte Jahr 2009 eingeführt werden. Diese Mehraufwendungen sind im Budget eingerechnet.

Sachaufwand (Sachart 31)

Der Sachaufwand verändert sich gegenüber dem Vorjahresbudget um rund Fr. 760'000. Im Wesentlichen handelt es sich um Mehraufwendungen für Energiekosten, baulichen und übrigen Unterhalt sowie Verbrauchsmaterial (beispielsweise Treibstoffe).

Passivzinsen (Sachart 32)

Obschon der Selbstfinanzierungsgrad nur bei 46.6 % liegt, kann ausgehend vom aktuellen Finanzstatus davon ausgegangen werden, dass der Investitionsbedarf ganz oder weitgehend aus vorhandenen Mitteln finanziert werden kann. Aufgrund der guten Rechnungsergebnisse konnten die Schulden rascher abgebaut werden. Dies wirkt sich positiv auf das Budget 2009 und indirekt auf den Steuerfuss aus.

Abschreibungen (Sachart 33)

Auch die Rechnungslegung der öffentlichen Hand befindet sich im Umbruch. Das von der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren erarbeitete Handbuch HRM2 (Harmonisiertes Rechnungswesen 2) ist in der Vernehmlassung und ist zusammen mit der Reform des Rechnungsmodells des Bundes abgestimmt. Das Ziel der Reform ist ein neuer Rechnungsaufbau in Anlehnung an die Privatwirtschaft mit Erfolgsrechnung, Bilanz, Geldflussrechnung und Anhang. Die Rechnung der Stadt Olten erfüllt bereits jetzt schon die meisten Vorgaben. Im neuen Modell ist unter anderem auch die Abschreibungsmethode neu definiert. Die Abschreibungssätze sollen auf die Nutzungsdauer abgestimmt werden, die sich an die Sätze der Eidg. Steuerverwaltung anlehnen. Mit dieser neuen Abschreibungsart werden die gesetzlich vorgeschriebenen Minimalabschreibungen von 8 % des Verwaltungsvermögens übertroffen.

In der Sachart 33 sind ebenso die Steuerabschreibungen und die Wertberichtigungen des Finanzvermögens enthalten.

Entschädigungen (Sacharten 35 und 36)

Grössere Beträge in diesen Sacharten sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

Entschädigungen an Gemeinwesen (Sachart 35)

4'075

Betriebskostenanteil Kläranlage und Abwasserfonds	1'611
Schulgelder für die Sonderschule inkl. HPS	624
Beitrag an Steueramt SO für Steuerveranlagung	950
Standortbeitrag für die Fachhochschule	379
Beitrag Kanton für Verwaltungskostenanteil SozG	123

Eigene Beiträge (Sachart 36)

22'066

Diese Sachart ist um über 7.5 Mio. Fr. tiefer.

Dies ist eine Folge der Neuausrichtung der Sozialregion Olten (separater Rechnungskreis).

- davon an Kanton, unter anderem		9'538
Gemeindebeitrag an die Ergänzungsleistungen	3'325	
Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr	1'894	
Finanzausgleich	1'817	
Schulgelder an Kanton (Mittelschulgesetz)	1'220	
Alimentenbevorschussung	385	
Beitrag gemäss Suchthilfegesetz	280	
Beiträge an Sozialwerkstätten	197	
Bezugsprovisionen Quellensteuern	160	
- davon an Gemeinden, unter anderem		6'586
Beitrag an Sozialregion	3'854	
Restkosten Sozialregion	1'444	
Beitrag an Sozialadministration	962	
Familienfürsorge, Mütter-/Väterberatung	115	
Beitrag Suchthilfe Olten (Alkoholikertreff)	100	
- davon an gemeinwirtschaftliche Unternehmen, u.a.		1'925
Stadttheater Olten AG, netto	600	
Sportpark Olten AG für Eissportbetrieb	640	
Beiträge für Kinder in Heimen	432	
- davon an private Institutionen, unter anderem		3'499
Spitex-Verein Olten	970	
Beitrag an obligat. Heilkostenversicherung	425	
Kinderkrippen	730	
Verein offene Kinderarbeit (Robi-Spielplatz)	207	
JugendKulturHaus Färbi, Betriebsbeitrag	165	
Verein Olten Tourismus	120	
Dispositionskredit SR, ordentlich	200	

Einlagen in Spezialfinanzierungen (Sachart 38)

Vorfinanzierung Beitrag an das Verkehrsprojekt	1'000
Zweckbindung von 10 % der Parkuhrengebühren	141

Interne Verrechnungen (Sacharten 39 und 49)

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

Steuerertrag (Sachart 40),

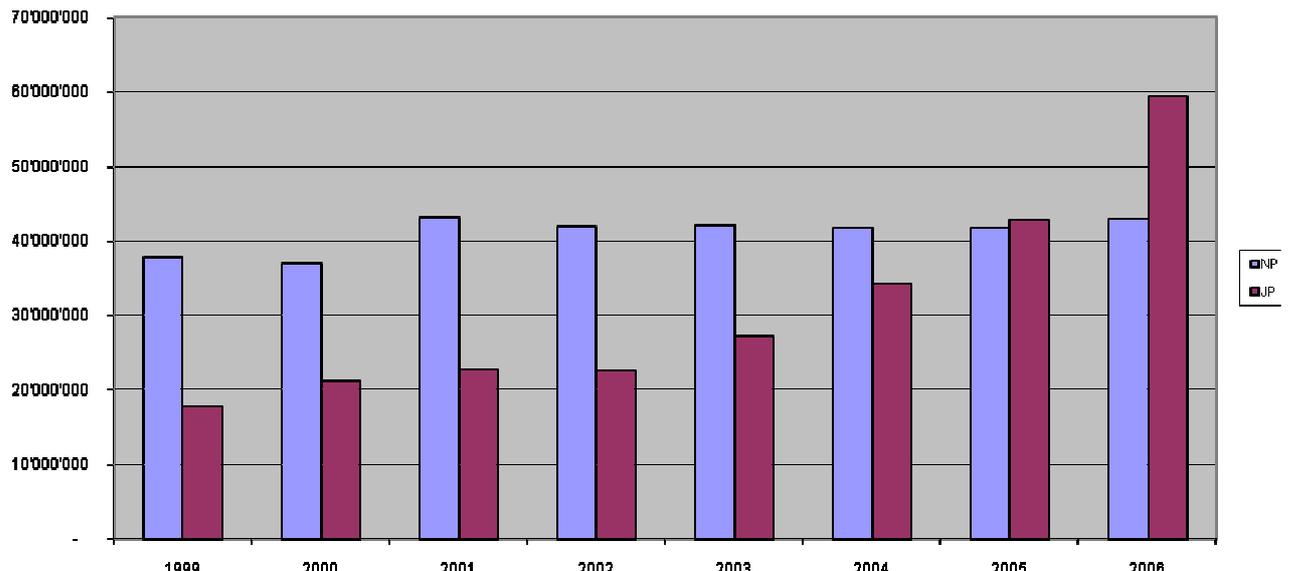
Für die Budgetierung wird einerseits das Steuerjahr 2006 mit einem recht hohen Veranlagungsstand als Basis angenommen und andererseits auf die Angaben der kantonalen

Steuerverwaltung sowie auf die Prognosen zum Wirtschaftswachstum abgestützt. Bei den natürlichen Personen ist eine leichte Zuwanderung der Einwohnerzahl festzustellen.

Im Vergleich zum Vorjahresbudget wird das Steueraufkommen aus Gewinn- und Kapitalsteuern der Juristischen Personen tiefer veranschlagt

Die markant steigenden Steuereinnahmen in den letzten Jahren von Juristischen Personen dokumentieren die gebotene Vorsicht im aktuellen Zeitpunkt aufgrund der anhaltenden Finanzkrise und der damit verbundenen gedämpften Wirtschaftsprognosen für die Realwirtschaft sowie möglicher Umstrukturierungen.

aktualisierter Stand Oktober 2008



Dank der markanten Steigerung der Steuern von Juristischen Personen liegen die Steuerfüsse im unteren Bereich der Spanne für Steuersätze. Das kantonale Mittel (einfaches Mittel) für NP liegt im Jahr 2008 bei 117.6 % und für JP 114.2 %

Festlegung der Steuerfüsse

§ 144 Gemeindegesetz besagt folgendes:

¹ Im Voranschlag ist der Steuerfuss für das nächste Jahr festzusetzen.

² Der Steuerfuss ist so zu bemessen, dass der voraussichtliche Steuerertrag mit dem übrigen Ertrag **mittelfristig** den Aufwand der laufenden Rechnung einschliesslich der notwendigen Abschreibungen finanziert.

Die Festlegung der Steuerfüsse ist somit abhängig von den **mittelfristigen** Planergebnissen und nicht vom Resultat eines Budgetjahres.

Durch die vom Volk beschlossene zeitliche Staffelung der Steuerentlastungen werden im Jahren 2012 weitere wiederkehrende Mindererträge von rund 2.3 Mio. Fr. zu erwarten sein.

Vermögenserträge (Sachart 42)

Aufgrund der guten Abschlüsse steigen die Erträge aus den Anlagen des Finanzvermögens.

Entgelte (Sachart 43)

Durch die Auslagerung des Budgets der Sozialregion Olten ist diese Ertragsposition markant gesunken. In einer Nettobetrachtung fällt die Veränderung jedoch gering aus.

Rückerstattungen von Gemeinwesen (Sachart 45)

Im Vergleich zum Vorjahr fallen die budgetierten Schulgelder von anderen Gemeinden höher aus.

Beiträge für eigene Rechnung (Sachart 46)

Ebenfalls die Auslagerung des Budgets der Sozialregion Olten ist diese Ertragsposition gesunken (vgl. auch Aufwandsachart 36). In einer Nettobetrachtung fällt die Veränderung jedoch gering aus.

9. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

141 Feuerwehr

Bei einem Aufwand von rund 1.5 Mio. Fr. und einem Ertrag von rund 1 Mio. Fr. schliesst die Jahresrechnung mit einem Nettoaufwand von Fr. 471'400 ab. Dieser Betrag liegt leicht höher als im Vorjahr und wird mit allgemeinen Steuermitteln finanziert.

161 Zivilschutz-Ausbildungszentrum Gheid und Kantine

Durch den Entschied des Regierungsrats SO die Zivilschutzausbildung ab 2009 nach Balsthal-Klus zu verlegen, entfällt diese Spezialfinanzierung im Budget 2009. Abgebildet wird hier lediglich noch das Nachfolgemietverhältnis mit der Securitas und der notwendige Gebäudeunterhalt.

201 und 228 Sonderschulbereich (Sprachheilklassen und Heilpädagog. Sonderschule)

Der Ausgleich der Betriebsrechnungen erfolgt mit einem Staatsbeitrag gemäss Volksschulgesetz.

711 Abwasserentsorgung

Im Bereich Abwasserentsorgung ist bei voller Selbstfinanzierung und einem Umsatz von 4.5 Millionen Franken eine weitere zusätzliche Abschreibung von Fr. 261'500 vorgesehen. Die Wiederbeschaffungswerte für die gemeindeeigenen Kanalisationen und Spezialbauwerke wurden vom Amt für Umwelt Kanton Solothurn auf 86,1 Millionen Franken berechnet. Der abzuschreibende Buchwert beträgt demgegenüber nur noch rund 5.1 Millionen Franken.

721 Abfallbeseitigung

Nach der Reduktion der Grundgebühren im Vorjahr hat der Stadtrat eine Senkung der Kehrichtsackgebühren per 1. Februar 2009 beschlossen. Der Voranschlag rechnet mit einem Betriebsüberschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von Fr. 23'200.

783 Konfiskatsammelstelle

Der provisorischer Standort auf dem Gelände der Altola wird aufgehoben, es konnte im Sinne der Zusammenarbeit in der Agglomeration Aareland eine Neuregelung mit der Entsorgung Region Zofingen (ERZO) gefunden werden.

10. Interpretation und Anmerkungen zu relevanten Kennzahlen

Selbstfinanzierungsgrad

allgemein	
unter 70 %	grosse Neuverschuldung
70 – 100 %	verantwortbare Neuverschuldung

Richtwerte nach Konjunkturlage

Hochkonjunktur	über 100 Prozent
Normalfall	80 – 100 Prozent
Krise	50 – 80 Prozent

Der Selbstfinanzierungsgrad eines Jahres ist nur bedingt aussagefähig, da er vom Investitionsvolumen stark abhängig ist und deshalb von Jahr zu Jahr grossen Schwankungen unterworfen sein kann. Die Beurteilung über eine längere Planperiode hat die grössere Aussagekraft. Zudem muss die Nutzungsdauer einer grösseren Investition in die Finanzüberlegungen miteinbezogen werden.

Nettoschuld pro Einwohner

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

bis 1'000 Fr.	geringe Verschuldung
1'001 – 2'500 Fr.	mittlere Verschuldung
2'501 – 5'000 Fr.	hohe Verschuldung
> 5'000 Fr.	sehr hohe Verschuldung

Aufgrund der aktuellen Finanzkraft und den festgelegten Finanzziele mussten bereits im Rahmen des Finanzplans Prioritäten gesetzt werden. Der im Finanzplan 2009 – 2015 aufgezeigte Abbau des Nettovermögens bis zu einer Nettoschuld von rund Fr. 1'200 Ende der Planperiode zeigt die Notwendigkeit einer langfristig ausgelegten, nachhaltigen Finanzplanung.

Die aktuell gute Ausgangslage ist im letzten Risiko-Check-Up von neutraler Seite - Fedafin AG, eine von der Eidgenössischen Bankenkommission EBK anerkannte Ratingagentur – festgestellt worden. Das Zitat dazu: „Dank einer strikt an der langfristigen Nachhaltigkeit orientierten Finanzpolitik präsentiert sich die Stadt gegenüber dem Städtemedian in einem stabil positiven Trend. Die finanzielle Ausgangslage für die zukünftige Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen ist im Vergleich zu einer repräsentativen Schweizer Stadt inzwischen überdurchschnittlich.“

11. Zusammenfassung

Der Voranschlag 2009 wurde basierend auf den Budgetvorgaben und dem Finanzleitbild erstellt. Die enge Verknüpfung des Voranschlags mit den Erkenntnissen aus dem Finanzplan 2009- 2015 bildet die Grundlage für eine nachhaltige Finanzpolitik.

Dank durchgesetzter Disziplin bei der Erstellung konnten die Budgetziele wie auch die mittelfristigen, finanzpolitischen Ziele weitgehendst erreicht werden.

Die hohe Investitionstätigkeit in der Planperiode des Finanzplans zeigt aber auch deutlich die finanziellen Grenzen für den Haushalt der Stadt Olten. Nach Abschluss der Grossprojekte ist die Investitionstätigkeit auf ein langfristig finanzierbares Niveau zu bringen.

Die guten Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre machen diese grosse Investitionstätigkeit erst verkraftbar. Dies zeigt aber mit Blick auf die anhaltende Finanzkrise und ihrer erwarteten Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum auch die Risiken bei einem allfälligen Einbruch der Steuererträge. Der Bund rechnet mit Steuerausfällen in den Jahren 2010 bis 2012 von jährlich bis zu 2 Mrd. Fr., gleichgerichtete Auswirkungen für Kantone und Gemeinden müssen erwartet werden. Im Lichte dieser grossen Unsicherheiten sollten die Steuerfüsse kurzfristig nicht verändert werden.

Beschlussesanträge:

I.

1. Der Voranschlag 2009 der **Laufenden Rechnung** mit einem **Mehrertrag** von **Fr. 2'501'700** wird genehmigt.
2. Die **Investitionsrechnung** der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von **Fr. 25'679'000** wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9 % der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 608'000.00 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstab Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 38'300.00 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 24'572'500.00 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 10 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

EINTRETEN

Dr. Rudolf Moor: Die GPK hat das Budget, wie dies üblich ist, an zwei Sitzungen beraten, in einer Fragerunde an einem Montagabend und einer halbtägigen Sitzung am darauffolgenden Freitag. Das Budget ist von Ernst Zingg und dem neuen Finanzverwalter sehr gut, sehr prägnant und wirklich hervorragend vorgestellt worden. Vorgängig sind von GPK-Mitgliedern auch Fragen gestellt worden, insbesondere im Zusammenhang mit den Unsicherheiten wegen der Finanzkrise, welche Auswirkungen diese auf dieses Budget haben könnte. Diese Fragen sind zur vollen Zufriedenheit der GPK beantwortet worden. Es bleibt aber natürlich der Eindruck, und ich glaube, damit muss man leben, dass es gewisse Risiken und Unsicherheiten gibt, die im Moment grösser sind als auch schon. Die GPK beurteilt das Budget generell als gut und ausgewogen. Es hat wenig grundsätzliche Einwände dagegen gegeben, und folglich wurde in der GPK einstimmig Eintreten beschlossen. In der

Detailberatung hat es dann noch zwei Anträge gegeben, der eine betrifft den Beitrag an den Eissportbetrieb. Dem Antrag von Urs Knapp ist knapp zugestimmt worden, nämlich dass erst der Teil, der 2008 für den Eissportbetrieb fällig ist, freigegeben wird und man die zweite Hälfte, die eigentlich erst das Jahr 2009 betrifft, im Moment blockiert, bis diese Vorlage im Gemeinderat separat behandelt wird. Es ist auch ein Antrag gestellt worden, dass der Beitrag an die Stadtsauna, die ja seit einer gewissen Zeit nicht mehr in Betrieb ist, auf Fr. 15'000.— reduziert wird. Fr. 15'000.—, weil man die Stadtsauna offensichtlich heizen muss, damit auch die Büros der Badi und andere Lokalitäten geheizt sind. Diesem Antrag ist in der GPK einstimmig zugestimmt worden. Allen Einzelanträgen 1 bis 9 im Antrag des Stadtrates an den Gemeinderat ist deutlich zugestimmt worden mit 0 bis 1 Gegenstimme, ohne Gegenstimme ist der Gesamtbeschlussesantrag genehmigt worden.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich möchte einige allgemeine Ausführungen zu Budget und Budgetprozess und zum Fazit machen.

Ende März jeden Jahres beginnt der eigentliche Budgetprozess für das nachfolgende Jahr, konkret März 2008 für das Jahr 2009. Gleichzeitig wird bereits auch der Finanzplan, im Sinne der sogenannten rollenden Planung, überarbeitet. Für den Budgetprozess werden Richtlinien erarbeitet. Diese wiederum basieren auf dem Finanzleitbild bzw. dem Regierungsprogramm für die Amtsperiode.

Für den konkreten Budgetprozess sind und waren diese „Vorgaben“ absolut verbindlich. Der Zyklus, wie wir ihn in Olten seit einigen Jahren pflegen, lässt es auch zu, auf Besonderheiten, erfreuliche Ereignisse und natürlich auch unerfreuliche zu reagieren. Ich nenne Beispiele:

- Gute Beziehungen zur Wirtschaft, die es ermöglichen, einigermaßen abzuschätzen, wie die Ertragslage sich präsentiert, die es auch zulassen, auf Strukturveränderungen in der Wirtschaft zu reagieren (Mindereinnahmen).
- Ein vom Parlament zur Kenntnis genommener Finanzplan mit einer Periode von 7 Jahren (2009 – 2015)
- Sehr gute Beziehungen, auch zum Kanton, dem es ein grosses Anliegen ist, dass die Stadt Olten budgetieren kann, insbesondere auch auf der Aufgabenseite;
- Nicht zuletzt auch Beurteilungen der städtischen Finanzen durch externe Institute (Stichwort: Rating).
- Nicht zuletzt aber auch eine saubere Beurteilung der Lage „inhouse“ in Bezug auf die Prognosen der diversen Institute (KOF, BAK etc.), gerade auch seit dem 6. Oktober dieses Jahres. Wir reden die Rezession nicht herbei, aber kommen nicht umhin, zusammen mit dem Kanton, auch da möglicherweise Schlüsse zu ziehen.

Unser Finanzverwalter, Markus Sieber, hat anlässlich der GPK-Sitzung den Voranschlag 09 der Stadt Olten, unter Berücksichtigung dieser „Vorgaben“, präsentiert. Es lohnt sich, so meine Meinung, heute Abend einige Punkte davon – und auch sonst allgemeiner Art – noch einmal allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern vor Augen zu führen:

Regierungsprogramm 05 – 09

Ziel 3:

Der Finanzhaushalt gilt dann als gesund, wenn auf die Dauer die Einnahme und die Ausgaben ausgeglichen werden können, das heisst, wenn alle Investitionen durch die selbst erarbeitenden Mittel gedeckt sind. Konjunkturelle Schwankungen sind auszugleichen.

Das **Wirtschaftswachstum (Prognose 09)** wurde in den letzten Wochen kontinuierlich nach unten korrigiert. Bei der öffentlichen Hand ist vermehrt mit negativen Rechnungsabschlüssen zu rechnen, ausser man gibt Gegensteuer, nicht nur durch sparen, sondern auch durch seriöse Budgetarbeit, einnahmen- wie ausgabenseitig

Ganz wesentlicher Grundsatz des Zero-Base-Budgetings:

Der **Finanzplan (Gemeindeparlament vom 18. September)** ist massgebend. Resultat: Fast eine Ziellandung im operativen Ergebnis nach Steuern.

Stichwort Ergebnis/Rechnung/Berechnung:

Das Modell HRM 2 wird bei uns gelebt. Siehe gestufter Erfolgsausweis Punkt 4.3 im Bericht und Antrag. Die Abschreibungssätze basieren auf der Nutzungsdauer (Restbuchwertmethode).

Die Bildung der **Sozialregion Olten** mit Trimbach, Hauenstein-Ifenthal, Wisen und Winznau hat zu einer Spezialbudgetierung geführt (separate Rechnung in der Beilage, Möglichkeit der Weiterverrechnung der Overheadkosten, Entlastung um ca. Fr. 240'000.—).

Die **Investitionen** wurden in sehr intensiven Verhandlungen mit den beteiligten Direktionen geplant, beschrieben und wiederum einer Priorisierung unterworfen. Die klaren Aussagen aus dem Parlament anlässlich der Präsentation der guten Rechnung 07, aber auch bei der Präsentation des Finanzplanes konnten teilweise berücksichtigt werden: Reihenfolge in der Dimension: Werterhalt und ausserordentliche Investitionen, Entwicklungsinvestitionen. Es ergibt sich ein hoher Investitionsanteil von 27,8 %, starke Investitionstätigkeit. Die nachhaltige Finanzplanung gebietet hier klar, diese Zahl über einen längeren Planungshorizont zu beurteilen und natürlich anzupassen.

Dies wiederum hat Einfluss auf den **Selbstfinanzierungsgrad 2009** (2008 62 %, nach Veränderung der Steuerfüsse 52 % - 45 % im Jahre 2009). Aufgrund der guten Rechnungsergebnisse der letzten Jahre besteht kurzfristig noch kein eigentlicher Handlungsbedarf. Nach Abschluss der fremdbestimmten Investitionen (ERO FHS) ist aber eben die Investitionstätigkeit wiederum auf ein finanzierbares Niveau zu bringen.

Es sind nicht Investitionen geplant oder – noch drastischer ausgedrückt – einfach so aufgelistet worden, nur damit keine Korrektur für den Steuerfuss beantragt werden muss. Solche Arbeit entspricht nicht einer nachhaltigen Finanzpolitik. Sie wäre schlichtweg unseriös, und das sehr gute Rating wäre dahin.

Die Berechnung des **Nettovermögens/der Nettoschuld** pro Einwohner unserer Stadt ist relativ einfach: Für das Jahr 2009 gilt das Nettovermögen des Jahres 2007, davon ca. 45 % Selbstfinanzierungsgrad, ergibt dann durch die Richtzahl 17'5000 Einwohner, geteilt ca. Fr. 940. —(Rechnung Fr. 2'275.—).

Ein Blick auf die Bilanz:

Aktive: Festgeldanlagen Bestand 2008 21,6 Millionen Franken.

Mit den ersten Anzeichen der Finanzkrise wurde eine Diversifizierungsstrategie festgelegt. Aktuell sind praktisch keine Anlagen bei Instituten platziert, die leider jetzt sehr im Kreuzfeuer der Finanzkrise stehen.

Passive: langfristige Darlehen Bestand 2008 27,2 Millionen Franken.

In den letzten Jahren mussten keine neuen Darlehen mehr aufgenommen werden. Auch hier ist die Diversifikation so, dass keine Risikodarlehen vorhanden sind.

Der Stadtrat braucht aber, um flexibel und handlungsfähig zu sein, den Punkt 9 des Beschlussesantrages, das heisst die Ermächtigung einer möglichen Kapitalaufnahme. Es gilt das Ausschreibungsverfahren.

Steuern/Veranlagungsstand

Für das Steuerjahr 2007 (Stand aktuell): Veranlagungsstand 66 %

Steuervergleich 2007/2008 aktuell:

Natürliche Personen: Wir können nur Wegzüge und Todesfälle beurteilen.

Juristische Personen: Wir können nur Wegzüge (wenige) und Umstrukturierungen beurteilen.

Die Beziehungen zur Wirtschaft sind hier ganz enorm wichtig.

Ausfälle: grösser 5 Millionen Franken.

Steuerfuss: Das Gemeindegesetz § 144 besagt: Im Voranschlag ist der Steuerfuss für das nächste Jahr festzusetzen. Der Steuerfuss ist so zu bemessen, dass der voraussichtliche Steuerertrag mit dem übrigen Ertrag mittelfristig den Aufwand der laufenden Rechnung einschliesslich der Abschreibungen finanziert.

In der Erarbeitung des Finanzplanes hat der Stadtrat diesem Grundsatz sehr wohl nachgelebt. Das gilt natürlich auch für das Budget 09 (zwei Monate nach der Präsentation des Finanzplanes notabene). Ein Steuerpunkt sind ca. Fr 700'000.— (juristische und natürliche Personen).

Im Regierungsprogramm haben wir dazu klare Aussagen gemacht (Anpassung Steuerfuss natürliche und juristische Personen auf einen guten, recht tiefen Niveau). Ich habe mich damals – so das Protokoll – so „weit aus dem Fenster gelehnt“ – als ich gesagt habe, 100 % sei ein Ziel, aber auch eine historische Schallgrenze. Dieses Ziel wurde zusammen mit dem Gemeindeparlament erreicht.

Die aktuelle Beurteilung der Finanzlage, die Aussichten, all die Vorgaben, die externe Beurteilung der Stadt haben den Stadtrat veranlasst – ich zitiere wörtlich – zu sagen:

Dank der umsichtigen Finanzpolitik der vergangenen Jahre können trotz gedämpfter Erwartungen an das Wirtschaftswachstum und anstehender globaler Finanzkrise die Steuersätze unverändert auf 100 % belassen werden.

Ich bitte Sie, diese Beurteilung zu übernehmen.

Ich möchte nur eine Zahl bzw. Budgetkorrektur noch ganz speziell erwähnen. Mit Brief vom 24. Oktober 2008 haben wir vom kantonalen Amt für soziale Sicherheit die Präzisierung bzw. Korrektur der Ergänzungsleistungen erhalten. Es geht um den ins Budget aufzunehmenden Richtwert Ergänzungsleistungen pro EW (bisher Fr. 190.—, nun neu Fr. 200.— bis Fr. 220.—).

Die Korrekturen wurden von Bund und Kanton nach noch neuen Erkenntnissen ermittelt.

Das Budget der Stadt Olten musste um ca. Fr. 490'000.— korrigiert werden (Ausgaben plus).

Der Budgetüberschuss sinkt dementsprechend auf Fr. 2'017'100.—.

Heute morgen haben wir in der Finanzkommission des Kantonsrates das Budget 09 des Kantons genehmigt. Der Finanzdirektor hat in seinen Ausführungen, seiner Beurteilung der Lage erklärt, dass Sparrunden auf die Kantone zu kommen werden, dies wiederum ebenso klar mit Folgen für die Gemeinden.

Meine Damen und Herren

Ich wiederhole zum Schluss etwas aus dem letzten Jahr für das Budget 2008:

Die Finanzplanung, Budgetierung ist teilweise vergleichbar mit dem beliebten japanischen SUDOKU.

Nicht vergleichbar: SUDOKU ist ein Spiel – nachhaltige Finanzpolitik ist kein Spiel, sondern Arbeit, Denkprozess, Beurteilung der Lage, Flexibilität auf hohem Niveau, weil es um den Umgang mit öffentlichen Geldern, sprich Steuergeldern geht.

Vergleichbar: Im SUDOKU müssen im Quadrat die Zahlen aufeinander passen. Man kann nicht einfach etwas einsetzen.

Im Finanzplan und Budget gilt das Gleiche:

Wenn ein „Feld“ im Bereich Finanzplanung, Investitionsanteil, Selbstfinanzierung, Zinsbelastung usw., auch Steuerfüsse, verändert wird, hat das für alle anderen Felder Folgen und auch klar Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik (zum Beispiel tieferer SF, höhere und schnellere Verschuldung, Auswirkungen auf die Rechnungsergebnisse, Kreditwürdigkeit, Rating etc.).

Ich bitte Sie im Namen des Stadtrates, auf das Budget 09 einzutreten und den Beschlussesanträgen im Sinne meiner Aussagen zuzustimmen.

Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion: Das vorliegende Budget erscheint uns im Grossen und Ganzen konsistent. Es enthält kaum Überraschungen. Inhaltlich ist es überzeugend. Die Dokumentation ist umfassend, präzise und weitestgehend selbsterklärend. Wir haben hier das Werk einer langjährigen Arbeit und einer langjährigen Entwicklung vor uns, ein Werk, das wesentlich auch auf den abtretenden oder bereits abgetretenen Finanzverwalter Peter Kohler zurück zu führen ist. Wir möchten ihm, auch in Abwesenheit, an dieser Stelle dafür noch einmal herzlich danken. Es ist nämlich ein gutes Werk, das wir hier haben. An der heutigen Vorlage und Dokumentation und insbesondere auch an der professionellen Präsentation in der GPK ist der neue Finanzdirektor Markus Sieber „schuld“. Für mich persönlich ist es ein überzeugender Auftritt gewesen. Ich möchte ihm deshalb für diesen guten Einstand danken, und ich freue mich auf eine zukünftige Zusammenarbeit. Dass dieses Budget so heraus gekommen ist, und dies ohne übermässige Diskussionen im Stadthaus, ist auch das Verdienst der einzelnen Verwaltungseinheiten. Deshalb auch ihnen einen herzlichen Dank. Das vorliegende Budget stimmt uns trotz anhaltender Unsicherheit über die Wirtschaftsentwicklung grundsätzlich zuversichtlich. Die meisten Kennzahlen sind noch im grünen Bereich. Die Investitionen sind hoch, die Steuereinnahmen ebenso, trotz konservativen Schätzungen, wie wir aus der Erfahrung wissen. Die Abschreibungen sind realistisch. Das Vermögen nimmt zu, je nachdem, wie man es anschaut. Wir freuen uns, dass die fremdbestimmten Investitionen wie eine ERO oder Fachhochschule weiterhin wichtig und gewichtig sind, aber wir sind auch besonders froh, dass die Verschiebung der Gewichte endlich spürbar wird. Die nachhaltigen Investitionen, auch der Nachholbedarf - ich denke hier an Schulhaus, Schwimmbad, Blockheizkraftwerk, Energiesparmassnahmen - sind eigentlich alles Sachen, die man schon lange hätte machen sollen. Auch die Entwicklungsmassnahmen wie Aareraum und Begegnungszone nehmen zu, und wir sind froh darüber. Letztes Jahr haben wir gewarnt, dass es einen Knackpunkt gibt. Sollten die Steuern tatsächlich noch einmal massiv gesenkt werden, bekämen wir ein Problem bei der Finanzierung der Investitionen, insbesondere beim Selbstfinanzierungsgrad. Genau diese Situation haben wir heute. Der Selbstfinanzierungsgrad ist mit Abstand die schlechteste Kennzahl sowohl im Vergleich mit den anderen Kennzahlen wie auch im Vergleich über die letzten Jahre. Mit anderen Worten: Wir werden diese Entwicklung mit grosser Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Panik ist sicher nicht angesagt, denn gerade den Selbstfinanzierungsgrad kann man auch wirklich aussagekräftig nur über mehrere Jahre anschauen. Aber die Tendenz ist im Auge zu behalten und Vorsicht ist angesagt. Die Stimmung kippt - ich sage einmal - Richtung Neuverschuldung. Die Steuereinnahmen werden kaum mehr steigen, sondern eher zurück gehen. Der Kanton wird ja auch noch die eine oder andere Überraschung in petto haben. Die Rezession beginnt langsam, auch unser Land zu erfassen. Ihr müsst nur die Zeitung öffnen, dann spürt und seht Ihr es. Die angedachten Investitionen sind aber richtig und unbedingt fortzuführen. Aber wir müssen auch wissen: Grosse Themen warten noch und sind nicht einmal im Finanz- und Investitionsplan enthalten. Ich denke hier an Museen, Hallenbad, Schulhaus, Eishalle. Es gibt sogar Leute, die das Stadthaus abreißen und neu bauen wollen. Die Wunschliste ist

gross. Wir werden schauen, wie und was wir verwirklichen können. Aus diesem Grunde sage ich hier auch nur etwas und in einem Nebensatz: Wir sehen keinen Spielraum, um Steuern zu senken. Mehr ist eigentlich im Moment zu dieser Diskussion gar nicht zu sagen. Wir fordern deshalb jetzt ein selbstbewusstes und auch ein sensibles Beobachten der Entwicklung. Bei einer anhaltend guten Wirtschaftslage – es könnte ja sein – sind die Investitionen massvoll weiter zu führen und die Verschuldung zu vermeiden. Bei einer negativen Entwicklung oder sogar einer Rezession müssen wir wohl oder übel eine Neuverschuldung in Kauf nehmen und eventuell auch einmal eine Steuererhöhung in Betracht ziehen. Den grössten Schwachpunkt beim Budget sehen wir aber im Umgang mit den wichtigsten Ressourcen der Stadt, dem Personal. Nach mehreren Teilverweigerungen - sage ich jetzt einmal - Lohnanpassungen und einer mindestens in dieser Hinsicht mickrigen Besoldungsrevision in einem Umfeld, das im Moment von 2,5 bis 3,5 % Lohnanpassung ausgeht, sprechen wir unserem Personal 1,5 % zu. Das ist unseres Erachtens höchst unpassend und ehrlich gesagt ungenügend. Trotzdem - ich muss es gleichwohl sagen - werden wir dem Antrag der Grünen, der auf dem Tisch liegt, nicht zustimmen, sondern uns dort enthalten und zwar aus rein pragmatischen realpolitischen Überlegungen. Wir stehen vor einer Abstimmung der BesArbol. Wir wollen diesen Systemwechsel jetzt durchsetzen und nicht mehr gefährden. Dieser ist uns wichtig. Auch wenn wir fest überzeugt sind, dass das Personal mehr verdient hat, wollen wir mit einer höheren Lohnanpassung nicht eine zweite Abstimmung provozieren. In diesem Falle sagen wir tatsächlich einmal: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Die SP-Fraktion wird eintreten und das Budget, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, annehmen.

Theo Schöni, Fraktion GO/JA: Als erstes möchten wir uns bei allen Direktionen für die umfassende Arbeit bedanken, die sie in der Budgetplanung geleistet haben. Ebenso gilt unser Dank der Finanzverwaltung unter der neuen Leitung für die Zusammenstellung der Unterlagen. Das prognostizierte Ergebnis lässt sich immer noch ansehen. Es gilt allerdings festzustellen, dass einige Kennzahlen wie Selbstfinanzierungsgrad, aber auch Posten in der hohen Investitionstätigkeit, noch nicht gerade Anlass zur Besorgnis geben, aber immerhin zu gewisser Vorsicht mahnen. Hält man sich zudem den Finanzplan, den wir im September genehmigt haben, vor Augen, verstärkt dies den Eindruck zusätzlich. Dies alles unter dem Aspekt der Finanzkrise und auf das Übergreifen auf die reale Wirtschaft. Bei dieser Faktenlage, ohne bereits schwarz malen zu wollen, ist es eigentlich erstaunlich oder besser gesagt eine kurzsichtige Politik, wenn man jetzt mit Anträgen zu weiteren Steuersenkungen kommt. Damit ist auch bereits vorweg genommen, dass unsere Fraktion diese Anträge klar abweisen wird. Wenn auch viele Investitionen im Zusammenhang mit ERO und Fachhochschule zweckgebunden und im einen oder anderen Fall in den Vorlagen vielleicht noch zu hinterfragen sind, gibt es doch ermutigende Anzeichen, dass die Stadt in vielen Bereichen vorwärts machen will, um die gesteckten Ziele (Attraktivierung unserer Stadt) zu erreichen. Wir könnten uns trotz dieser Situation auch vorstellen, dass die Umsetzung noch viel konsequenter und mutiger hätte ausfallen dürfen. Stichwort „Museen“. Dazu gehören natürlich auch die werterhaltenden Investitionen im Bereich Gebäudesanierungen. Wir freuen uns, dass bei den vorgesehenen Sanierungen in Sachen Energieeffizienz neue Massstäbe gesetzt werden und unser Aushängeschild „Energistadt“ endlich seinen Namen verdient. Wir hoffen, dass diese Strategie auch nach aussen ihre Wirkung zeigt und einen Nachahmungseffekt, auch privater Investoren in unserer Stadt, auszulösen vermag. Mit der Investitionstätigkeit setzt die Stadt zudem ein ermutigendes Zeichen gegenüber unseren Betrieben, KMU, den Beschäftigten in unserer Region. Hervor heben möchten wir auch die positiven Auswirkungen auf das Budget, die durch die Bildung der Sozialregion in Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden, hat erreicht werden können. Wir werden uns vorbehalten, in der Detailberatung auf die eine oder Position einzutreten. In diesem Sinne werden wir aber auf das Geschäft eintreten und dem Voranschlag 2009 unsere Zustimmung erteilen.

Roland Rudolf von Rohr: In einer recht langen Budgetsitzung hat die Fraktion der CVP/EVP die Vorlage besprochen. Wir sind vom Stadtrat unterstützt worden und ebenfalls vom neuen Finanzverwalter, Herrn Sieber, der übrigens einen sehr kompetenten Eindruck

gemacht hat. Die Informationen sind ausführlich gewesen. Aber auch andere Stellen, die das recht übersichtliche Budget, das eigentlich über alle Fragen Auskunft gibt, vorbereitet haben, verdienen den Dank. Die CVP/EVP-Fraktion wird einstimmig auf das Budget eintreten und dem Beschlussesantrag des Stadtrates auch zustimmen. Ebenfalls finden die meisten budgetrelevanten Vorlagen, auch diejenige des Personals, unsere Zustimmung. Tatsächlich ist es natürlich in Anbetracht des zu erwartenden Überschusses von 2 Millionen Franken verlockend, erneut eine Steuerreduktion zu beantragen. Zwei Gründe haben aber in unserer Diskussion deutlich dagegen gesprochen, so dass wir dafür votieren werden, die Steuersätze jetzt bei zweimal 100 % zu belassen. Der erste Grund ist der Finanzplan gewesen, den wir immer unterstützt haben. Es ist eigentlich eine Ziellandung auf den Finanzplan gewesen, der ja gewaltige Investitionen von 130 Millionen Franken in den nächsten Jahren vorsieht, ebenfalls eine erneute Verschuldung. Im Moment haben wir ja ein Pro-Kopf-Vermögen. Das wird sich bis ins Jahr 2013 ändern. Der Grund sind die höheren Investitionen, die wir ja eigentlich alle machen möchten. Der wichtigste Punkt ist der Finanzplan. Für uns gibt es heute keinen Grund, davon wegzurücken. Allenfalls könnte man sagen, ein Grund könnte das Gemunkel, das man hört, sein, dass die Rechnung 08 halt wieder einiges besser wird als wir sie budgetiert haben. Aber das möchten wir doch zuerst noch abwarten, ob dies wirklich auch so ist. Erstens: Der Finanzplan macht aus unserer Sicht klare Zeichen, dass wir bei diesem Steuersatz bleiben. Der zweite Grund ist sicher die nicht gerade sichere Wirtschaftslage. Ich bin weit davon entfernt, dies zu dramatisieren. Alle sagen: Wir merken ja noch gar nichts. Im Detailhandel ist es ganz klar. Dort kann man auch die Zeitungen aufschlagen. Man merkt erfreulicherweise noch nicht viel. Aber wenn man den Prognosen zuhört, muss man doch damit rechnen, dass in absehbarer Zeit negative Auswirkungen auf der Einnahmenseite auf uns zukommen könnten. Das ist der zweite Grund, der für uns kein Anlass ist, die Steuern zu senken. Wir werden eintreten und dem Beschlussesantrag des Stadtrates grossteils zustimmen.

Marcel Buck: Die SVP-Fraktion hat sich an zwei Abendsitzungen mit dem Budget intensiv auseinander gesetzt. Zahlreiche Posten erachten wir als nicht oder nicht mehr finanzierbar. Die Investitionen geben uns gerade soviel Kopfzerbrechen wie die gebundenen Ausgaben, die wir schliesslich, ob wir wollen oder nicht, können oder nicht, zahlen müssen. Diese Entwicklung macht uns Sorgen. Wir haben uns deshalb überlegt, wie man es anstellen könnte, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner von Olten nachhaltig und vor allem sofort spürbar in dieser unsicheren Zeit etwas profitieren. Steuererleichterungen für natürliche Personen sind zwar nicht das Allerweltsmittel. Sie bringen aber eigentlich sofort den gewünschten Effekt, nämlich höhere Kaufkraft. Da wir in Olten mit dem Klumpenrisiko von mehr Steuereinnahmen von juristischen Personen als von natürlichen Personen leben dürfen oder müssen, ist es unserer Ansicht nach ein weiterer Standortvorteil für Firmen, hier in Olten zu investieren und so Arbeitsplätze zu schaffen und vor allem zu erhalten. Deshalb beantragen wir auch eine Steuerreduktion für juristische Personen. Alles Klagen und Jammern im Bericht und Antrag des Stadtrates hat uns nicht überzeugt. Im Gegenteil: Es hat uns ermutigt, ganz genau die Ausgaben- und Investitionsseite anzuschauen. Siehe da: Bei der Investitionsrechnung „Strassenunterführung Rötzmatt“, sind wir fündig geworden. Wegen der Falscheinschätzung des Stadtrates soll jetzt der Steuerzahler für 20 Millionen Franken gerade stehen und im Gegenzug noch höhere Steuern zahlen? Nein, meine Damen und Herren, so geht es nicht. Wenn eine richtige Abklärung stattgefunden und sich der Stadtrat nicht von diversen grünen Vereinen und Velointeressengemeinschaften hätte drein reden lassen, könnten wir die Steuern sogar noch weiter senken und hätten immer noch ein ausgeglichenes Budget. Deshalb, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist eine Steuersenkung von 3 % respektive 6 Punkten nicht nur psychologisch gut, sondern finanzpolitisch vertretbar und somit mehr als nur moderat. Es liegt jetzt beim Stadtrat, sich beim Kanton dagegen zu wehren, die 20 Millionen Franken gerecht aufzuteilen und sich für die Bevölkerung und das Gewerbe von Olten einzusetzen. Wir treten somit auf das Budget ein und werden den abgeänderten Beschlussesanträgen zustimmen.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Man merkt in der heutigen Debatte, dass ein Budgetprozess ein langer Weg und eine grosse Arbeit ist. Es fängt an im Stadtrat, in der Verwaltung und kommt

schliesslich ins Parlament. Es ist auch eine der wichtigsten Aufgaben, die wir als Parlamentarier haben, weil wir die Eckpunkte für sehr viele Tätigkeiten setzen. Wir entscheiden, welche Tätigkeiten man machen soll, welche Geld erhalten, welche zurück gestellt werden, welche vorgezogen und welche verlangsamt werden sollen. Die Arbeit beginnt im Frühling und endet dann eigentlich mit dem Ablauf der Referendumsfrist, also praktisch dann, wenn der nächste Budgetprozess wieder anfängt. Die FdP hat sich schon sehr frühzeitig engagiert. Bevor der Stadtrat die Budgetrichtlinien beschlossen hat, haben wir unsere Wunschvorstellungen für die Budgetrichtlinien bekannt gegeben. Zum Teil sind sie berücksichtigt worden, zu einem grösseren Teil auch nicht ganz. Zu beachten ist bei einem Budgetprozess, wo die Ausgangslage ist. Der Finanzplan ist ein Wegweiser. Er ist aber nicht politisch entschieden worden. Das ist immer wieder wichtig. Es hat dort sehr viele Projekte, die in der Schwebe sind, die nur terminiert, politisch aber nicht entschieden sind und ganz anders heraus kommen können. Eine weitere Vorgabe sind die Budgetvorgaben des Stadtrates, wo dann der Gemeinderat auch hat mitmachen können. Die externen Faktoren sind eine Vorgabe. Ernst Zingg hat vorher die Ergänzungsleistungen erwähnt, die der Kanton plötzlich erhöht hat. Dort ist natürlich auch interessant zu schauen, wie die Stadt damit umgeht. Der Kanton hat gesagt, die Ergänzungsleistungen seien nicht 190, sondern 200 bis 220. Statt Fr. 500'000.— hätte man auch nur Fr. 170'000.— ins Budget aufnehmen können und wäre dann immer noch im Rang gewesen, den der Kanton vorgegeben hat. Die Stadt Olten hat sich hier entschieden, Fr. 500'000.— ins Budget aufzunehmen. Eine Vorgabe ist auch, was man im Personalbereich macht, vor allem bei den Stellen. Hier kann man den Stadtrat sicher loben. Er hat sein Versprechen aus dem Finanzplan eingehalten. Es ist seit langem das erste Mal keine einzige neue Stelle im Budget. Das finden wir gut. Wir haben natürlich auch die klare Erwartung, dass dies so bleibt und dann nicht im Laufe des Jahres neue Stellen beantragt werden, die das ganze Budget obsolet machen würden. Eine weitere Vorgabe sind die Prognosen. Man befindet sich ja nicht im luftleeren Raum. Eine Prognose ist einmal: Was ist mit dem Rechnungsabschluss 2008? Wir sprechen zwar viel über Finanzkrise. Man sieht, am 6. November hat der Bund seine Prognose - er macht klare Prognosen nach drei Quartalen - gemacht: Wie wird sich der Rechnungsabschluss entwickeln? Der Bund rechnet damit, dass der Überschuss nicht 1,6 Milliarden Franken sein wird, sondern etwa dreimal soviel. Man kann davon ausgehen, dass es, wenn es dem Bund so gut geht, auch den Kantonen und Gemeinden besser gehen wird. Man sieht auch, dass die Finanzkrise zwar sehr viele Städte beutelt, dass aber Olten in seinen Steuereinnahmeprognosen natürlich im Prinzip bei gewissen Finanzinstituten auch von Kopfsteuern ausgeht und eigentlich das Risiko, dass dort noch einmal ein Abwärtstrend bei den Einnahmen kommt, sehr klein ist. Auch zu beachten ist das Konkurrenzumfeld. Was machen andere Kantone? Was machen andere Gemeinden? Im Umfeld auch zu beachten ist die neue Darstellung. Wir haben eine Sozialregion. Das heutige Budget können wir praktisch nicht mit dem letztjährigen vergleichen, weil ein grosser Teil, ein wichtiger Ausgabenposten, Sozialkosten, anders gruppiert ist. Das verändert sehr viel, macht es auch viel schwieriger zu vergleichen. Ich denke, das werden wir in den nächsten Jahren dann auch klar einordnen können. Aus der Sicht der FdP-Fraktion, die das Budget und auch über verschiedene Meilensteine sehr intensiv diskutiert hat, ist es ein typisches Vorwahlbudget. Der Stadtrat hat fast für jede Interessengruppe, leider nur fast, etwas gegeben. Es ist offensichtlich nicht möglich, in Wahlzeiten Prioritäten zu setzen. Es zeigt sich auch daran, dass es in der Verwaltung bei der Erarbeitung des Budgets nicht grosse Diskussionen gegeben hat, dass offensichtlich auch dort der Massstab weniger streng als in anderen Jahren gewesen ist. Ausserordentlich gross sind deshalb auch die Investitionen. Wir sehen, dass diese Investitionen zu einer grossen Neuverschuldung führen. Sie liegen rund 10 Millionen Franken über dem Wert, den Olten langfristig vertreten oder verkraften kann. Das ist auch der Grund, dass der Selbstfinanzierungsgrad tiefer ist. Das liegt nicht an den Steuersenkungen. Die Steuereinnahmen sprudeln trotz Steuersenkungen immer noch gut. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt, weil die Investitionen sehr viel höher sind. Man kann sich fragen - wir haben uns dies in der Fraktion auch gefragt - ob die höheren Investitionen ein Mittel zur Stärkung der Konjunktur sind und auch für positive Impulse, für eine bessere Stimmung bei den Konsumenten, die wirklich sehr weit unten ist, sorgen. Diese Frage kann man sich stellen. Wir sind nicht überzeugt, dass dies bei allen Investitionen wirklich auch

ausgelöst wird. Es wird fast jeder Interessengruppe etwas gegeben. Aber der für uns eigentlich wichtigsten Interessengruppe, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, wird nichts gegeben. Für sie gibt es keine Investitionen. Sie profitieren nicht von einem Signal. Das ist offensichtlich halt so. Die FdP wird auf das Budget eintreten, auch, weil wir der Meinung sind, es ist fast ein Konjunkturprogramm, und weil wir der Überzeugung sind, dass die Rechnung 2008 einen sehr viel grösseren Überschuss als budgetiert haben wird. Wir schliessen sehr gerne auch Wetten mit dem Finanzdirektor ab, in welcher Höhe dieser Überschuss sein wird. Wir appellieren gleichzeitig an den Stadtrat, dass er wieder Prioritäten setzen soll. Nächstes Jahr werden die Wahlen vorbei sein. Vielleicht kann man dann auch wieder deutlichere Prioritäten setzen und wieder etwas mehr auf den Weg der Tugend zurück gehen. In der Detailberatung und in der Abstimmung über die Anträge des Stadtrates wird es noch die eine oder andere Frage oder Bemerkung der Fraktionen geben. Wir haben dort Gelegenheit, dies noch detailliert zu begründen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

DETAILBERATUNG

Laufende Rechnung

Zu den Seiten 1 – 17: Keine Wortmeldungen

Seite 18, 312: Kulturzentrum Schützenmatte

Dr. Max Pfenninger: Wir geben jährlich Fr. 55'000.— aus. Könnten wir wissen, wieviel Gewinn der Betreiber, der dies mietet, erwirtschaftet? Es ist einmal gesagt worden, als wir es vermietet haben, dass wir diese Zahl erfahren, weil wir das Kulturzentrum Schützi für einen symbolischen Beitrag vermieten.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ein vorgängiges Telefon wäre gut gewesen, dann hätte ich es vielleicht in Erfahrung bringen können. Ich weiss es jetzt effektiv nicht. Es wäre auch falsch, einfach eine Zahl zu nennen. Mag sein, dass wir vor Jahren gesagt haben, Ihr würdet diese Zahl erfahren. Max, ich kann es einfach schlichtweg nicht sagen. Du sprichst jetzt von diesen Fr. 15'000.— Unterhalt Gebäude. Das ist es ja, was Du auch ansprichst. Es ist ein reiner Aufwand, der hier im Budget der Stadt enthalten ist. Die Eigentümerin des Gebäudes ist die Stadt. Heizung, Energiekosten, der Unterhalt des Gebäudes ist mit der Schützenmatte vertraglich geregelt. Dieser ist übrigens seit Jahren tiefer im Budget als im Vertrag steht. Er wird von der Baudirektion akribisch kontrolliert und dementsprechend auch gebraucht oder nicht gebraucht. Man kann es in der Rechnung nachschauen, auch in den Vorjahren. Der Rest ist eine Versicherungsangelegenheit, die man für ein solches Gebäude einfach haben muss. Aber was Du mich gefragt hast, ist praktisch der Ertrag der Schützenmatte. Den kann ich Dir jetzt einfach so nicht sagen. Ich weiss es nicht. Aber man kann es nachliefern. Das ist kein Problem.

Seite 19, 340.364.01: Sport, Beitrag an Eissportbetrieb

Dr. Rudolf Moor, GPK: Den Antrag hat Urs Knapp eingereicht. Es geht darum, dass die Hälfte des Betrages, der erst im Jahr 2009 fällig wird, vorläufig gesperrt wird und man nur den Anteil frei gibt, der für den Eissportbetrieb im Jahr 2008 gebraucht wird. Man hat angenommen, dass dies die Hälfte des Gesamtbetrages ist.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Betreffend den Auszahlungsmodalitäten habe ich in der GPK gesagt, dass die Hälfte dieser Fr. 390'000.— in der ersten Saisonhälfte ausbezahlt wird - es ist ja ein saisonaler Betrieb - und erst nach den Sommerferien dann die zweite Tranche. Das ist in den letzten Jahren Usus gewesen. Nach meinen Berechnungen sollte, wenn eine

Hälfte anfangs Jahr ausbezahlt werden kann - und es geht ja hier um die Liquidität, die wir für diese AG bewahren müssen - das Geld reichen. Ich muss hier noch anführen, dass ein Sporttotobeitrag in Aussicht gestellt ist. Wir haben nämlich die Bedingungen an der gestrigen Generalversammlung geschaffen. Es wurde eine Statutenrevision durchgeführt. Wenn der Beitrag des Sporttotofonds nicht fliessen würde, hätten wir ein echtes Liquiditätsproblem. Mit anderen Worten: Wir haben im Dezember - das ist vom Stadtpräsidenten und von mir auch angekündigt - eine Vorlage, in der wir über die Zukunft der Eisbahn diskutieren werden. Dort geht es auch darum, wie hoch dieser Betriebsbeitrag ist. Mit anderen Worten: Wenn Ihr heute die Sperrung der Hälfte dieses Beitrags beschliesst, kommen wir nicht umhin, in sehr naher Zukunft über die Zukunft der Eisbahn hier zu diskutieren und abzustimmen, wie es weiter gehen soll.

Felix Wettstein: Ich würde gerne das von Ruedi Moor Gesagte aus der Geschäftsprüfungskommission noch ergänzen. Ich habe mir die entsprechenden Notizen gemacht. Seite 19a bei den Erklärungen: Wenn ich es richtig in Erinnerung und aufgeschrieben habe aus der GPK, würden wir beantragen, dass man bei den Erklärungen zu Punkt 340.364.01 bei der ersten Zeile „Beitrag wie Vorjahre“ (für Fr. 195'000.— separater Beschluss GP vorbehalten), diese Ergänzung hinten eintragen würde. In diesem Sinne ist dem Genüge getan. Der gleiche Vorbehalt kommt dann gleiche eine Zeile weiter unten. Das Ganze hängt damit zusammen - Martin Wey hat es indirekt mindestens angetönt - wir werden ohnehin an einer der nächsten Parlamentssitzungen über dieses Geschäft und das städtische Engagement beschliessen müssen. Dann kann man sagen, wenn die Liquidität so schlecht ist, dass die Liquidation vor Mitte Jahr fällig ist, ist dieser Vorbehalt berechtigt gewesen.

Beschluss

Mit 40 : 7 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem ergänzten Antrag von Felix Wettstein zugestimmt.

Seite 20: Keine Wortmeldungen

Seite 21, 356.314.01: Jugendhaus Färbi, Unterhalt Gebäude

Iris Schelbert: Wir Grüne/Jungalternativen hätten dazu einen Antrag. Ich muss mich entschuldigen, da ich schlicht vergessen habe, ihn schriftlich einzureichen. Er ist aber einfach. Wir haben dort Fr. 2'500.— für Unterhalt Gebäude. Das Jugendhaus muss ja im nächsten Jahr aus der Färbi ausziehen und geht nachher in die Rötzmatt. Wir sind der Meinung, dass das Haus dort unten mindestens ein Stück weit angepasst, in Stand gestellt, vielleicht auch zusätzlich etwas möbliert werden muss. Wir möchten den Antrag stellen, statt Fr. 2'500.— Fr. 10'000.— einzusetzen, damit sie dort etwas Freiraum haben, das Gebäude oder die Räumlichkeiten so zu gestalten, dass sie die nächsten fünf Jahre ein gutes Auskommen haben.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Danke für die Frage, Iris. An und für sich steht der ganze Umzug der Färbi an. Sie haben in den Beilagen und Erklärungen auch gesehen, dass das alte Färbihaus im Moment nicht nur am falschen Ort steht, sondern auch baufällig ist und dort weitere Investitionen nicht sinnvoll sind. Wir sind dort in engster Zusammenarbeit mit dem Färbi-Vorstand, der Baudirektion und Direktion Bildung und Sport. Die Szenarien sind so weit, dass der Umzug realisiert werden kann. Vorgesehen ist noch vor den Sommerferien. Im Moment klären wir ab, was im neuen Gebäude gemacht werden muss. Es gibt allenfalls auch Sicherheitsauflagen, die erfüllt sein müssen, zum Teil auch im Gebäude selber, so dass jetzt eine Aufnahme eines bestimmten Betrags wahrscheinlich falsch wäre, sondern wir werden dies zuerst rechnen müssen und dann in Form eines Nachtragskredits beschliessen lassen.

Iris Schelbert zieht Antrag zurück.

Seite 22: Keine Wortmeldungen

Seite 23, 492: Sauna und Wannenbäder

Nico Zila: In der GPK ist offenbar die Zukunft der Oltnen Sauna ein Thema gewesen, wie man dem Protokoll entnehmen kann. Ich denke, es wäre informativ, wenn der Stadtrat in aller gebotener Kürze in drei, vier Sätzen über die Zukunftspläne der Stadtsauna Stellung nehmen könnte

Stadträtin Silvia Forster: Die Mitglieder der GPK haben die Unterlagen schriftlich erhalten. Die Sauna ist im Moment geschlossen, weil der Mieter sie nicht gewinnbringend betreiben können. Wir haben vier neue Interessenten gehabt, die aber alle abgesagt haben, weil sie der Meinung sind, dass die Sauna im jetzigen Zustand nicht weiter gewinnbringend betrieben werden kann. Der Stadtrat ist in Anbetracht der Situation, dass jetzt an der Industriestrasse, im Gebäude der Gerolag, von der Migros ein neuer Wellnessbereich gebaut wird, der Meinung, dass man die Sauna geschlossen halten möchte, weil dies nicht Kerngeschäft der Stadt Olten sein kann. Wenn man noch weitere Ausführungen haben möchte, sind die Mitglieder der GPK im Besitz der Unterlagen. Sonst bin ich gerne bereit, die nötigen Kopien morgen Abend mitzubringen.

Urs Knapp: Die GPK hat auch über einen Antrag entschieden. Es ist eigentlich schade, dass er nicht auf dem gelben Blatt ist, wie auch derjenige vorher nicht. Ich glaube, es wäre für alle Fraktionsmitglieder informativ gewesen. Es sind zwei Anträge gewesen, welchen die GPK - ich glaube, diesem sogar sehr grossmehrheitlich - zugestimmt haben. Ich glaube sogar einstimmig. Die GPK ist zum Schluss gekommen – wir haben gehört, was Frau Stadträtin Forster gesagt hat; wir haben auch die Situation dort angeschaut – dass es einleuchtend ist und keinen Sinn macht, wenn man den Kredit für die Sauna so stehen lässt, weil die Sauna in einem katastrophalen Zustand ist. Entweder müsste man riesig investieren oder man muss sie schliessen. Wir haben aber jetzt die Situation, wie es auch Stadträtin Silvia Forster gesagt hat, dass in Olten eine sehr schöne, sehr grosse Sauna eröffnet wird. Es ist sicher nicht eine der ersten Ausgaben. Aus diesen Überlegungen hat nachher die GPK konsequenterweise einen Antrag beschlossen, dass man den Kredit, der heute Fr. 62'500.— ist, auf Fr. 15'000.— reduziert, damit man noch einen geordneten Rückzug machen kann und die Heizung über den Winter laufen lassen kann, damit das Gebäude sauber für eine zukünftige Nutzung im Rahmen der Badi gebraucht werden kann. Ich weiss jetzt nicht auswendig, wie das Stimmenverhältnis gewesen ist. Wir beantragen, den Kredit auf die Fr. 15'000.— zu reduzieren und indirekt damit dem Stadtrat auch den Rücken zu stärken, damit die Sauna, die jetzt geschlossen ist, geschlossen bleibt.

Felix Wettstein: Noch ergänzend. Die Fr. 15'000.— betreffen die Aufwandseite. Es ist auch klar, dass die Korrektur auch auf der Ertragsseite erfolgen muss, sprich, dass der Ertrag heraus gestrichen werden muss, weil keiner zu erwarten ist. Ich möchte persönlich noch etwas dazu anfügen. Ich finde auch Fr. 15'000.— noch ziemlich viel, um quasi die Notheizung laufen zu lassen für ein nebenstehendes Büro, das eigentlich nur während des Sommers genutzt wird. Ich bin schon dafür, dass man die Fr. 15'000.— jetzt im Budget so einsetzt. Aber ich gehe eigentlich davon aus, dass die Rechnung nachher etwas tiefer sein wird.

Parlamentspräsident Werner Good: Der Antrag lautet, dass bei Sauna und Wannenbädern nur ein Aufwand von Fr. 15'000.— steht. Alles andere ist gestrichen.

Beschluss

Mit 47 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag der GPK zugestimmt.

Seite 24 und 25: Soziale Wohlfahrt

Parlamentspräsident Werner Good: Es gibt eine Streichung bei Punkt 580.365.01. Der Betrag, der auch in 550.365.02, Beitrag an INVA MOBIL, steht, ist doppelt enthalten. Er würde an einem Ort heraus gestrichen. 550 wird gestrichen. Das ist nur Kosmetik.

Seite 26 bis 34: Keine Wortmeldungen

Investitionsrechnung: Keine Wortmeldungen

Separates Büchlein „Beilage zu...“:

Seite 19, 580.362.02: Zweckverband Familienberatung und Mütter-/Väterberatung Bezirk Olten-Gösgen

Marcel Buck: Geht dies jetzt in diesem Falle einhellig auch in die Sozialregion über, und sämtliche Angebote bleiben weiterhin bestehen? Es ist einfach, auch beim Budget, sehr schwierig gewesen, die Sozialzahlen irgendwie heraus suchen zu können. Es ist alles etwas verstreut. Wir haben uns im Budget gar nicht mehr so richtig zurecht gefunden.

Stadtrat Peter Schafer: Weiterhin sind die Einwohnergemeinden Mitglieder beim Zweckverband. Von daher bleiben eben die Mütter- und Väterberatung, die 370, Fr. 20.— und die Miete für die Mütter- und Väterberatung. Aber das zusätzliche Dienstleistungsangebot, die Fr. 60'000.—, sind für die ganze Region. Das kommt heraus. Das ist in der Sozialregion auf Seite 10, 580, Allgemeine Sozialhilfe, 580.362.02, Familienfürsorge, Mütter-, Väterberatung. Das ist das zusätzliche Dienstleistungsangebot, Fr. 60'000.— für die ganze Region.

Marcel Buck: Das braucht es wirklich immer noch?

Stadtrat Peter Schafer: Jawohl, das braucht es, weil gerade eine Gemeinde wie Winznau bis jetzt praktisch alle Fälle über die Familienberatung abgewickelt hat. Wir haben auch so in diesem Betrag Sachen draussen gehabt. Wir wollen jetzt möglich viel zu uns nehmen. Aber gewisse Sachen können wir nicht, auch nicht in der Region lösen. Hier macht es Sinn, dass wir dies mit der Familienberatung weiterhin abdecken können.

Seite 21, 800.365.01: Beitrag Hagelabwehr

Stefan Nünlist: Wie oft hat es im letzten Jahr gehagelt?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich kann jetzt nicht genau beantworten, wie oft es gehagelt hat. Aber ich würde einmal sagen, das kann wahrscheinlich hier gar niemand.

Stefan Nünlist: Aber dann könnte man auch ins Auge fassen, nicht als Antrag, einfach als Anregung, diesen Beitrag vielleicht zu streichen, wenn er nicht mehr nötig wäre.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Wir nehmen es entgegen. Allerdings muss ich folgendes sagen: Wir kämten diese Beiträge ja jedes Jahr, und wenn irgend welche Organisationen zu Beiträgen kommen, wo wir das Gefühl haben, sie seien nicht mehr nötig, streichen wir sie heraus. Das können wir belegen und beweisen. Hagelabwehr: Wir müssen es mit der zuständigen Stelle prüfen. Wir lassen nicht mehr hageln. Das ist einfach.

Seite 82: Investitionsrechnung

Christian Wüthrich: Wir haben im Jahr 2007 im Parlament mit klarer Überzeugung die Bevorschussung des Landes Kleinholz für die Erschliessungsstrassen, Perimeter, zugesprochen. Im Parlament sind wir der Überzeugung gewesen, dass dies Signalwirkung

gibt, damit dort oben etwas geht und wir von der Stadt aus Zeichen setzen können. Das ist hier nie bestritten gewesen. Ich stelle fest, dass auf der Seite im dicken Buch über Verkehr, Amt für Umwelt und Raumordnung, nichts gebraucht worden ist. Jetzt wäre ich froh, wenn der Stadtrat Stellung nehmen und sagen würde, weshalb die Perimeter, die Erschliessungen, nicht ausgelöst worden sind, so wie es das Parlament eigentlich als Zeichensetzung für die Umsetzung dort oben hat ausgeben wollen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Das wäre jetzt eine lange Geschichte und würde den Abend fast sprengen, wenn ich in die Details gehen wollte. Vielleicht folgende Ausgangslage: Es hat nichts an der Zielsetzung und der Richtung geändert, wie das Parlament und der Stadtrat völlig einer Meinung gewesen sind in Sachen Erschliessung respektive Aktivierung des Neubausgebiets Kleinholz. Es hat dann - das muss ich klar sagen - im Bereich Altlastensanierung Schwierigkeiten gegeben, die nicht ausgeräumt sind. Nicht von Altlasten, die man gekannt hat, sprich der geschlossenen grossen Schiessanlage Kleinholz - das ist ein völlig anderes Thema - sondern anderen Altlasten, die man plötzlich im Hang entdeckte. Früher, als man vermutlich die Schüsse von Hand nach hinten geworfen hat, ist noch eine alte Schiessanlage zum Vorschein gekommen, wo eine gewisse Altlast vorhanden ist. Das zuständige kantonale Amt für Umwelt, die Gläubigerversammlung der Bürgergemeinde, die Bürgergemeinde und die Stadt Olten haben am Tisch gesessen, und es ist eigentlich jetzt auf der Zielgerade - ich sage das Wort jetzt gerne zum xten Mal. Ich habe versucht, auf den heutigen Abend - das kann ich klar sagen - einen Entscheid der Gläubigerversammlung der Bürgergemeinde zu provozieren. Das ist mir nicht gelungen. Aber Markus Ammann hat an den Sitzungen der GPK und der Kommission für Stadtentwicklung - ich glaube an beiden Orten - gesagt, die Kommission möchte gerne im Detail Auskunft haben, auch mit den nötigen Fachleuten am Tisch, wie es dort oben aussieht. Das werden wir auf jeden Fall einhalten. Es ist bekannt, dass wir dies wollen. Ich hoffe, dass bis Ende Jahr wirklich klare Aussagen über die Entwicklung dieses Gebietes gemacht werden. Schliesslich ist ein noch nicht unterzeichneter Kaufvertrag auf dem Tisch. Es geht am Schluss wirklich nur noch um die Altlasten. Dann löst es aus, was Christian eigentlich erwartet hat.

Christian Wüthrich: Besten Dank. Kann man heute schon sagen, dass die Kosten der Sanierung oder einer eventuellen Sanierung nicht der Stadt anfallen? Wir haben ja berühmte Erfahrung damit. Ich möchte heute hören, dass nicht die Stadt dafür einstehen muss.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Das kann ich in diesem Sinne bestätigen. Es gibt klare gesetzliche Grundlagen, wer dann wie was wann bezahlen muss. Es stellt sich nur die Frage, ob derjenige, der bezahlen muss, dann bezahlen kann.

Seite 57

Marcel Buck: Das ist jetzt eben das Projekt, das ich eingangs erwähnt habe, die unsägliche Strassenunterführung Rötzmatt, die mit 20 Millionen Franken veranschlagt ist. Ich fordere einfach den Stadtrat noch einmal dringend auf, mit dem Kanton hier eine gütliche Lösung zu finden und sonst halt gerichtlich vorzugehen. Ich bin nicht bereit, für diese Unterführung 20 Millionen Franken locker zu machen.

Heidi Ehram: Marcel Buck ist mit uns in der Geschäftsprüfungskommission. Silvia Forster hat ganz klar gesagt, weshalb man nicht gerichtlich vorgehen kann. Sie hat es dort gesagt: Weil keine Verfügung vorhanden ist. Dann können wir nicht gerichtlich vorgehen. So ist Eurer Anliegen hinfällig.

Marcel Buck: Es ist schön, Heidi, dass Du Dich hier auch noch zu Wort meldest. Das habe ich mitbekommen, aber nichts desto trotz erwartet man ja eine Verfügung. Wenn sie vorliegt, kann man aktiv werden, und sie wird früher oder später kommen.

Mario Clematide: Aber hast Du, Silvia, in diesem Rat nicht einmal gesagt, es habe Rechtsgutachten gegeben? Wenn ich richtig gehört habe, hast Du vier Rechtsgutachten

erwähnt. Die unabhängig voneinander untersuchenden Rechtsanwälte haben gesagt: Keine Chance für die Stadt Olten.

Stadträtin Silvia Forster: Das ist so. Als wir gemerkt haben, dass der Kanton hier unterschiedliche Auffassungen hat und wir nicht durchdringen, wie wir gemeint haben, dass es gehen muss, dass nämlich die Rötzmatt Bestandteil des Projektes ERO ist, haben wir zwei unabhängige Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, und diese sind unabhängig zum gleichen Entscheid gekommen.

Marcel Buck: Umso mehr. Dann streicht man halt das Projekt komplett. Ich verstehe einfach nicht, wie man 20 Millionen Franken einfach so in den Sand setzen kann.

Stadträtin Silvia Forster: Das Parlament und schliesslich das Volk bestimmen, was in der Rötzmatt gehen soll. Die Situation ist so, dass ja dort auch noch eine Einsprache hängig ist, die noch nicht erledigt ist. Die Einsprache ist beim Kanton hängig, nicht bei der Stadt Olten. Sie ist noch nicht entschieden. Nachher muss man über die Bücher gehen, ob man in der Rötzmatt weiter fahren will unter Einbezug aller Anliegen wie Langsamverkehr, Individualverkehr.

Marcel Buck: Ich bin der Meinung, dass dies aus der Investitionsrechnung gestrichen werden sollte.

Christian Wüthrich: Marcel, das ist relativ schwierig. Wir haben gar keine Ahnung, ob dies zur flankierenden Massnahme gehört und dass es noch zu diesem Kreisel herüber kommt. Wenn es eine Auflage ist, können wir dies heute kaum heraus streichen. Dann gefährden wir den ganzen Abschnitt der ERO. Wir haben schon Kreisel gebaut, die für unseren Begriff zu teuer gewesen sind. Ich gebe Dir recht. 20 Millionen Franken für einen Tunnel sind auch relativ viel. Aber ich möchte nicht Sachen gefährden, die in einem Zusammenhang stehen und jetzt laufen.

Stadträtin Silvia Forster: Ich möchte es noch einmal sagen. Es ist ein Projekt, das beschrieben ist, indem ein Investitionskredit enthalten ist, wo aber das Parlament hier nachher entscheiden muss: Wollen wir dies oder wollen wir dies nicht? Ich bitte jetzt doch einfach einmal, den Beschwerdeentscheid abzuwarten und nachher Gelegenheit zu geben, zusammen mit den zuständigen Kommissionen und Behörden auszuhandeln, in welcher Form ein Rötzmattausbau, wenn er überhaupt erfolgen soll, vorgenommen werden soll.

Seite 74: Fussgängerleitsystem

Iris Schelbert: Wir haben Ende April das Konzept und den Kredit gesprochen. Wann steht es?

Stadträtin Silvia Forster: Es ist der Wunsch des Parlaments gewesen, dass man eine Begleitgruppe einsetzt. Diese ist an der Arbeit. Es sind Vorschläge vorhanden, wie die Stele aussehen sollten. Ich habe einmal interveniert, weil ich das Gefühl hatte, diese Begleitgruppe - ich sage es ganz böse - zähle nicht nur Erbsen, sondern Nanoerbsen. Es ist relativ schwierig, alle Anliegen unter einen Hut zu bringen. Wir versuchen, die verschiedenen Meinungen aufzunehmen und sind eigentlich zuversichtlich, dass wir das Projekt abschliessen können. Aber ich bin jetzt gerade überfragt, wann dies vorliegen wird. Im Moment sind die Stele da, wie sie beschriftet werden sollen. Sie müssen ja auch lesbar sein. Ich kann es nicht versprechen. Aber ich gebe mir Mühe, eventuell morgen Abend noch eine Antwort zu geben. Sonst kommt sie sicher schriftlich.

Beschlussesanträge

I./1.

Parlamentspräsident Werner Good: Hier hat es eine Änderung. Ich habe die Mitteilung vom Stadthaus erhalten, dass der Mehrertrag jetzt Fr. 2'017'100 ist.

Urs Knapp: Ich möchte anregen, dass wir zuerst über die Positionen 4 und 5 abstimmen, weil je nachdem, wie die Abstimmungen dort heraus kommen, verändern sich die Zahlen in Punkt 1.

Parlamentspräsident Werner Good: Dann stimmen wir über die Punkte 4 und 5 ab. Hier liegt je ein Antrag der SVP vor.

Marcel Buck: Ich habe es eingangs ja schon erwähnt und jetzt auch wieder darauf gedrückt, dass wir der Meinung sind, die Steuerfussreduktion wäre moderat und hätte eben sofort eine gewisse Wirkung. Eine positive Wirkung auch gegen aussen für die Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt auch für das Gewerbe.

Urs Knapp: Die FdP hat lange über das Thema Steuern gesprochen. Wir merken bei uns in der Fraktion einige Sympathien für den SVP-Antrag. Man müsste eigentlich das Budget zurück weisen, wenn man konsequent ist, und sagen, der Stadtrat solle sparen und aufzeigen, wo man die 2 Millionen sparen kann. Das könnte man sparen. Es gibt auch einen anderen Weg, den wir beliebt machen möchten. Wir stellen einen Antrag, den Steuersatz auf 99 % für juristische und natürliche Personen festzulegen. Im Gemeindegesetz § 144 steht ganz klar: „Der Steuersatz wird jährlich festgelegt und soll den Aufwand der laufenden Rechnung decken“. Die laufende Rechnung ist seit Jahren positiv, obwohl wir die Steuern immer wieder gesenkt haben. Sie ist auch in diesem Jahr positiv. Wir haben einen Überschuss von rund 2 Millionen Franken. Wir können es uns also leisten. Das ist einmal Punkt 1. Wir können es uns finanziell leisten, müssen kein schlechtes Gewissen haben. Wir können es uns sogar leisten, wenn wir nicht sparen. Das Andere, das im heutigen Zeitpunkt noch wichtiger ist: Wir haben eine Konsumentenstimmung, die zur Zeit sehr schlecht ist. Wenn Roland Rudolf von Rohr vorher gesagt hat, er merke es noch nicht im Laden, kann ich einfach sagen: Es ist schön. Es ist glücklich. Ich habe gerade neueste Zahlen gesehen. Zwischen 5 und 10 % Rückgang in gewissen Detailhandelsunternehmen. Das hat auch sehr viel mit Psychologie zu tun. Die Allermeisten haben im Augenblick nicht weniger Geld in der Tasche. Aber viele haben Angst und sind zurück haltend. Wenn jemand 10 Franken spart und ein anderer auch 10 Franken spart, ist dies selbstverstärkend. Was wir jetzt brauchen ist, dass wir Zeichen setzen müssen. Wir müssen die Leute bei der Psychologie anpacken, Zeichen setzen und Optimismus versprühen. Das können wir mit einer Steuersenkung, die einerseits moderat ist und andererseits auch unter eine kritische Schwelle geht. Da kann man klar ein Zeichen setzen. Es werden alle davon profitieren und zwar sofort. Wir können einen kräftigen Beitrag zu einer besseren Stimmung leisten. Dass die SP und die Grünen hier nicht einverstanden sein werden, erstaunt uns gar nicht. Wenn es nach der SP und den Grünen gegangen wäre, wären wir immer noch weit über 110 %, weil sie konsequent gegen jede Steuersenkung gewesen sind. Von daher haben sie - das muss man auch anerkennen - eine konsequente Finanzpolitik. Was uns etwas mehr erstaunt, ist die Haltung der CVP. Ich sage dies auch so. Ich denke an die CVP auf Bundesebene. Sie kämpft an vorderster Front für Steuerentlastungen. Die CVP hat, ohne mit der Wimper zu zucken, das Konjunkturprogramm mit 800 Millionen Franken Entlastung durchgeboxt. Der CVP-Präsident Christoph Darbellay hat zur Begründung von Steuersenkungen gesagt: „Das stärkt die Kaufkraft, stützt den Inlandkonsum und sorgt für Beschäftigung“. Er hat dies in der Sonntagszeitung vor zehn Tagen gesagt. Wir begreifen nicht ganz, weshalb dies in Olten nicht gelten soll. Eigentlich müsste dies uns auch gleich sein. Die CVP muss wahrscheinlich ihrer Wählerschaft, auch ihren Gewerbetreibenden, erklären, weshalb sie gegen so etwas sind. Wir machen beliebt, ein Zeichen zu setzen: Eine moderate Senkung auf 99 %.

Roland Rudolf von Rohr: Urs Knapp, ich danke Dir, dass Du Dich so sehr um unsere Wählerschaft kümmerst. Du musst vielleicht noch anfügen, dass die CVP ganz wesentlich dazu beigetragen hat, dass wir die hohen Steuern von 119/110 %, die wir gehabt haben, jetzt innert vier Jahren auf 100 herunter gebracht haben, dass ich vorher begründet habe, weshalb wir keine Steuersenkung wollen und das eine Prozentchen Steuersenkung hier hat wohl eher etwas wahltaktischen Hintergrund. Du hast mir vorher das Argument im Mund herum gedreht. Jetzt drehe ich es halt wieder herum. Ich habe eigentlich gesagt: Ich spüre noch nichts. Der Grossdetailhandel, Coop und Migros, sind immer noch auf guten Zahlen. Der Luxushandel geht etwas zurück. Aber wenn Du schon so schwarz malst, es sei schon ein Wirtschaftsrückgang da, ist dies ja umso mehr ein Argument, eben jetzt mit den städtischen Finanzen vorsichtig zu sein. Ich glaube, wir haben eine klare Linie: Jetzt sind wir bei den 100 unten. Wir haben immer gesagt, dass dies unser Ziel ist. Jetzt, in dieser Situation, vor den Grossinvestitionen, die wir haben, und im Hinblick auf den Finanzplan, dass wir uns verschulden werden, ist es falsch, die Steuern zu senken, auch nicht um ein Prozentchen und schon gar nicht 3 %.

Iris Schelbert: Wenn wir hier positive Signale geben möchten, um die Kaufkraft zu stützen, hätten wir unseren städtischen Angestellten eine anständige Teuerung oder eine Lohnanpassung geben können. Dann hätten sie nämlich auch etwas davon gehabt. Wenn wir schon Optimismus und Enthusiasmus gegen aussen zeigen wollen, hätten wir dies dann halt auch dem Stimmvolk so hinüber bringen können. Wir sprühen ja im Moment buchstäblich vor Optimismus und Enthusiasmus. Aus unserer Sicht sind die 100 % in Ordnung und wir möchten auch daran festhalten.

Felix Wettstein: Ich möchte dies noch ergänzen. Es ist vorher schon einmal einleitend in der Eintretensdebatte zum ganzen Budget von Marcel Buck genannt und von Urs Knapp wieder aufgenommen worden. Die Behauptung, wenn man die Steuern jetzt senke, sei dies ein Signal, das sofort Wirkung zeige und welches die Leute spüren, ist falsch. Ich weiss, dass die meisten nicht gerne haben, wenn man belehrt wird. Ich habe eigentlich jetzt auch nicht Lust zu belehren. Ich habe einfach das Gefühl, es gibt eine Lektion 1, wenn man sich mit Steuern beschäftigt, und die ist: Was ist eine Progression? 1 % Steuersenkung von jemand, der 30 % seines Einkommens versteuern muss, spürt es. Bei denjenigen, die wenig verdienen, macht 1 % nichts aus. Sie haben nichts zusätzlich unter dem Weihnachtsbaum. Das ist einfach nicht wahr. Deshalb wäre es, wenn Ihr 1 % einsetzen wollt, Fr. 700'000.— geteilt durch 18'000 Leute, Kind und Kegel mitgezählt, viel klüger, jedem Fr. 40.— unter den Weihnachtsbaum zu legen.

Urs Knapp: Zu Iris Schelbert wegen der Kaufkraftstütze: Ich glaube, es macht schon einen Unterschied, ob man – ich weiss nicht, wieviele städtische Angestellte in der Stadt Olten wohnen, aber deutlich unter 200 - dann viel gibt oder man einigen tausend Steuerpflichtigen etwas gibt. Das ist sicher ein anderes Signal. Zu Roland Rudolf von Rohr: Ich bin einfach erstaunt, dass Du zwei- oder dreimal gesagt hast: Wegen dieses einen „Prozentchen“. Ich weiss nicht, wie es Dir geht. Aber für mich sind Fr. 700'000.— relativ viel Geld. 700'000 „Fränkli“. Es geht um 700'000 Franken. Das ist viel Geld. Ich finde, man soll auch das respektieren. Jeder Franken ist wert, den man in einen Kreislauf zurück geben kann, von dem letztlich auch diese profitieren, wenn Geld ausgegeben wird.

Roland Rudolf von Rohr: Die Fr. 700'000.— wären die Mehrverschuldung, die wir nachher im Jahr 2013 haben werden. Diese kannst Du im Finanzplan ablesen. Jedes Jahr Fr. 700'000.— weniger. Oder wir sparen irgendwo. Aber das müssen wir auch noch zuerst durch bringen. Dann sind wir schon dafür. Ich habe auch signalisiert, dass wir bereit sind, wieder über den Steuersatz zu diskutieren, wenn das eintrifft, was Ihr gesagt habt: Ein sehr gutes Ergebnis 2008 und wenn das Wirtschaftsgewitter etwas abgeflaut ist und man weiss, es ist alles nicht so schlimm. Dann sind wir sicher wieder bereit, darüber zu diskutieren, aber nicht zum heutigen Zeitpunkt trotz Urs Knapp, trotz Darbellay. Wir sind die CVP Stadt Olten und haben diese Meinung.

Parlamentspräsident Werner Good: Wir haben zwei neue Anträge. Der Antrag der FdP wird dem Antrag der SVP gegenüber gestellt und dann der obsiegende Antrag demjenigen des Stadtrates.

Zu I./4. und 5.:

Beschluss

Mit 21 : 4 Stimmen bei 20 Enthaltungen wird dem Antrag der FdP zugestimmt.

Beschluss

Mit 30 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung obsiegt der Antrag des Stadtrates.

Beschlussesanträge

I./1.

Zustimmung mit 43 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

I./2.

Parlamentspräsident Werner Good: Bei der Investitionsrechnung liegt ein Antrag der SVP vor, dass Punkt 2 mit „vorbehältlich genehmigt“ ergänzt werden soll.

Marcel Buck: Ich habe mich belehren lassen. Es geht gar nicht.

Zustimmung mit 43 : 2 Stimmen bei 1 Enthaltung.

I./3.

Zustimmung mit 45 : 1 Stimme.

I./6.

Zustimmung mit 45 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung.

I./7.

Zustimmung mit 45 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung.

I./8.

Zustimmung mit 44 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung.

Parlamentspräsident Werner Good: Die SVP beantragt, I./9. ersatzlos zu streichen. Kannst Du dies begründen?

Marcel Buck: Es ist eigentlich schon Begründung genug.

Urs Knapp: Was heisst es, wenn man dies ablehnt? Gehen die Lichter aus in Olten? Was passiert?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Erstens glaube ich, dass ich mich fast langfädig über diesen Antrag ausgelassen habe. Ich kann es gerne noch einmal vorlesen. Es braucht Handlungsfähigkeit der Exekutive. Wenn mögliche Kreditaufnahmen gemacht werden müssen, muss man kurzfristig entscheiden können, weil der Markt auch die Bedingungen diktiert. Es ist nicht jedes Mal gerade eine Gemeinderatssitzung, wenn es darum geht, dies

aufzunehmen. Aufnehmen und nachher hier den Beschluss abholen, ist unschön. Deshalb ist es ein Flexibilitäts- und Handlungsfähigkeitsbeweis zu Gunsten der Regierung, der noch nie irgendwie bestritten gewesen ist, solange ich mich erinnern kann und vor allem, wo ja im Reporting auch immer wieder dargelegt wird, was man gemacht hat. Wir haben in den letzten Jahren keine solchen Darlehen mehr gebraucht. Aber eventuell kann es dies geben.

Marcel Buck: Wenn Du in den letzten Jahren kein solches Darlehen gebraucht hast, glaube ich nicht, dass Du hier in Zukunft eines brauchen wirst. Ich habe eher das Gefühl, es ist jetzt modern, dass man hier etwas die Kompetenzen erhöhen möchte wie beim Kanton respektive beim Regierungsrat. Dort sehe ich etwas das Problem. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass dies nicht nötig ist. 10 Millionen Franken Kompetenz. Der Stadtrat soll mit diesen Geschäften und Begehren ins Parlament kommen. Das ist sonst klar ein Einbruch für die Demokratie.

Mario Clematide: Marcel, ich weiss nicht, weshalb Du gerade jetzt in diesem Jahr dieses Gefühl bekommst. Aber so viel ich weiss - seit 16 Jahren sitze ich in diesem Parlament - ist in jedem Budget ein solcher Passus gewesen. Seid Ihr jetzt auf einmal gescheiter geworden oder was ist los?

Marcel Buck: Das hat wahrscheinlich mit Vertrauen zu tun.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Jetzt wird es irgendwie blöd. Ich sage es jetzt deutsch. Zuerst rühmt man die Arbeit der Finanzdirektion über Jahre hinaus. Peter Kohler ist symbolisch noch gegenwärtig im Raum. Markus Sieber hat ausgezeichnet angefangen. Die ganze Verwaltung gibt sich Mühe in einer Budgetphase. Man präsentiert einen Finanzplan. Man hat Glück, positiv, Gott sei Dank mit sehr guten Rechnungen. Das Ganze hat den Obertitel „Nachhaltige Finanzpolitik“. Man hat ein hervorragendes Rating, das noch besser als bisher ist. Dann kommt man und sagt, es sei eine Sache des Vertrauens und vergleicht das Ganze noch mit den Kompetenzen des Regierungsrates. Da schlägt es dem Fass den Boden aus, ganz deutsch gesagt.

Christian Wüthrich: Erstens braucht eine Unternehmung die Freiheit, Kapital aufnehmen zu können, wenn wir schon immer sagen, wir wollen Euch wie eine Unternehmung führen. Zweitens: Ich weiss nicht, ob Mitglieder der RPK anwesend sind. Seit den rund 11 ½ Jahren, in denen ich hier bin, hat die Stadt Olten immer hervorragend im Zyklus Gelder aufgenommen zu extrem guten Bedingungen. Wenn man sie innerhalb des Kantons mit anderen Städten oder auch ausserkantonale vergleicht, haben wir eine sehr gute Geld- und Finanzpolitik betrieben. Punkt 9 des Beschlussesantrages ist für mich kein Thema.

Beschluss

Mit 44 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung wird der SVP-Antrag abgelehnt.

Beschluss

Mit 43 : 1 Stimme bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Voranschlag 2009 der **Laufenden Rechnung** mit einem **Mehrertrag** von **Fr. 2'017'100** wird genehmigt.
2. Die **Investitionsrechnung** der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von **Fr. 25'679'000** wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9 % der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 608'000.00 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstab Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 38'300.00 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 24'572'500.00 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 10 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Stadtschreiber/Herr Markus Dietler
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. November 2008

Akten-Nr. 19/6

Prot.-Nr. 32

Personalwesen, Lohnanpassung/Festlegung Budgetgrundlage

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Gestützt auf Art. 22 Personalreglement legt das Gemeindeparlament auf der Summe der Gehälter und Zulagen des Gemeindepersonals allfällige Lohnanpassungen fest. In den letzten drei Jahren wurden Lohnanpassungen für das städtische Personal wie folgt gewährt:

2005 1,5%

2006 1,0%

Zusätzlich wurde im Budget 2006 für die Umsetzung der Besoldungsrevision eine einmalige Rückstellung in Höhe von 0,5 % der gesamten Lohnsumme des städtischen Personals vorgenommen.

2007 1,1%

2008 1,6%

Die Prognosen der wichtigsten Ökonomen unseres Landes (UBS, CS, Seco, KOF, BAK, Créa) sagen zurzeit eine durchschnittliche Jahresteuierung 2008 von 1,7 bis 2,6% voraus; die BFS-Prognose für 2008 liegt bei 2,5%. Für das Jahr 2009 wird tendenziell eine eher tiefere Jahresteuierung erwartet.

In der Schweizer Wirtschaft werden nach Erkenntnissen der Nationalbank Lohnerhöhungen um rund 2,5% für 2009 ins Auge gefasst; die Bandbreite liegt dabei zwischen 1 und 3,5%.

Die Besoldungsordnung für die Lehrkräfte richtet sich nach den kantonalen Vorschriften bzw. dem am 1.1.2005 in Kraft getretenen Gesamtarbeitsvertrag. Der Regierungsrat hat mit den Personalverbänden über die Lohnrunde 2009 partnerschaftlich verhandelt. Die Parteien einigten sich darauf, dass dem Staatspersonal auf 1.1.2009 eine Lohnerhöhung um 2,7 Prozent zugestanden wird.

2. Antrag des Stadtrates

An der Sitzung vom 23. Oktober 2008 befindetet das Parlament über die Besoldungsrevision mit Teilrevision des Personalreglements. Im Sinne einer Güterabwägung stellt der Stadtrat die Vorlage zur Besoldungsrevision in den Vordergrund und beantragt daher in Anbetracht der gleichzeitigen Vorlage der Besoldungsrevision eine Lohnanpassung für das Jahr 2009 von 1,5%.

Beschlussesantrag:

1. Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2009 im Sinne der Erwägungen in Anbetracht der gleichzeitigen Vorlage der Besoldungsrevision eine Lohnanpassung von 1,5 % gewährt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Heidi Ehrsam: Der Stadtrat beantragt für das städtische Personal für das Jahr 2009 eine Lohnanpassung von 1,5 %. Die GPK hat diesen Antrag diskutiert. Sie stellt fest, dass diese Lohnanpassung nicht gross, hingegen das Lohnniveau nicht schlecht ist. Es ist auch die Meinung vertreten worden, dass die 1,5 % eindeutig zu wenig sind und zu einem Reallohnverlust führen. Weiter stellt die GPK fest, dass über 50 % der städtischen Besoldungen für Gehälter der Lehrkräfte aufgewendet werden, für die eine Lohnanpassung von 2,7 % vorgesehen sind. Die Diskrepanz zur vorgeschlagenen Lohnanpassung für das Verwaltungspersonal ist in diesem Jahr besonders gross. Die Ungleichbehandlung von Lehrkräften und Verwaltungspersonal ist kritisiert worden. Trotz den Einwänden zur beantragten Lohnanpassung unterstützt die GPK die Argumentation des Stadtrates. Nicht die Höhe der Lohnanpassung soll in diesem Jahr das Vordringlichste sein, sondern die Volksabstimmung über die Besoldungsrevision. Fast ausnahmslos ist man in der GPK mit dem Stadtrat einig, dass eine gleichzeitige Volksabstimmung über die Besoldungsrevision und eine Lohnanpassung nicht opportun gewesen wäre. Zu Recht hat der Stadtrat in diesem Geschäft eine Güterabwägung vorgenommen und eine Lohnanpassung beantragt, die in der Kompetenz des Parlamentes liegt. Deshalb beantragt die GPK dem Parlament, auf die Vorlage einzutreten und ihr auch zuzustimmen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Bevor wir, die bei der Stadt arbeiten, auch der Stadtrat, uns in den Ausstand begeben, möchte ich zwei, drei kleine Bemerkungen machen. Der Stadtrat ist in der GPK sehr direkt gefragt worden: Weshalb bringt Ihr jetzt dieses Papier mit 1,5 %? Die Erklärung ist eigentlich simpel einfach. Ihr müsst Eure Kompetenzen anschauen. Das ist nicht irgendwie eine Beurteilung der Lage, die negativ wäre, sondern Ihr habt eine Kompetenzsumme zur Verfügung, um einmalige respektive wiederkehrende Ausgaben zu beschliessen, die nicht über 1,5 % gehen. Wir vom Stadtrat haben uns nicht dafür gehabt, vielleicht analog wie der Kanton, wo im Juni ein Regierungsratsentscheid im Zusammenhang mit dem Gesamtarbeitsvertrag die Basis gewesen ist, dem kantonalen Personal 2,7 % Lohnanpassung zu gewähren. Wir haben uns nicht dafür gehabt, über die Kompetenz des Parlamentes hinaus einen Antrag zu stellen. Ich möchte einen positiven Satz aus dem Antrag der Fraktion Grüne/Jungalternativen zitieren: „Unser städtisches Personal leistet insgesamt hervorragende Arbeit und hat die Sicherung seiner Kaufkraft verdient“. Das haben wir vorher gehört. Ich denke, die Sicherung der Kaufkraft haben alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Olten. Den Punkt mit der hervorragenden Arbeit nehmen wir sehr wohl entgegen. Die Komplimente bringen wir hinüber, und diese Komplimente dürfte das Personal ja auch entgegen nehmen, wenn wir jeweils so hervorragende Rechnungen präsentieren. Sie wissen, wie ich es meine. Ich muss einfach sagen, wir haben heute morgen - ich bringe wieder die Finanzkommission des Kantonsrates - eine Beurteilung über die Teuerung Ende Jahr gehört. Aufgrund der sehr tief gefallenen Ölpreise - das ist auch ein Teil der Berechnung der Teuerung - und einigen anderen Sachen hat der kantonale Finanzverwalter das Wort „oszillierende Kurve der Teuerung“ gebraucht, also auf und ab. An irgend einem Tag soviel und drei Tage später etwas Anderes. Ich möchte Sie im Namen des Stadtrates

bitten, der Vorlage zuzustimmen und einfach daran zu denken, wenn Sie über grösser als 1,5 % diskutieren und abstimmen, dass es automatisch eine Volksabstimmung zur Folge hat. Vielleicht ist es nicht sehr geschickt, im Zusammenhang mit einer Besoldungsrevision, wo wir neue Parameter setzen, auch in der Beurteilung des Personals, wo das Wort Mehrwert ja auch immer eine Rolle spielt und unter Berücksichtigung der heutigen Zeit, wo es vermutlich nicht so sehr populär ist, eine Volksabstimmung für eine Lohnanpassung des Personals der öffentlichen Hand zu provozieren. Ich bitte Sie, dies gut zu überlegen. Der Stadtrat meint mit einem weinenden Auge - das muss ich klar sagen - der Antrag von 1,5 % sollte machbar sein.

Der Stadtrat und das anwesende städtische Personal begeben sich in den Ausstand.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne/Junge Alternative: Sie haben einen Änderungsantrag unserer Fraktion auf dem Tisch, der verlangt, dass man dem städtischen Personal eine Lohnanpassung von 2,7 % gewährt. Ich bin froh, dass ich gleich jetzt sprechen kann, nachdem, was der Stadtpräsident zu diesem Thema schon im Voraus gesagt hat. Ganz persönlich fände ich es sogar gut, wenn er auch noch hören dürfte, was ich zu sagen habe. Er hat von der Kompetenz des Parlamentes gesprochen. Selbstverständlich ist uns klar und bewusst gewesen, als wir den Änderungsantrag formuliert haben, dass wir mit einer Vorstellung von einer Lohnanhebung von 2,7 % in dem Bereich liegen, wo wir vom Parlament nicht abschliessend die Kompetenz haben. Aber es ist auch selbstverständlich. Jede Vorlage, bei der es zu einer Volksabstimmung kommt, geht vorher bei uns vorbei. Es ist unser Recht und unsere Kompetenz zu sagen, was wir hier mehrheitlich richtig finden, bevor man es dem Volk unterbreitet. Das ist auch heute nicht anders. Es gäbe auch eine Kompetenz des Stadtrates. Das möchte ich sehr gerne zu Protokoll geben. Die Kompetenz würde in diesem Fall heissen: Die Kompetenz des Stadtrates ist es, vor die Bevölkerung hin zu stehen und für seine Überzeugungen einstehen. Natürlich ist es schwierig, Abstimmungen über Lohnanpassungen zu gewinnen. Aber es ist nicht unmöglich. Es braucht dies, und das ist eine Regierungsverantwortung, dass man hin steht für seine Überzeugungen. Ich glaube nicht, was wir vom Stadtpräsidenten vorher gehört haben mit seinem weinenden Auge, dass es ihm wirklich ernst ist. Ich glaube es auch seinen Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat zuwenig. Sonst würde dieser Stadtrat hinstehen und für seine Überzeugungen einstehen. Dann gewinnt er nämlich auch Abstimmungen. Ich möchte darauf hinweisen und damit auch etwas aufnehmen, was Urs Knapp vorher gesagt hat. Er hat wörtlich gesagt: Wir wollen auch schauen, was andere Kantone und andere Gemeinden machen. Das stimmt. Genau das machen wir in diesem Punkt auch. Es ist überhaupt keine Taube auf dem Dach, Markus Ammann, was wir fordern. Es ist eigentlich auch ein Spatz oder jedenfalls eine Meise in der Hand. Wir bewegen uns wirklich im unteren Bereich dessen, was die öffentliche Hand andernorts gibt. Wir bewegen uns tiefer als zum Beispiel grosse Firmen wie Coop, Migros, Post, die alle 3 % und mehr geben. Wir hätten gute Gründe zu sagen, das Personal hat in den letzten Jahren mehrmals nicht den ganzen Teuerungsausgleich erhalten. Auch wenn man jetzt 3,5 % verlangen würde, wäre dies berechtigt, aufgerechnet und überhaupt nicht vermessen. Auch wir haben diese Realitäten gesehen und darum gefunden, wir machen einen moderaten Vorschlag und bleiben auf der Höhe, wie es der Kanton schon hat. So sind die 2,7 % begründet. Ich hoffe sehr, dass das Parlament der Stadt Olten nicht nur gegenüber dem Personal, sondern auch gegenüber der Bevölkerung rundum und vergleichenden Städten und Kantonen heute Abend eine gute Falle macht.

Luzia Stocker Rötheli, SP-Fraktion: Zuerst möchten wir dem städtischen Personal für die geleistete Arbeit unseren Dank aussprechen. Sie ist - wie es die Grünen hier schreiben - sicher hervorragend. Markus hat es aber bereits angetönt: Wir werden dem stadträtlichen Antrag zustimmen und dem Personal nur eine Lohnanpassung von 1,5 % gewähren. Das ist zugegebenermassen sehr bescheiden und gesamtschweizerisch oder auch kantonal betrachtet sicher zuwenig. Was aber Felix in seiner Argumentation ausgeblendet hat und uns eigentlich dazu bewegt, diesem Antrag zu folgen, ist die bevorstehende Abstimmung zur Besoldungsrevision. Aus diesem Gesichtspunkt steht die Stadt Olten in einer besonderen Situation, in der alle anderen Städte oder Kantone eben nicht stehen. Wir haben eine

Güterabwägung gemacht und sind zum Schluss gekommen, dass wir die Abstimmung der Besoldungsrevision nicht gefährden wollen, und befürchten, dass wir sie eben gefährden würden, wenn innerhalb von zwei Monaten Lohnvorlagen vor das Volk kommen. Lohnvorlagen, die notabene beide zu Lohnanpassungen führen, die Besoldungsrevision zu individuellen - das betrifft nicht alle im gleichen Ausmass - aber doch wird es Lohnerhöhungen geben und die Bevölkerung schaut dies in der Regel ja auch nicht im Detail an, sondern wir haben bei der letzten Abstimmung schon gemerkt, dass es eher schwierig ist. Mit einer zweiten Abstimmung innerhalb so kurzer Zeit noch einmal mit einer Lohnerhöhung zu kommen, finden wir zu riskant. Wir wollen auf jeden Fall verhindern, dass die Besoldungsrevision noch einmal Schiffbruch erleidet. Sie muss jetzt angenommen werden, und das ist eigentlich der Grund, weshalb wir uns so verhalten. Das ist ein nicht so populärer Entscheid. Dessen sind wir uns bewusst, und er wird vielleicht vom Personal auch nicht goutiert. Das nehmen wir in Kauf. Als Gewerkschafterin tue ich mich sehr schwer mit diesem Entscheid. Das merkt man vielleicht auch. Aber es ist realistisch. Markus hat es schon gesagt: Wir bewegen uns hier halt auf dem realpolitischen Feld. Wir sind überzeugt, dass das Personal gute Arbeit leistet. Wir sind aber genau so überzeugt, dass es jetzt wichtig ist, die Besoldungsrevision durch zu bringen und eine zweite Abstimmung zu verhindern. Aus diesem Grund werden wir den 1,5 % zustimmen und uns beim Antrag der Grünen grossmehrheitlich enthalten.

Heidi Ehrsam: Für die CVP/EVP-Fraktion ist die Gewährung einer Lohnanpassung auch ein Mittel, die Wertschätzung gegenüber dem städtischen Personal zeigen zu können. Es ist uns klar, dass dies mit der vorgeschlagenen Lohnanpassung von 1,5 % nicht der Fall ist. Wir sind uns bewusst, dass mit der aktuellen Teuerung eine Lohnanpassung von 1,5 % zu wenig ist, um die Teuerung ausgleichen zu können. Auch unser Anliegen, wenn möglich eine Gleichbehandlung von Personal und Lehrkräften erreichen zu können, kann für 2009 mit 1,5 % nicht erreicht werden. Das ist auch für uns sehr unbefriedigend. In diesem Punkt haben wir Verständnis für den Antrag der Grünen/Jungen Alternativen. Trotzdem teilt unsere Fraktion die Argumentation des Stadtrates und der GPK, dass eine Volksabstimmung über eine Besoldungsrevision und eine Lohnanpassung, die Priorität Besoldungsrevision eindeutig konkurrenziert hätte. Deshalb ist die Frage, welches die richtige Höhe der Lohnanpassung ist, hinfällig. Zum Antrag der Grünen/Jungen Alternativen, eine Lohnanpassung von 2,7 % zu geben, möchten wir Folgendes sagen: Wenn wir diesem Antrag heute zustimmen würden, was unabdingbar eine Volksabstimmung über die Lohnanpassung auslösen würde, würden wir Salamtaktik machen, indem wir im November eine Volksabstimmung über die Besoldungsrevision und 2009 eine Volksabstimmung über die Lohnanpassung haben. Das würde das Stimmvolk sicher schlecht goutieren. Besoldungsrevision und Lohnanpassung sind zwar nicht das Gleiche. Immerhin betrifft aber beides die Löhne des städtischen Personals. Falls eine solche Volksabstimmung dann abgelehnt würde und - Luzia hat ausgeführt, wie sensibel das Stimmvolk bei solchen Lohn- und Besoldungsfragen des städtischen Personals ist - würde das Personal gar nichts erhalten, es sei denn, wir würden im Nachgang doch noch 1,5 % rückwirkend beschliessen. Für unsere Fraktion wäre dies dann doch ein sehr fragwürdiges Verhalten. Deshalb werden wir dem Antrag der Grünen/Jungen Alternativen nicht zustimmen. Unsere Fraktion steht hinter dem stadträtlichen Antrag. Wenn auch die Lohnanpassung für das Verwaltungspersonal in diesem Jahr vermutlich sehr unbefriedigend ausfällt, ist es uns umso mehr ein Anliegen, allen Angestellten für ihre in diesem Jahr sehr gute geleistete Arbeit und ihr Engagement herzlich zu danken. Wir werden auf die Vorlage eintreten und ihr einstimmig zustimmen.

Marcel Buck, SVP-Fraktion: Wir werden einfach das Gefühl nicht ganz los, dass der Stadtrat seine eigene Besoldungsrevision zu Fall bringen will. Langsam aber sicher überspannt er unserer Ansicht nach den Bogen gewaltig. Wie, meine verehrten Gemeinderäte, wollt Ihr dem Stimmvolk eine Besoldungsrevision schmackhaft machen, die schliesslich ein Kompromiss gewesen ist und auf wackligen Beinen steht? Indem Ihr noch einmal mehr Lohn für das städtische Personal verlangt? Wie habt Ihr das Gefühl, wird ein solches Vorgehen beim Volk ankommen? Steuerreduktion für alle, weitere Lohnerhöhungen

für eine gewisse Wählerklientel nein. Die SVP-Fraktion sagt klar nein. Jetzt soll zuerst einmal diese Besoldungsrevision durch kommen und dann schauen wir weiter. Falls jemand dann mit seinem Lohn immer noch unzufrieden ist oder sich ungerecht behandelt vorkommt, steht ihm oder ihr nichts im Wege, zum Kanton oder in die Privatwirtschaft zu wechseln. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Nichteintreten. Falls doch Eintreten beschlossen würde, sind für Abweisung der Beschlussesanträge und des Zusatzantrages der Grünen. Wenn ich noch kurz etwas dazu sagen darf: Parteistrategisch müssten wir eigentlich Euren Antrag gleich annehmen, weil wir nämlich nur so eine Chance hätten, diese Besoldungsrevision wieder abzuwürgen.

Christian Wüthrich: Die FdP-Fraktion wird dem Beschlussesantrag des Stadtrates einstimmig folgen und die 1,5 % genehmigen. Wir haben, auch im Vorfeld, mit den Aussagen von 2,7 % gegenüber dem Kanton Mühe. Der Kanton hat klar kommuniziert, dass 1,7 % Teuerung sind und 1 % Reallohnerhöhung. Wenn man die Besoldungsrevision, die vor das Volk kommt, mitzählt, geben wir 4,5 %. 1,5 % sind die sogenannte Lohnanpassung, die wir jetzt sprechen, und 3 % sind in der Besoldungsrevision enthalten. Heidi, dort von unbefriedigt zu sprechen, kann ich schwer bis gar nicht nachvollziehen. Wir möchten Euch auf etwas anderes aufmerksam machen. Gewisse Parteien sprechen von dieser Rezession und Angst. Das hat Berechtigung, auch bei den Arbeitsplätzen. Die Arbeitsplatzmarktsituation wird extrem strapaziert. Es sind nicht nur Arbeitsplätze von unqualifizierten Leuten, sondern es kommen sehr viele qualifizierte Leute in der nächsten Zeit auf den Arbeitsplatzmarkt Schweiz. Wir haben uns hier im Stadthaus immer gross gerühmt, wir seien ein sicherer und moderner Arbeitgeber. Dies wird sich zeigen, wenn dieser Druck auch in das Stadthaus kommt.

Beschluss

Mit 43 : 4 Stimmen ohne Enthaltungen wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsident Werner Good: Es werden zwei Beschlussesanträge einander gegenüber gestellt, derjenige der Grünen/Jungalternativen: „Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2009 eine Lohnanpassung von 2,7 % gewährt“ und derjenige des Stadtrates: „Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2009 im Sinne der Erwägungen und in Anbetracht der gleichzeitigen Vorlage der Besoldungsrevision eine Lohnanpassung von 1,5 % gewährt“.

Beschluss

Mit 25 : 6 Stimmen bei 14 Enthaltungen wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt.

Beschluss

Mit 39 : 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2009 im Sinne der Erwägungen in Anbetracht der gleichzeitigen Vorlage der Besoldungsrevision eine Lohnanpassung von 1,5% gewährt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Leiterin Personaldienst/Frau Claudia Grütter
Rechtskonsulent
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. November 2008

Akten-Nr. 33/2

Prot.-Nr. 33

Museen, Neubau/Sanierung, Erarbeitung Wettbewerbsgrundlagen/Kreditgenehmigung

In Koordination mit den Vorhaben Parkhaus Munzingerplatz und Begegnungszone Innenstadt sollen im kommenden Jahr mit Kosten in der Höhe von Fr. 100'000.- im Rahmen eines Vorprojekts die Grundlagen für einen Wettbewerb „Neubau/Sanierung Museen“ erarbeitet werden. Angesichts der Grösse des Gesamtvorhabens beantragt der Stadtrat dem Parlament, bereits zum heutigen Zeitpunkt einem entsprechenden Investitionskredit zuzustimmen.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

1.1 Bisherige Situation

Die Einwohnergemeinde Olten unterhält – wie im Bericht „Kultur in Olten“ vom November 2004 ausführlich aufgezeigt – drei eigenständige Museen mit jeweils eigener Leitung (Konservatorin, Konservator). Sie sind aktiv in Planung, Konzeption und Realisierung von Sonderausstellungen, weiteren Bildungs- und Vermittlungstätigkeiten (Museumspädagogik, Kurse, Vorträge, Exkursionen, Führungen und Publikationen), Informationsdienstleistungen als Auskunftsstelle, Erhaltung und Ausbau der Sammlungen im Sinne des Kulturgüterschutzes, Fachdokumentation, Öffentlichkeitsarbeit und Besucherdienstleistungen.

Der Wille zur Weiterführung der drei städtischen Museen, deren Ausrichtung und der Bedarf an räumlichen Verbesserungen wurden dokumentiert im Bericht „Kultur in Olten“. Insbesondere die Museen an der Kirchgasse befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand und bedürfen, sollten sie weiterhin als Museen betrieben werden, einer – auch technischen – Erneuerung unter Berücksichtigung der Rollstuhlgängigkeit. Notwendig ist neben der Sanierung auch eine Erweiterung: Es fehlen gute Räumlichkeiten für die Wechsellausstellungen, die Sammlung und das Depot des Kunstmuseums, ein multifunktionaler Raum sowie verschiedene Technikräume. Im Herbst 2005 wurde immerhin die bisher vermietete Wohnung im Kunstmuseum dem Museumsbetrieb zugeteilt. Zudem konnte die Depotsituation zumindest für zwei der Museen mit dem Neubau Werkhof bzw. dem darunter liegenden Kulturgüterschutzraum sowie mit einer Einmietung im Usego-Gebäude gelöst werden.

Ebenfalls unter Raumknappheit leidet die 1990 gegründete, seit 1997 im Disteli-Haus beheimatete private Stiftung für Kunst des 19. Jahrhunderts. Insbesondere der Depotraum stösst an seine Kapazitätsgrenzen. Die Entgegennahme weiterer in Aussicht stehender

Schenkungen ist von einer räumlichen Erweiterung abhängig. Gespräche zwischen Stiftung und Stadtpräsidium wurden geführt; von Seiten der Stiftung wurde der Raumbedarf aufgezeigt, von Seiten der Stadt wurde die Bereitschaft erklärt, die Bedürfnisse der Stiftung in die Planung zur Verbesserung der Raumsituation der drei Museen aufzunehmen. Als Übergangslösung wird Depotraum im Kulturgüterschutzraum unterhalb des neuen Werkhofs angeboten.

1.2 Strategische Grundlage

Der Wille zur Weiterführung der drei städtischen Museen, deren Ausrichtung und der Bedarf an räumlichen Verbesserungen wurden wie erwähnt dokumentiert im Bericht „Kultur in Olten“, der vom Parlament an dessen Sitzung vom 17. November 2004 zur Kenntnis genommen wurde. Im Regierungsprogramm 2005-2009 wurden als Zielsetzungen neben der Lösung der derzeit unbefriedigenden Depotsituation die Bedarfsabklärung, die Standortklärung und ein Vorgehensplan für Ausbau und Sanierung der Museen genannt. Das Tätigkeitsprogramm 2006 sah die Standortklärung und das Aufzeigen des Raumbedarfs bis Jahresende vor. Im Jahr 2007 sollte laut Jahresprogramm ein Szenario ausgewählt werden, im laufenden Jahr sollen das Raumprogramm als Basis für Wettbewerb bereinigt und die Betriebsorganisation sowie der Personalbedarf überprüft werden. Im Investitions- und Finanzplan wurde das Vorhaben aufgenommen.

2. Bisheriges Vorgehen

2.1 Raumbedarfsanalyse

Die Stadt Olten beauftragte im Mai 2006 die Firma Lord Cultural Resources, Berlin, auf der Basis einer Raumbedarfsanalyse Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die einen zeitgenössischen Museumsbetrieb mit all seinen Anforderungen an Raum, Technik, Klima, konservatorische Bedingungen und Besucherservice erlauben. Darüber hinaus sollten die Anforderungen der Stiftung für Kunst des 19. Jahrhunderts, des Kunstvereins Olten und der kantonalen Archäologiesammlung einbezogen werden.

Für die Raumbedarfsanalyse wurden folgende Vorgaben festgelegt:

- Die räumliche Neukonzipierung der drei Museen der Einwohnergemeinde Olten gilt es im Rahmen eines Gesamtkonzeptes – auch im Sinne der Einheit der Materie – *gleichzeitig* zu erarbeiten; hingegen kann bei der Umsetzung eine Etappierung vorgenommen werden.
- Im erwähnten Bericht „Kultur in Olten“ wurde postuliert, dass die Einwohnergemeinde Olten weiterhin drei eigenständige Museen mit jeweils eigener Leitung an zentraler Lage im Herzen der Stadt unterhält. Aus Sicht der Stadtentwicklung soll dabei die bestehende Lage im Bereich rund um den Munzingerplatz beibehalten werden; insbesondere unter der Perspektive der geplanten Verkehrsbefreiung des Munzingerplatzes und der Einführung einer grosszügigen Begegnungszone, die zur Entstehung eines neuen Stadtzentrums in diesem Bereich führen wird, können Wechselwirkungen mit neuen Aussenräumen entstehen. Zudem stellen die Museen – gerade auch an Wochenenden – eine wesentliche Attraktivierung der Innenstadt dar.

Die Raumbedarfsanalyse wurde im Januar 2007 abgeschlossen und gipfelte in drei möglichen Umsetzungs-Optionen für das weitere Vorgehen. Zudem wurden die Koordination mit dem Vorhaben Parkhaus Munzingerplatz und Begegnungszone Innenstadt sowie die Durchführung eines Architekturwettbewerbs für einen Museumsneubau empfohlen.

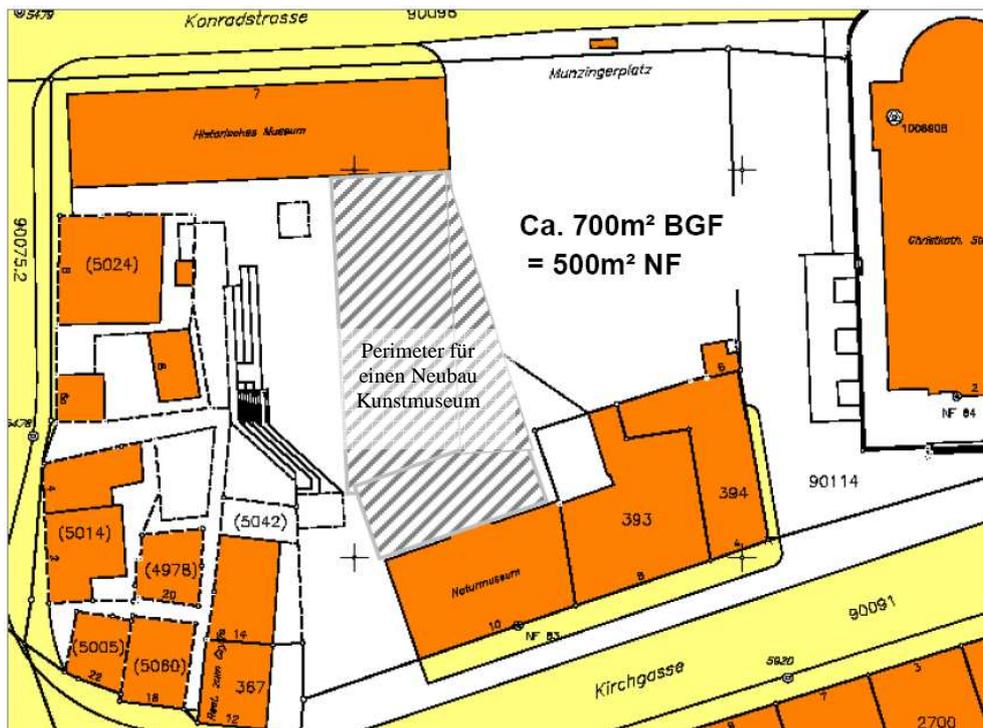
2.2 Optionenwahl

Aufgrund der Ergebnisse der Raumbedarfsanalyse beantragte die Direktion Stadtpräsidium im Mai 2007 dem Stadtrat für die Weiterbearbeitung der Museensanierung zu Händen der bearbeitenden Gremien eine Option auszuwählen. Damit wäre es im Zeitraum bis zur Sanierung auch möglich, Übergangsmassnahmen im laufenden Unterhalt zu realisieren, welche der Optionenwahl nicht widersprechen.

Für die Optionenwahl gab die Direktion Stadtpräsidium Folgendes zu bedenken:

- Zielsetzung – insbesondere aus der Sicht von Kultur, Tourismus und Stadtmarketing – sind drei klar erkennbare Institutionen bei geeigneter Synergiebildung in den Bereichen Veranstaltungswesen (gemeinsamer Veranstaltungsraum) und Backup-Bereich (Depot, Materiallager, Anlieferung, Verpackung, Werkstätten, Haustechnik etc.). Dies bedeutet aber nicht, dass die Zusammenarbeit und die (gemeinsamen) Betriebsabläufe nicht verbessert werden können und müssen.
- Der Standort Kirchgasse soll als sichtbarer Kontakt und Bezug erhalten bleiben.
- Die Häuser an der Kirchgasse sind in ihrer äusseren Erscheinung geschützt und können nicht abgebrochen werden. Die „Vision“ eines Neubaus an der Kirchgasse ist somit nicht realisierbar.
- Der Munzingerplatz soll als Freifläche und als Veranstaltungsort erhalten bleiben und nicht überbaut werden.
- Eine Sanierung des heutigen Kunstmuseums wäre sehr kostspielig und würde wesentliche Mängel (z.B. zu kleine und zu niedrige Räume, ungenügendes Depot) nicht beheben; hingegen kann diese Liegenschaft als einzige der bestehenden Museumsbauten auch gewerblich (Ladengeschäft oder Gastronomiebetrieb) verwendet und somit am besten veräussert werden.
- Das Naturmuseum ist kaum für einen anderen Zweck verwendbar, der auch am Wochenende Leben in die Kirchgasse bringt.
- Der Neubau eines Kunstmuseums zwischen Naturmuseum und Historischem Museum würde die Wangner Vorstadt von den Lärmimmissionen des Munzingerplatzes abschirmen.

Der Stadtrat beschloss auf Antrag des Stadtpräsidiums, die Optionen Sanierung Gebäude Konradstrasse und Neubau (zu voluminöser Neubau) sowie Konzentration auf Museumsgebäude Konradstrasse (zu wenig Raum) zu verwerfen und die Option eines Neubaus eines Kunstmuseums zwischen den zu sanierenden Gebäulichkeiten des Historischen Museums und des Naturmuseums weiterzuverfolgen. Dabei sei als Alternative zu einem Verbindungsbau mit problematischen Nahtstellen und Niveauunterschieden auch ein Solitär zu prüfen. Ferner sei bei der Ausarbeitung ein Kostendach von 18 bis 20 Mio. Franken anzustreben.



Das ausgewählte Szenario: ein Neubau eines Kunstmuseums innerhalb des schraffierten Perimeters

3. Weiteres Vorgehen

3.1 Eckpunkte für Weiterbearbeitung

Auf der Basis der Optionenwahl beschloss der Stadtrat auf Antrag der Direktionen Stadtpräsidium und Bau folgende Eckpunkte für die Weiterbearbeitung des Projektes „Neubau/Sanierung Museen“:

- *Verzicht auf gemeinsame Eingangszone:*

Trotz anderslautender Empfehlungen aus betrieblicher Sicht (reduzierte Personalkosten, gemeinsamer Werbeeffekt) sollen die drei Häuser separat erschlossen werden. Ein gemeinsamer Zugang via Munzingerplatz würde die Schliessung der Eingänge an der Konradstrasse und an der Kirchgasse bedeuten, was den Bestrebungen für eine belebte Begegnungszone mit dem „Rückgrat“ Konradstrasse widersprechen würde. Zudem sind die Zielgruppen der drei Museen unterschiedlich, so dass kaum jemand am gleichen Tag mehrere Museen besucht. Gegenseitige Werbung ist dennoch möglich. Das Personal an den drei Eingängen soll zur besseren Auslastung noch vermehrt für andere Zwecke (Administration, Inventarisierung etc.) eingesetzt werden.

- *Gemeinsame Infrastruktur im Neubau:*

Beabsichtigt werden im Erdgeschoss des Neubaus ein Mehrzweckraum sowie eine Cafeteria, welche keine Konkurrenz für das bestehende Gastgewerbe darstellt, sowie Technikräume im Untergeschoss.

- *Unterirdische Verbindung der drei Museen:*

Aus betrieblichen Gründen (gedeckte Verbindung für die Technik) sollen die drei Standorte unterirdisch verbunden werden.

- *Keine oberirdische Verbindung der drei Museen:*

Auf eine oberirdische Verbindung der drei Museen soll verzichtet werden, aus der Sicht einerseits der Baukosten, aber auch der Betriebskosten, da an den Schnittstellen der drei Museen zusätzliches Personal zur Kontrolle postiert werden müsste.

- *Zufahrt oberirdisch:*

Aus Kosten- und technischen Gründen soll die Zufahrt für LKW oberirdisch unter einem kleinen Vordach erfolgen. Unterirdisch würde eine solche Zufahrt hohe Kosten verursachen; zudem fehlt der Platz für eine entsprechende Rampe. Für Personenwagen kann hingegen eine Zufahrt via Parkhaus geprüft werden.

3.2 Erarbeitung Wettbewerbsgrundlagen

Auf Grund der in Abstimmung mit anderen Vorhaben (Parkhaus und Begegnungszone) zu klärenden Fragen beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Aufnahme eines Kredits in der Höhe von Fr. 100'000.- zu Gunsten Konto 305.501.P01 der Investitionsrechnung 2009, mit welchem unter Führung der Stabstelle Planung die Grundlagen für einen Projektwettbewerb erarbeitet werden können. Dies würde zudem erlauben, die Kosten und die verschiedenen Lose möglichst bald zu beziffern, entsprechende Prioritäten im Investitions- und Finanzplan zu setzen und kleinere Renovationen, die ins Gesamtkonzept passen, im laufenden Unterhalt vorzuziehen, sofern sie nicht unter dem Gesichtspunkt der Einheit der Materie in einem Gesamtpaket den zuständigen Gremien vorgelegt werden müssen. Zielsetzung ist die Definition und Terminierung von drei Losen (Neubau Kunstmuseum, Sanierung Naturmuseum mit neuer Vertikalerschliessung sowie Sanierung Historisches Museum), so dass auch allfällige Kostenbeteiligungen durch Dritte (Kanton, Kantonsarchäologie, Stiftung für Kunst des 19. Jahrhunderts) beantragt werden können.

Angesichts der Grösse des Gesamtvorhabens und der nötigen Weichenstellungen beantragt der Stadtrat dem Parlament, bereits diesem Investitionskredit zum heutigen Zeitpunkt zuzustimmen.

4. Stellungnahme Museenkommission

Die Museenkommission erklärte sich an ihrer Sitzung vom 19. August 2008 einstimmig mit dem beantragten Vorgehen einverstanden.

5. Beschlussesanträge

5.1 Dem geplanten Vorgehen betreffend Neubau/Sanierung Museen wird zugestimmt.

5.2 Dem Investitionskredit von Fr. 100'000.- zu Gunsten Konto 300.503.02 der Investitionsrechnung 2009, mit dem die Wettbewerbsgrundlagen erarbeitet werden sollen, wird zugestimmt.

5.3 Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Lea von Wartburg: Die GPK hat dieser Vorlage mit 8 : 1 Stimme zugestimmt. Es ist allerdings zu einer Grundsatzdiskussion in Bezug auf die Oltner Museenlandschaft

gekommen. Der Wunsch nach einer grösseren Offenheit nach der Prüfung anderer Varianten ist geäussert worden. Als Antwort darauf ist angemerkt worden, dass viel schon diskutiert und geprüft worden war, zum Beispiel das Konzept „Drei Museen unter einem Dach“, das als unrealisierbar abgeschrieben worden ist. Angesichts dieses unterschiedlichen Wissensstandes ist man schliesslich so verblieben, dass die GPK an einer folgenden Sitzung über die vielen Überlegungen, die sich Fachleute schon gemacht haben, informiert wird. Es ist zugesagt worden, dass der Wettbewerb bis zu diesem Zeitpunkt nicht ausgelöst wird. Die GPK beantragt dem Parlament deshalb, dem Geschäft zuzustimmen.

Dr. Rudolf Moor: Die SP ist selbstverständlich - das haben wir schon mehrmals zum Ausdruck gegeben - für den Neubau der Museen, diesmal ganz grundsätzlich. Wir sind auch voll und ganz dafür, dass die Planung jetzt an die Hand genommen wird. Die SP ist überzeugt, dass die bereits geleisteten Vorarbeiten, die recht umfangreich sind, eine gute Basis bilden, um jetzt mit der Planung beginnen zu können. Es ist durchaus möglich, dass der Informationsstand darüber, was bereits gemacht ist, zum Teil noch unbefriedigend ist. Wir sind aber überzeugt, dass dieser Informationsbedarf und diese Informationen nachgeliefert werden können. Wenn die Planung jetzt anfängt, ist man auf jeden Fall dann bereit, wenn die Ausführung in unmittelbare Nähe rückt. Man darf solche Planungsphasen und den Aufwand für solche Planungsphasen auch zeitlich nicht unterschätzen. Das ist nicht eine Sache eines halben Jahres oder eines Jahres, bis man ein fertiges Projekt in dieser Komplexität hat. Natürlich hoffen wir bei der SP, dass die Ausführung gegenüber dem heutigen Finanzplan noch nach vorne gezogen werden kann. Wir denken und hoffen hier, dass, wenn die Kosten von gewissen anderen Projekten noch etwas reduziert werden, im Prinzip gewisse Mittel noch etwas früher für den Museenneubau zur Verfügung stehen. Es darf uns ganz sicher nicht passieren, dass wir im Prinzip zu irgend einem Zeitpunkt ein Projekt starten möchte, aber die Vorbereitung und Planung nicht auf einem Stand ist, der eine unmittelbare Ausführung erlaubt. Aus diesem Grunde stimmen wir heute dem Planungskredit überzeugt zu und hoffen, dass man hier sofort los legt.

Iris Schelbert: Die Fraktion Grüne/Jungalternativen stimmt dem Kredit zur Erarbeitung von Planungsgrundlagen für den Projektwettbewerb „Museen in Olten“ zu. Wir begrüssen es ausserordentlich, dass die Situation unserer Museen verbessert werden soll, jedenfalls irgend einmal in ferner Zukunft. Wir sind in der glücklichen Lage, dass die Stadt über drei Museen verfügt, und wir dürfen uns auch glücklich schätzen, dass alle drei Museen über ausgewiesene Fachkräfte als Kuratorin und Kuratoren verfügen, die das Kunststück vollbringen, mit bescheidenen, wirklich bescheidenen 120 Stellenprozenten immer ausgezeichnete Ausstellungen zu zeigen, ganz unabhängig davon, ob diese Ausstellungen selber gemacht oder eingekauft worden sind. Darunter sind auch immer wieder Ausstellungen von schweizerischer Bedeutung, so vor ein paar Jahren die Hodler-Ausstellung, die Trommelausstellung, die erst gerade beendet worden ist und bei der Steinzeitausstellung darf man sagen, dass sie von europäischer Bedeutung gewesen ist. Ich habe übrigens eine Rückmeldung von einer Ladenbesitzerin erhalten, die gesagt hat, sie habe deutlich mehr verkauft als auch schon, weil sie das Steinzeitplakat im Laden aufgehängt hat. Daneben - das ist nicht minder wichtig - muss die Arbeit hinter den Kulissen gemacht werden. Wenn es um die Inventarisierung geht, reichen die Stellenprozente dann eben nicht überall. Wenn wir einmal nur von der Gebäudesubstanz, dem Platzangebot und den Deponiermöglichkeiten ausgehen, unabhängig von der Museumskonzeption, kommen wir zu folgenden Feststellungen: Am besten schliesst bei dieser tabellarischen Übersicht noch das Naturmuseum ab. Das Gebäude ist soweit in einem guten Zustand. Die Depots genügen aber den Ansprüchen auf sachgerechte Lagerung nicht. Auch fehlen dem Naturmuseum die Ausstellungsräume, die heute das Kunstmuseum beansprucht. Das Historische Museum, das noch die kantonale archäologische Sammlung beinhaltet, benötigt dringend adäquate Depoträume. Ähnlich die Situation bei der Stiftung Kunst des 19. Jahrhunderts. Ganz trüb und traurig sieht die Situation im Kunstmuseum aus. Das Gebäude genügt nun in keiner Art und Weise den Ansprüchen an ein Museum. Es ist nicht zugänglich für Leute, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, Treppen, wohin man sich dort drinnen wendet. Die Ausstellungsräume genügen den Anforderungen, mindestens was die

Klimatisierung und Lichtverhältnisse angeht, auch nicht. Die Lagerung ist so, dass die Werke buchstäblich im Regen stehen, und die sanitären Anlagen sind sehr bescheiden. Zudem fehlt es ganz einfach noch an zusätzlichem Raum, auch Raum, der für alle drei Museen verfügbar wäre. Handlungsbedarf ist also mehr als dringend. Wir sind mit den Eckpunkten der Vorlage grossmehrheitlich einverstanden. Natürlich haben wir noch diskutiert, ob drei Museen wirklich der Weisheit letzter Schluss sind. Selbstverständlich hätten wir gerne einen zentralen Eingang für alle Museen gehabt, verbunden mit einem gemeinsamen Museumsshop und einer Cafeteria. Aber unsere Museen liegen sozusagen Rücken an Rücken. Deshalb geht dies eben gerade nicht. Kirchgasse wie Konradstrasse sollen ja durch die Museen auch ein Stück weit belebt werden. Wir wollen ja dort eine Begegnungszone. Im heutigen Kunstmuseum muss dann auch ganz sicher etwas untergebracht oder eingemietet werden, das in eine Begegnungszone hinein passt: Ein Restaurant oder ein Geschäft. Man sollte nicht heute schon Angst wegen möglicher Konkurrenz haben. Das blockiert. Einen Neubau Kunstmuseum begrüssen wir ausserordentlich. Wir möchten aber hier einfach eine Klammerbemerkung machen und darauf hinweisen, dass dann der Platz der Begegnung nicht plötzlich zu einem engen finsternen Hinterhof werden soll. Wir gehen also davon aus, dass bei der Erarbeitung der Wettbewerbsgrundlagen auch neue Museumskonzepte möglich sein sollten. Das Raumkonzept soll auch neuen konzeptionellen Ideen Platz bieten. Wir gehen auch davon aus, dass mit dem Kredit, den wir heute sprechen wollen, eine ausgewiesene Fachperson diese Grundlagenerarbeitung für den Projektwettbewerb begleitet oder gar ausarbeitet. Wichtig ist uns trotz der finanziellen Vorgaben eben doch ein zügiges Vorgehen. Wir möchten nicht, dass die Ausführung viel zu weit in die Zukunft verschoben wird. Hier sind wir mit den Ausführungen von Ruedi Moor absolut einer Meinung. Man kann Olten nicht immer in den höchsten Tönen für das supergute kulturelle Angebot loben, zudem ja auch die Museen gehören, und nachher kommen die Besucherinnen und Besucher in ein Museum ohne Lift und anständiges WC mit Räumen auf x Ebenen, sofern sie die Museen überhaupt finden, weil ja das Fussgängerleitsystem immer noch fehlt. Aber das ist eine andere Geschichte. Wir stimmen diesem Kredit so zu.

Armand Weissen: Die CVP/EVP-Fraktion hat über dieses Thema recht lange diskutiert, und wir sind uns am Schluss einig gewesen, dass es notwendig ist, dass wir die Fr. 100'000.— einsetzen und dem Kreditantrag zustimmen. Wenn ich hier ein paar Worte an die Versammlung richte, möchte ich einfach vorweg sagen, dass ich nicht gewohnt bin, Sachen, die bereits ausgeführt worden sind, noch einmal in aller Länge darzulegen. Ich kann mich meinen Vorredner grossenteils anschliessen. Trotzdem möchten wir über die Weitererarbeitung der Wettbewerbsausschreibung einige Fragezeichen setzen. In den letzten Jahren ist doch einiges an Papier produziert worden. Es sind Berichte über Museen gemacht. Ich erinnere hier vor allem an die Machbarkeitsstudie, wo es geheissen hat „Drei Museen unter ein Dach“. Es wäre noch interessant gewesen, wenn man die Machbarkeitsstudie hätte lesen können. Ich habe sie leider nicht erhalten. Ebenfalls wird in diesen Berichten öfter über die Kultur in Olten zurück verwiesen. Die CVP verlangt, dass diesbezüglich wirklich noch eine intensive politische Diskussion stattfindet. Wir finden es schade, dass im Bericht und Antrag des Stadtrates bereits klare Eckpunkte gesetzt werden, und haben die Befürchtung, dass somit dann das visionäre Denken für den Museumsplatz, den Platz einer Begegnung, eigentlich einschränkend wirkt. Es gibt noch viel zu diskutieren, und wir können nicht verstehen, dass die Begründung dann eigentlich im Bericht und Antrag kommt, wir seien gegen eine gemeinsame Eingangszone und dann heisst der Satz: „Gegen anderslautende Empfehlungen“. Die Diskussion soll hier anfangen, und wir haben das Gefühl, dass jetzt klare Vorschläge, wie wir von Iris schon gehört haben, eigentlich zum Teil noch verfrüht sind. Wir werden ja Geld sprechen, Fr. 100'000.--, dass wir ein sehr gutes Projekt vorgelegt erhalten werden und nachher in diesem Raum entschieden wird. In diesem Sinne erachten wir den Kredit von Fr. 100'000.— als einen Beitrag an eine Lösungsfindung für eine sehr gute Museumslösung.

Rolf Schmid, FdP-Fraktion: Kultur ist etwas sehr Wichtiges für unsere Stadt. Die Mehrheit der Kultur findet auf privater Ebene statt und wird von Privaten dargeboten. Bei den drei Museen, die im Bericht und Antrag erwähnt sind, ist es Aufgabe der Stadt, dafür zu sorgen,

dass sie attraktiv sind, jedenfalls bis heute ist es so. Eigentlich können wir uns recht glücklich schätzen, was die drei Museen heute bieten. Sie haben nämlich eigentlich eine recht schwierige Situation. Ich würde sagen, sie sind einerseits zu gross, um Nischenmuseen zu sein. Aber sie sind andererseits vielleicht auch zu klein, um wirklich langfristig eine überregionale, sogar nationale Ausstrahlung und Anziehung zu haben. Die Ausnahmen bestätigen die Regel, und über die Ausnahmen, die wir gerade auch in letzter Zeit haben erleben dürfen, freuen wir uns sehr. Es ist also nicht so einfach. Was machen mit diesen Museen? Gerade deshalb müssen wir uns gut darüber unterhalten, was wir wollen, was unser Ziel ist. Jetzt haben wir eine Vorlage auf dem Tisch, einmal ein Vorprojekt zu starten, weil es offensichtlich Handlungsbedarf gibt. Schlechter Bauzustand, Erweiterungsbedarf. Ich glaube, man kann auch diskutieren, ob der Standort dieser Museen richtig ist. Sie liegen beispielsweise an sehr, sehr gutem Standort auch für Gewerbebetriebe. Wir haben ein paar Bauvorhaben rund um die Museen - Parkhaus, Begegnungszone – in den nächsten Jahren anzustehen, also Handlungsbedarf. Es ist darum aus unserer Sicht richtig, dass der Stadtrat jetzt schon mit einem Vorprojekt kommt. Wir werden deshalb diesem Investitionskredit zustimmen. Die Eckpunkte, die der Stadtrat in seiner Vorlage skizziert, sind aus unserer Sicht richtig, gerade auch, weil wir eben in ein paar Jahren eine Begegnungszone haben werden. Allerdings verstehen wir unser Ja zu diesem Investitionskredit noch nicht als Zustimmung zu einem eigentlichen Museumskonzept. Das Konzept muss unserer Meinung nach zuerst noch erarbeitet, dann politisch diskutiert und auch politisch genehmigt werden. Wir haben zwar schon allerhand Papier auf dem Tisch, beispielsweise das Kulturleitbild. Aber wir glauben, dass vor einem eigentlichen Bauentscheid eben doch auch noch über das Museumskonzept entschieden werden muss. Wichtig ist uns dabei, dass wir jetzt noch zukunftsorientiert offen denken und auch innovativen Lösungen Möglichkeit bieten. Wir müssen uns überlegen, ob sich die Museen vielleicht noch vermehrt spezialisieren sollten, so dass sie eben etwas ganz Eigenständiges und Spezielles sind. Braucht Olten wirklich drei Museen? Drei mittelgrosse Museen? Oder wäre es sinnvoll, man würde sich auf etwas beschränken und vielleicht halt noch ein Nischenmuseum haben? Sollten die Oltner Museen jetzt nicht endlich unter eine administrative Leitung gestellt werden? Braucht es tatsächlich drei unabhängige Strukturen, die halt letztlich einfach Ressourcen verschlingen? Sollten die Museen nicht sogar räumlich zusammen gefasst werden? Könnte man nicht vielleicht sogar so weit gehen und sagen: Wir bauen ein neues Kunstmuseum. Aber weil ein Kunstmuseum auch von einer gewissen Grösse lebt, schaffen wir Platz, damit sich dort auch noch Galerien einmieten können und damit das Angebot erhöhen. Gibt es vielleicht sogar private Investoren, die ein solches Projekt unterstützen würden? All diese, vielleicht auch etwas innovativeren Ansätze sollten wir jetzt möglichst rasch prüfen und auf den Tisch bekommen. Dann braucht es die politische Diskussion - das ist unserer Aufgabe - und es braucht einmal politische Entscheide, so dass nachher gehandelt werden kann. Unserer Fraktion ist bei der Behandlung dieses Geschäfts in der Fraktion gesagt worden, dass genau diese Fragen, letztlich auch die detaillierten baulichen Fragen zu gegebener Zeit noch einmal diskutiert und dann auch entschieden werden. Deshalb finden wir, dass jetzt gerade dieser Kredit richtig kommt. Er bzw. das, was damit gemacht wird, nämlich das Vorprojekt, könnte helfen, damit wir dann die richtige Entscheidungsfindung haben. Aus diesem Grunde stimmen wir dem Antrag des Stadtrates zu. Wir erwarten gespannt die Resultate dieses Vorprojektes und freuen uns dann auf die Diskussion zu Gunsten guter Oltner Museen.

André Kappeler: Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass es völlig verfrüht wäre, bereits zum jetzigen Zeitpunkt über einen eventuellen Neubau eines Kunstmuseums bzw. des Vorprojektes zu befinden, wo sich gerade die Vorlage Konzept Innenstadt noch vor dem Parlament und dem Volk bewähren und bei einer Volksabstimmung kommen muss, denn gerade die Gestaltung der Begegnungszone stellt eine wichtige Forderung ans Äussere und auch an die Nutzung, wenn man an die Cafeteria denkt, eines eventuellen Neubaus, der auf dem Munzingerplatz künftig das Gesamtbild mitprägen soll. Erst nach der Entscheidung der Begegnungszone und des Parkhauses wird es möglich sein, die richtigen Rahmenbedingungen für einen eventuellen Neubau eines Kunstmuseums richtig zu definieren und dementsprechend auch eine Wettbewerbsgrundlage zu erarbeiten. Aus diesem Grund

empfehlen wir zum jetzigen Zeitpunkt Nichteintreten zu diesem Geschäft und wenn doch Ablehnung der Beschlussesanträge.

Stephan Hodonou: Das ist jetzt vielleicht ein persönliches Votum von mir. Ich finde es grundsätzlich super, dass mit einem Neubau der Museen eigentlich etwas zur Attraktivierung der Stadt und auch der Museen gemacht werden kann. Man hat mit der Steinzeitkunstaussstellung, die hier stattgefunden hat, gesehen, was dies bringen kann. Etwas enttäuscht bin ich jetzt von den Eckpunkten auf Seite 4, 3.1, die hier formuliert sind, weil man meiner Meinung nach damit den Status quo zementiert, oder verstehe ich dies falsch? Ich kann noch sagen: Okay, man kann verzichten, dass man sagt: „Alle Museen unter einem Dach“. Aber dass man auf einen gemeinsamen Eingangsbereich verzichtet oder einen oberirdischen Zugang, quasi oberirdische Verbindung, macht meiner Meinung nach keinen Sinn. Konkret kann man sagen: Wenn jemand in die Cafeteria will, muss er das Museum verlassen, vielleicht um die Ecke, am Astoria, dem Magazin vorbei und dann in die Cafeteria. Das leuchtet mir nicht ganz ein. Meine Frage an den Stadtrat wäre: Sind diese Eckpunkte unverhandelbar und wird auf dieser Grundlage geplant?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist jetzt sehr viel gesagt worden, das in der GPK schon abgebildet worden ist, und wir haben auch Reaktionen aus den Fraktionen erhalten. Wir müssen heute sagen, dass wir ein vorhandenes Informationsdefizit feststellen. Das ist eine grundlegende Aussage. Armand Weissen hat drei Sachen erwähnt und gesagt, er hätte gerne, dass ihm dies zur Verfügung gestellt würde. „Drei Museen unter einem Dach“ ist vor ein paar Jahren im Zusammenhang mit einer Stellenpensenerhöhung diskutiert worden. Der Kulturbericht ist hier diskutiert worden und liegt vor. Man kann ihn übrigens sehr gerne als Werbeprospekt haben, um an einem anderen Ort aufzutreten. In diesem Bericht ist die Studie Lord, culture resources, Berlin, speziell erwähnt. Das ist nicht einfach etwas Schönes, das gut tönt. Das ist nämlich die Unternehmung im europäischen Museumsbau, die von der modernsten Art und Prägung ist, um Museen und nicht einfach nur Neubauten zu gestalten, sondern zum Beispiel eben auch Renovationen richtig zu planen bzw. auch zu sagen, was heute modern ist, wie man heute ausstellt, ein Museum überhaupt präsentiert. Diese Leute sind dann noch fast die billigsten, die man haben kann. Es ist nämlich nicht einmal eine so teure Angelegenheit. Es gibt Unternehmungen, die bedeutend mehr verlangen für viel weniger, das dabei heraus schaut. Wir haben dies alles gehabt. Es ist alles vorhanden. Aufgrund dessen und auch aufgrund von Diskussionen in der Stadtentwicklungskommission und den drei Museenkommissionen haben wir dies jetzt in einen Bericht aufgenommen. Ich komme jetzt auf das Verfahren der ganzen Museumsplanung. In der GPK und auch schon im Vorfeld ist zuerst gesagt worden, es gehe viel zu lange, bis irgendwo das Loch gemacht oder der Pflock eingeschlagen wird. Tatsächlich - man hat es schon in der Finanzplanung gesagt - ist jetzt im Jahr 2009 ein Hunderttausender-Kredit enthalten. Nachher geht es bis in die Jahre 2011 und 2012, bis wieder irgend etwas passiert. Dort liegt genau das Problem. Die Diskussion über diese spezielle Vorlage hier führen wir sehr gerne. Hier ist in Ziffer 3.2 klar gesagt, die Fr.100'000.— sind für die Erarbeitung der Wettbewerbsgrundlagen. Das ist nicht zu unterschätzen, meine Damen und Herren. Es geht nicht einfach nur um das Anstreichen einer Wand. Es geht wirklich um einen Wettbewerb, der städtebaulich sehr anspruchsvoll ist, und das müssen wir sauber vorbereiten. Sonst sagt genau Ihr hier: „Das können wir sicher nicht machen. Die anderen Sachen müssen auch zusammen gebündelt werden“. Wir sind sehr gerne bereit, die Diskussion zu führen. Vielleicht, Rolf Schmid, nicht wieder ein neues Konzept zu machen, sondern dann schon „Nägel mit Köpfen“. Es muss dann schon „verhebben“, das heisst realisierungswürdig sein. Wir machen nicht einen Wettbewerb und diskutieren noch über Konzepte. Es muss dann ineinander passen. Ich glaube, hier sind wir uns einig. Die Papiere liegen vor. Ich komme noch einmal auf den Punkt. Wir stellen jetzt fest, dass es ein Informationsdefizit ist. Stephan Hodonou: Es ist überhaupt nicht gesagt, dass es dann genau so kommt, wie es hier steht. Seite 4, 3.1. Eckpunkte: Das ist einmal eine Definition, die so festgelegt wird. Der Wettbewerb könnte zum Teil etwas ganz Anderes bringen. Aber man muss ja den Leuten irgend einmal sagen: So könnte man es sich vorstellen. So könnte es kommen. Der Stadtrat bestimmt dies nicht, sondern das Parlament, das den Kredit, das Projekt bewilligen muss.

Wenn jetzt aus der Diskussion heraus kommt, dass wir nur ein Museum in dieser Stadt brauchen, dann wird der Wettbewerb darauf hinaus laufen. Dann gibt es eine ganz neue innerstädtische Struktur und dementsprechend eine Planung und Realisierung. Aber wir müssen ja irgend einmal mit dem Ganzen anfangen können. Deshalb sind jetzt in der ersten Phase bewusst die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb zu schaffen und dafür, was dessen Inhalt ist. Dann kommt der Wettbewerb, die Projektierung und die erste Tranche der Realisierung. Sinnigerweise fängt man am richtigen Ort an und wenn man dies jetzt auch schon gerade hören will, die Vorstellung, auch von Lord, ist die, dass man dann mit dem Neubau und nicht mit der Renovation eines bestehenden Gebäudes beginnen sollte. Sonst hat man ewig ein geschlossenes Museum. Also muss man mit dem anfangen, was neu ist. Es geht um 16 Millionen Franken, wenn man dies realisieren will, wie man es sich vorstellen könnte, wirklich auf einem hohen Level. Das ist Sache dieses Parlamentes und das bestimmt das Parlament auf Antrag des Stadtrates, und die Finanzen der Stadt bestimmen es natürlich auch noch.

Stephan Hodonou: Ich bin nicht Architekt und es geht mir nicht darum, dies in diesem Sinne zu verhindern. Meine Befürchtung ist - so verstehe ich es jedenfalls - wenn die Wettbewerbsgrundlage ist, dass alle drei Häuser separat erschlossen werden müssen, wird doch kein Wettbewerbsteilnehmer eine Lösung mit einer Eingangszone vorschlagen. Das macht er doch nicht, weil er sonst verliert. Wenn man sich jetzt einengt und sagt, es darf nicht eine Eingangszone geben, sondern es muss drei haben, bindet man sich die Hände. Darum geht es mir eigentlich, eben gerade bei den Grundlagen, dass man sich dort nicht die Hände vorzeitig bindet, sondern sagt: Denkbar ist eben auch eine Eingangszone. Wenn hier jemand eine Superlösung bringt, die innovativ ist – um das von Rolf Gesagte aufzugreifen - müsste man dies doch weiter verfolgen. Aber drei separate Eingänge für drei Museen ist nicht innovativ. Das ist, was wir haben. Status quo.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich widerspreche Dir nicht. Wir lösen keinen Wettbewerb aus, bis nicht geklärt ist, wie es sein soll. Das ist die Diskussion, die noch erfolgen muss. Das haben wir in der GPK klar gesagt. Wir lösen doch nicht einen Wettbewerb aus, wo wir jetzt die Bedingungen festlegen. Du sagst, es sei keine Vision. Lustigerweise diskutieren wir über die Museen meines Wissens hier etwa seit Minimum fünf Jahren. Jedes Jahr kommt eine neue Vision. Irgend einmal müssen wir die Visionitis abschliessen und zu einem Punkt der Realisierung kommen. Aber wenn das Parlament und wir alle zum Schluss kommen, dass ein Eingang Sinn macht, dann wird der Wettbewerb so ausgelöst. Wir müssen es sauber durch stylen. Noch einmal: Ihr habt einfach zwei Sachen im Hinterkopf zu behalten. Eines hat Rolf Schmid schon gesagt. Wir haben bewusst diese Museumsgeschichte soweit voran getrieben, weil es eine glasklare Aussage der Behörden, Promotors, Befürwortern und Befürworterinnen von Begegnungszone, Parkhaus gewesen ist. Es hat immer geheissen, dazu gehört als dritte Komponente die Museumslandschaft. Wir möchten am Schluss dann einfach nicht diejenigen sein, wo es heisst: Jetzt kommt Ihr auch noch hinten drein. Oder wir möchten nicht diejenigen sein, wo die Promotoren sagen: Ihr habt alles gemacht. Aber die Museen sind noch nicht so weit. Also stimmen wir dem anderen nicht zu. Diesen Vorwurf möchten wir nicht entgegen nehmen. Deshalb ist es jetzt auf diesem Status. Der letzte Punkt, auf den ich sehr Wert lege: Wir sind beim Kanton vorstellig geworden und haben gesagt, wir möchten gerne, dass der Kanton eine Museumspolitik hat. Das hat er nämlich nicht. Der Kanton unterstützt - das ist nicht negativ zu verstehen - jedes kleine Museum in jedem Dörflein mit irgend welchen Franken. Ich glaube, das muss sein. Sonst machen wir auch etwas falsch. Aber es ist kein Konzept hinter der Verteilung. Bis jetzt gehen Markus Dietler und ich jedes Jahr nach Solothurn und sagen, das machen wir dort, das machen wir in diesem Museum, das machen wir hier. Was gebt Ihr uns? Wir möchten gerne diese oder jene Unterstützung. Ihr findet im Budget und in der Rechnung die Beiträge, die wir vom Kanton erhalten. Ich bin sehr froh, dass das zuständige kantonale Departement dies aufgenommen hat und sagt: In Olten hat es drei Museen. Sie erhalten so und soviel Geld, weil sie dies und jenes machen. Dann ist es klar. Dann müssen wir nicht jedes Jahr das gleiche Thema wälzen. Der Kanton sagt dann auch, wie er es sich vorstellt. Das ist nicht

ganz unwichtig, weil ein Museum, wenn es einigermaßen Gehalt haben will, auch die Unterstützung des Kantons braucht.

Urs Knapp: Ich möchte die Worte von Armand Weissen aufnehmen und diese eigentlich unterstützen und auch dem Stadtpräsidenten etwas widersprechen. Wir haben nicht ein Informationsdefizit. Wir haben ein Entscheidungsdefizit. Es stimmt. Wir reden seit Jahren sehr, sehr viel über verschiedenste Konzepte und Leitbilder. Aber wir reden nur darüber. Wir entscheiden nicht. Wir nehmen Kenntnis, und aufgrund einer Kenntnisnahme kann man nicht von einem politischen Entscheid sprechen. Aufgrund von Leitbildern - diese braucht es - und Konzepten muss man Entscheidungen fällen. Das heisst, man muss dem Gemeindeparlament etwas beantragen, und das Parlament muss dann auch Farbe bekennen: Wollen wir drei Museen oder ein Museum? Dann muss man die Vor- und Nachteile auflisten und entscheiden und nicht nur darüber reden. Wir müssen entscheiden, wollen wir eines, so wie es auch Rolf gesagt hat – ein grosses oder drei mittelgrosse? All diese Fragen haben wir hier noch nicht entschieden. Wir haben darüber geredet. Wir haben viel darüber gesprochen. Wir haben viele Meinungen darüber gehört. Aber damit man am Schluss aus diesen Meinungen auch etwas machen kann, braucht es Entscheide und auch Mehrheiten. Offensichtlich weiss man nicht so recht, wie die Mehrheiten sind oder was die verschiedenen Leute auch denken. Damit man dies weiss, braucht es Entscheide. Von daher wäre auch mein Wunsch, dass man in einem nächsten Schritt - und vielleicht kann der Kredit auch einen Beitrag leisten - konkret die entscheidenden Kriterien zur Abstimmung bringt. Wollt Ihr Parlamentarierinnen und Parlamentarier es so oder so? Nachher hat man Entscheide und kann vom Vorprojekt in eine Vorstudie und ein Realisierungskonzept hinein gehen.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte hier als Vertreter der Museenkommission doch auch noch zwei Sachen sagen. Ich möchte auch das von Ernst Zingg Gesagte unterstützen: Konzepte haben wir eigentlich viele. Diese sind gut ausdiskutiert, und ich glaube, dort sind auch wesentliche Aussagen enthalten. Das Zweite ist die Frage der Anzahl Eingänge. Ich glaube, sie erhält hier eine etwas grosse Bedeutung. Man hat schon in der Museenkommission sehr lange darüber diskutiert. Es ist auch unter den Konservatoren ein Riesenthema gewesen. Ich glaube, man kann sagen, es gibt einen Grund, weshalb man auf die Forderung nach einem Eingang verzichtet hat. Das ist schlichtweg die Angst davor, dass man die Kosten damit nicht in den Griff bekommt. Ich bin auch der Meinung, dass, wenn es in diesem Wettbewerb eine solche Lösung geben sollte, wo man mit einem Eingang zu vernünftigen Kosten eine gute Lösung erhält, spricht nichts gegen einen Eingang. Aber bei der Forderung zwingend, bei allen vorhandenen Bedingungen nur einen Eingang zu haben, hat man Angst, dass dies innerhalb eines vernünftigen Kostenrahmens nicht möglich ist. Das Dritte: Ich nehme zwei Sachen in die Museenkommission mit, von denen ich denke, dass wir sie dort intensiv diskutieren müssen. Das Eine ist das Thema Vision. Das ist verschiedene Male gefallen. Ich werde in der Kommission postulieren, dass man dem Aspekt Vision genügend Bedeutung zumisst. Das Zweite ist das Thema Information. Da gibt es offensichtlich wirklich noch Sachen, die zu wenig kommuniziert worden sind. Ich glaube, wir müssen auch dort schauen, wie wir das Informationsbedürfnis noch verbessern können.

Iris Schelbert: Ich schliesse mich voll und ganz Urs Knapp an. Es hat doch überhaupt gar keinen Wert, dass wir hier heute darüber befinden wollen, ob ein, zwei, drei oder wie viele Eingänge und wo, wie und was. Nur weil wir alle gerne in Museen oder ab und zu in ein Museum gehen, können wir uns doch nicht anmassen zu sagen, was jetzt wirklich ein gutes Museum ausmacht. Ich bin eben auch nicht so ganz klug geworden. Die Fr. 100'000.— unter „Führung der Stabsstelle Planung“. Ich habe nachgefragt, wer dies ist. Es ist die Stadtplanung. Unsere Stadtplaner sind ja auch nicht Fachleute in Sachen Museumsbau und die Fr. 100'000.— sind dafür bestimmt, eine Fachperson einzuladen, so wie man es beim Stadttheater gemacht hat, um zu schauen, was möglich ist. Von daher ist dieses Papier einfach eine Auflistung von Überlegungen, aber nichts Bindendes. Ich denke, wenn dann wirklich eine Fachperson die Sache einmal vor Ort anschaut, kommen dann wahrscheinlich schon noch einige Visionen hinein. Nachher können wir entscheiden. Das ist unsere

Entscheidungsgrundlage und nicht das kleinkrämerische - ich sage es jetzt etwas so - Diskutieren, ob ein, zwei oder drei Eingänge, ein oder zwei Stöcke und was, wie, wann, wo und wo durchlässig, wo eine Treppe, wo am liebsten ein Lift. Ich glaube, wir müssen wirklich einfach warten, bis wir die Grundlagen für den Wettbewerb haben. Dann können wir sagen, ob wir dies sinnvoll finden. Dann kann man den Wettbewerb starten. Aber ich glaube, die Fr. 100'000.— sind für diese Grundlagen. Hier gehe ich schon davon aus und hoffe sehr, dass man jemanden zu Rate zieht, der wirklich auch Bescheid weiss und in Sachen Museen Fachwissen hat. Der Kanton - das habe ich schon längstens immer moniert und es stört mich schon lange - der Kanton führt ausser dem Zeughaus in Solothurn kein einziges Museum. Ich möchte nicht, dass sie uns zu sehr drein reden. Sie finanzieren uns so etwas die Ausstellungen aus dem Lotteriefonds und dann hat es sich. Da müssen schon ganz klare Zeichen einer happigen Mitfinanzierung kommen, bis der Kanton auch mitreden darf, weil er auch nicht viel kompetenter ist als andere Leute.

Stadträtin Silvia Forster: Ich möchte etwas zur Klärung beitragen. Die Stabsstelle Planung hat hier keinen anderen Auftrag, als aufgrund der Vorgaben, wie das Museum aussehen soll, den Wettbewerb vorzubereiten. Illustriert anhand des Geschäftes, das wir morgen Abend behandeln werden, seht Ihr, dass dort ein Investorenwettbewerb durchgeführt werden soll, wo es Jurymitglieder, Sachpreisrichter und Fachpreisrichter hat. Das wäre beim Museum genau gleich. Es ist Aufgabe der Baudirektion, wenn Wettbewerbe durchgeführt werden, sei es für ein Schulhaus oder was auch immer, dies vorzubereiten. Was aber gemacht wird, sagt die zuständige Behörde, also in diesem Sinne das Parlament. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Diskussion geführt wird, welches Museum die Stadt Olten haben soll. Sonst können wir keinen Wettbewerb durchführen. Das hat dazu geführt, dass ich in der GPK gesagt habe, der Wettbewerb, die Fr. 100'000.— können wir nicht auslösen, bevor nicht entschieden ist, was man tatsächlich will.

Stephan Hodonou: Verstehe ich richtig, dass dies vom Stadtrat heisst, wir können vorher noch einmal darüber bestimmen, ob wir einen Eingang oder mehrere Eingänge haben, bevor wir den Wettbewerb auslösen?

Rolf Schmid: Ich glaube, wir müssen nur den Antrag lesen. Dann wissen wir es. Hier steht, dass das Geld ausgegeben wird, um die Wettbewerbsgrundlagen vorzubereiten. Ich verstehe es so, dass wir nachher über diese Wettbewerbsgrundlagen entscheiden. Wenn wir diese verabschiedet haben, wird der Wettbewerb durchgeführt. Das ist es, was wir brauchen. Wenn dies der Pfad ist, sind meiner Meinung nach alle Voten, die in der letzten Viertelstunde gefallen sind, erfüllt. Jetzt wird es ausgearbeitet. Wir diskutieren dies, entscheiden darüber, und dann gibt es den Wettbewerb. So verstehe ich dies.

Beschluss

Mit 44 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Mit 43 : 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

- 5.1 Dem geplanten Vorgehen betreffend Neubau/Sanierung Museen wird zugestimmt.
- 5.2 Dem Investitionskredit von Fr. 100'000.- zu Gunsten Konto 300.503.02 der Investitionsrechnung 2009, mit dem die Wettbewerbsgrundlagen erarbeitet werden sollen, wird zugestimmt.
- 5.3 Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. November 2008

Akten-Nr. 29/7

Prot.-Nr. 34

Stadthaus, Ersatz Heizzentrale mit Blockheizkraftwerk/Kreditbewilligung

Klimawandel und Energieeffizienz sind zwei Stichworte bei fast allen aktuellen Energiedebatten. Der Stadtrat ist überzeugt, dass es ein wichtiges energiepolitisches Signal darstellt, die neue Heizzentrale im Stadthaus (Wärmeverbund «Hübeli») mit einem neuen Blockheizkraftwerk (BHKW) zu ersetzen und sich so zu einer nachhaltigen Strategie und zum aktiven Klimaschutz zu bekennen. Im Rahmen des ersten Energiestadt-Reaudits für Olten wird dies von der Labelkommission denn auch lobend erwähnt.

Der Stadtrat beantragt für die neue Heizzentrale mit BHKW einen Kredit von Fr. 1'400'000.00 (inkl. genehmigten Projektierungskredit von Fr. 100'000.00).

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Das seit 1993 bestehende Blockheizkraftwerk (BHKW) im Stadthaus hat einen Vollservicevertrag bis 30. April 2009. Danach wäre eine Generalüberholung notwendig, welche gemäss Aussagen / Überprüfungen des Lieferanten und des Heizungsingenieurs nicht sinnvoll und wirtschaftlich ist.

Die Finanzierung der BHKW-Anlage wurde im Jahre 1993 durch die Einwohnergemeinde Olten und die sbo übernommen. Der Betrieb und der Unterhalt erfolgt seither – nebst einigen Kontrollaufgaben – mehrheitlich durch die sbo. Betrieb und Unterhalt sowie ein Teil der Amortisation werden durch den Wärme- und Stromverkauf abgegolten.

Nebst sieben Gebäuden, welche der Stadt Olten gehören, wird auch das Bankgebäude (Raiffeisenbank) an der Ringstrasse mit Heizwärme versorgt (Wärmeliefervertrag bis 30. Juni 2018). Das BHKW deckt zudem den Notstrombedarf im Stadthaus zu 100 Prozent.

Nachdem bisher der Betrieb und Unterhalt federführend durch die a.en wahrgenommen wurde, will sie sich am neuen BHKW nicht mehr beteiligen (Investition, Betrieb und Unterhalt).

Gestützt darauf hat die Baudirektion Olten im Jahre 2007 ein Energiekonzept «Wärmeverbund Hübeli» ausarbeiten lassen, welches zwei Varianten einander

gegenüberstellte: Variante 1 «Neue Öl-Gasheizung mit BHKW inkl. Notstrom» und Variante 2 «Neue Öl-Gasheizung mit Notstrom Diesel».

Unter Berücksichtigung der durch die Energiegesetzgebung des Bundes und des Kantons vorgeschriebenen Energiepreiszuschläge hat sich die Variante 1 «BHKW» als leicht günstiger erwiesen.

Seit der Erstellung des Konzeptes im Jahre 2007 hat sich die wirtschaftliche Betrachtungsweise noch mehr zu Gunsten der Variante «BHKW» verändert. Im damaligen Konzept wurde der Preis für Erdöl mit Fr. 80.00/100 l eingesetzt. Bei den aktuellen Heizölpreisen (Fr. 100.00 bis Fr. 140.00/100 l) rechnen sich Investitionen in die Energieeffizienz erst recht.

Gestützt auf das Energiekonzept 2007 hat die Baudirektion ein Sanierungskonzept Heizzentrale «Hübeli» ausarbeiten lassen.

2. Sanierungskonzept

Als neues Konzept wird ein kondensierender und modulierender Gasheizkessel mit einer Leistung von ca. 900 kW installiert. Zusätzlich wird ein zweiter Heizkessel für reinen Ölbetrieb geplant. Die Leistung dieses Kessels beträgt ca. 1'100 kW.

Durch diese Konzeption kann beim Erdgas mit dem günstigsten abschaltbaren Tarif gerechnet werden. Bei Netzengpässen in der Gasversorgung kann der Gaskessel abgeschaltet und mit dem Ölheizkessel weiter geheizt werden. Der Ölheizkessel kann auch eine eventuelle Spitzenbelastung (sehr tiefe Aussentemperaturen) abdecken.

Mit diesem Konzept wird eine Redundanz von fast 100 %erreicht, das heisst, fällt einer der beiden Heizkessel (Gas oder Oel) oder das BHKW aus, kann trotzdem die gesamte benötigte Heizleistung erbracht werden.

Es wird ein neues BHKW mit Notstrombetrieb installiert. Die bestehende Infrastruktur (Zu- und Abluftanlagen, Sockel, etc.) kann zum grössten Teil wieder verwendet werden. Die Grösse des neuen BHKW wird den effektiven Verhältnissen angepasst. Die elektrische Leistung beträgt neu ca. 115 kW. Messungen haben gezeigt, dass die Leistungsspitze im Herbst bei ca. 120 kW liegt. Diese Leistung wird sich durch laufende Sanierungen (bessere Beleuchtung, Flachbildschirme, etc.) reduzieren. Die thermische Leistung des neuen BHKW beträgt ca. 165 kW.

Der installierte Speicher (15m³) kann weiter verwendet werden.

Die Ölförderleitung muss auf die neue Heizkesselleistung angepasst werden.

Die Gasleitungen für den Kessel und das BHKW werden den neuen Verhältnissen angepasst.

Die Abgasanlagen für die Kessel und das BHKW werden mit je einem Chromstahlrohr saniert.

Es ist ebenfalls eine neue Expansions- und Entgasungsanlage vorgesehen.

Die Regulierungen, Pumpen, Armaturen, etc. werden saniert.

Die Unterstationen in den verschiedenen Häusern werden ebenfalls teilweise saniert und mit dem neuen Leitsystem ausgerüstet.

Die bestehenden Warmwassererwärmer werden ebenfalls erneuert.

3. Kostenvoranschlag

Beim nachfolgenden Kostenvoranschlag ist der bereits bewilligte Projektierungskredit im Betrag von Fr. 100'000.00 integriert.

Bauarbeiten	Fr.	40'000.00
Elektroanlagen	Fr.	120'000.00
Wärmeerzeugung	Fr.	375'000.00
Wärmeverteilung	Fr.	160'000.00
Lüftungsanlage Heizzentrale	Fr.	20'000.00
Kaminanlagen	Fr.	40'000.00
BHKW	Fr.	235'000.00
Dämmungen Heizung	Fr.	50'000.00
Demontagen / Anpassarbeiten	Fr.	15'000.00
Sanitäre Anschlüsse	Fr.	25'000.00
Honorare / Nebenkosten	Fr.	160'000.00
Unvorhergesehenes	Fr.	<u>60'000.00</u>
Kosten ohne MwSt	Fr.	1'300'000.00
MwSt (geschätzt)	Fr.	<u>100'000.00</u>
Totalkosten inkl. MwSt	Fr.	<u>1'400'000.00</u>

4. Zu bewilligender Kredit

Kostenvoranschlag brutto	Fr.	1'400'000.00
Abzüglich bereits bewilligter Kredit (Budget 2008)	Fr.	100'000.00

**Zu bewilligender Gesamtkredit zu
Lasten Konto-Nr. 090.503.02** **Fr. 1'300'000.00**

5. Finanzierung

Ein Teil der obgenannten Kosten (anteilmässige Kosten des Wärmeleistungsbedarf des Bankgebäudes Raiffeisenbank) werden über die Wärmekosten amortisiert und verzinst.

6. Schlussbemerkungen

Mit der neuen Heizzentrale mit Blockheizkraftwerk (BHKW) leistet die Stadt Olten einen aktiven Beitrag zur Effizienzsteigerung im Energiebereich. Zudem ergibt sich mit der Sanierung der Energiezentrale auch eine Energieeinsparung von ca. 215'000 kWh/Jahr (ca. 10 % des durchschnittlichen Jahresenergiebedarfs). Die Kosteneinsparung beträgt somit rund Fr. 20'000.00 pro Jahr (9.0 Rp./kWh).

Die Sanierung der Heizzentrale mit BHKW ist im Investitions- und Finanzplan für das Jahr 2009 enthalten.

Beschlussesantrag:

I.

1. Dem Investitionskredit in der Höhe von Fr. 1'300'000.00 für die Sanierung der Heizzentrale mit BHKW im Stadthaus (Wärmeverbund «Hübeli») wird zu Gunsten Konto-Nr. 090.503.02 zugestimmt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2008, Stand 110.5 (Basis 1. April 2005), gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Dr. Markus Ammann: Im Grundsatz ist das Geschäft in der GPK eigentlich unbestritten gewesen. Ein Ersatz für das 15-jährige Blockheizkraftwerk wird als notwendig erachtet und auch als energiepolitischer Sicht wird eigentlich ein Blockheizkraftwerk befürwortet. In Frage gestellt worden ist die Variantenwahl, weil sie allein auf nicht erneuerbaren Energieträgern beruht. Weil es heute ja neben Wärmepumpen auch andere interessante Alternativen, auch für Blockheizkraftwerke gibt, zum Beispiel mit Holzbetrieb, hat es doch noch ein paar Erläuterungen seitens der Baudirektion gebraucht. Wir haben dann aber festgestellt, dass neben den ganzen Platzgründen, die ein Problem bieten würden, eben auch die Wirtschaftlichkeit und die betrieblichen Erfordernisse, zum bezüglichen des Leistungsspektrums der Anlage, bei dieser Variantenwahl entscheidende Rollen gespielt haben, so dass man letztlich auch nur diese zwei Varianten verfolgt hat. Die GPK hat deshalb die Vorlage des Stadtrates einstimmig, das heisst mit 9 : 0 Stimmen, gutgeheissen.

Stadträtin Silvia Forster: Nebst dem, das wir natürlich möchten, dass das Parlament und auch die Mitarbeitenden sowie die Leute, die nebenan im Gebäude der Raiffeisenbank arbeiten, warm haben, möchten wir natürlich etwas dazu beitragen, dass wir den Namen Energiestadt noch mehr verdienen. Theo Schöni, verdient haben wir ihn schon. Wenn wir nämlich nicht das Nötige dazu gemacht hätten, hätten wir das Label nicht erhalten. Aber das soll ja nicht heissen, dass man nicht noch mehr dazu beitragen kann. Man hat auch über Alternativen nachgedacht. Aber eine Pellet- oder Schnitzelheizung reicht nicht für die Wärmeleistung, die wir brauchen. Sie sind zu wenig leistungsfähig. Es fehlt auch am Platz. Eine Grundwasserwärmepumpe wäre für den Fall, für den wir sie jetzt brauchen, nicht effizient genug. Das hat dazu geführt, dass der Stadtrat Ihnen die Lösung vorschlägt, wie sie im Bericht und Antrag beschrieben ist. Wir bitten Sie, diesem so zuzustimmen.

Theo Schöni: Die Grünen und Jungen Alternativen können dem vorliegenden Bericht und Antrag für die Erneuerung dieser Anlage zustimmen. Wir anerkennen die Bestrebungen, die im Zusammenhang mit dem Thema Energieeffizienz damit erreicht werden. Natürlich wäre es uns lieber gewesen, wenn der Betrieb der Anlage den Einsatz von erneuerbaren Energiequellen ermöglicht hätte, sprich Holzschnitzel-oder Pellets zum Zuge gekommen wären. In Anbetracht des Vorstosses von Lea von Wartburg zur energetischen Stadthaus-sanierung haben wir uns dann gefragt, was dannzumal mit dieser Überschussenergie gemacht werden soll. Die Stadt muss wahrscheinlich eine aktivere Rolle übernehmen, um

die überschüssigen Kapazitäten auch vermarkten und wahrnehmen zu können. Es stellt sich dabei die Frage, ob im Rahmen von verschiedenen Projekten rund um das Stadthaus, in diesem Zusammenhang bereits Vorinvestitionen geleistet werden müssen. Ich denke dabei beispielsweise eben an die zukünftige Museumslandschaft. Aber auch private Liegenschaftsbesitzer, die ja heute zum Teil schon davon profitieren, sollten noch stärker eingebunden werden können. Wir verstehen im Zusammenhang mit dem Betrieb dieser Anlage nicht, weshalb die sbö bzw. a.en sich aus diesem Geschäft zurück zieht. Bestehen hier grundsätzliche Differenzen zwischen der strategischen Umsetzung von energiepolitischen Massnahmen? Die Stadt ist doch im Verwaltungsrat vertreten. Wenn wir schon Fachkompetenzen in der eigenen Hand haben, mutet es merkwürdig an, wenn wir diese noch zusätzlich wieder einkaufen müssten. Vielleicht kann uns der Stadtrat darauf auch noch eine plausible Antwort geben. Wir ermutigen die Direktion Bau, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu verfolgen, und werden dem Geschäft mit Freude zustimmen.

Rolf Braun: Auch für die SP-Fraktion ist der vorgeschlagene Ersatz des Blockheizkraftwerks sicher die wirtschaftlichste und beste Variante. Das haben auch die seriösen und umfangreichen Abklärungen eindeutig ergeben. Offenbar ist unser Wunsch vielleicht eben auch nach Alternativenenergieträgern nicht realisierbar und auch nicht sinnvoll. Demzufolge sind die Themen Holz, Holzpellets und Wärmepumpe für uns vom Tisch. Es ist offenbar einfach klar die beste Variante und ich denke auch aus ökologischer Sicht vertretbar. Es hätte keinen Sinn, wenn man jetzt hier mit aller Kraft irgendwie noch viel Geld in irgend etwas Ökologisches hinein pumpen würde, mit einem relativ kleinen Effekt. Dieses Geld kann man auf einer anderen Ebene, bei anderen Projekten vielleicht energieeffizienter einsetzen. Somit denken wir, dass das Geschäft für uns unbestritten ist, und wir werden auch mit Freude zustimmen.

Christian Wüthrich: Eigentlich hätte die FdP-Fraktion das Geschäft mit Geschäft 3.7 behandeln wollen. Dann hätten wir auch gewusst, wo wir in Zukunft das Laub verbrennen können. Bei uns ist es grossmehrheitlich unbestritten. Wir haben aber auch gemerkt, dass unsere Baufachleute zu wenig Spezialisten sind. Wir haben uns vom Bericht und Antrag und auch von der Kommission respektive dem Stadtrat überzeugen lassen müssen, dass es die richtige Lösung ist. Wir haben zwar Zusatzblätter gesehen, auf denen Kosten und Formeln stehen. Diese sind aber sehr komplex. Wir gehen jetzt einmal davon aus, dass die Strategen des Stadthauses das richtige Medium gewählt haben. Wie andere dies so selbstbewusst sagen können, wissen wir nicht. Uns fehlt zum Teil auch die Grundlage. Wir sind grossmehrheitlich für das Geschäft. Es gibt eine kleine Minderheit, die dagegen sein wird.

Marcel Steffen, CVP/EVP-Fraktion: Viel sagen muss man ja eigentlich nicht mehr. Es ist ein normaler Zyklus. Es ist schon viel gesagt worden. Was einfach noch nicht gesagt worden ist: Dass das vorliegende Sanierungskonzept eigentlich einleuchtend und auch gut dargelegt ist, das haben wir ja in der CVP/EVP-Fraktion festgestellt. Für uns ist selbstverständlich, dass, wenn man Sanierungen macht, auch eine Energieeffizienzsteigerung drin liegen muss. Das muss nicht speziell erwähnt werden, sondern es ist eigentlich bei Sanierungen normal. Die CVP/EVP-Fraktion wird einstimmig für Eintreten und Zustimmung zum Beschlussesantrag sein.

Marcel Buck, SVP-Fraktion: Ich kann es kurz machen. Auch wir sind jetzt ausnahmsweise einmal dafür. Es ist das erste Geschäft heute Abend. Eine erfreuliche Sache, dass renoviert und in eine sinnvolle Energieerzeugung investiert wird. Wir werden dem Bericht und Antrag zustimmen.

Stefan Nünlist: Ich spreche für die FdP-Minderheit und bin jetzt ein Einzelredner. Als ich den Antrag gelesen habe, der erste Satz tönt gut: „Klimawandel, Energieeffizienz sind zwei Stichworte, die fast in allen aktuellen Energiedebatten...“ Das finde ich schon einmal gut. Aber nachher kommt es halt dann ziemlich konventionell, und wir haben die Wahl zwischen Öl und Gas. Das finde ich nicht ganz zeitgemäss. Vorher ist ausgeführt worden, weshalb man nicht auf alternative Energien gehen könnte. Holzschnitzel würde sich ja eigentlich für

eine statische grosse Anlage anbieten, wird vielerorts praktiziert. Für mich mag einleuchtend sein, dass man es vom Baulichen, vom Platz her jetzt nicht machen kann, aber wir werden in den nächsten Jahren ja umfangreich bauen. Das Parkhausthema steht an. Wir haben das Museum, das wir mit grösster Wahrscheinlichkeit irgend einmal bauen werden. Von daher finde ich, es wäre schade, wenn wir jetzt über eine Million Franken einfach in fossile Brennstoffe investieren würden, nur damit die sbo Gas liefern kann. Diesen Verdacht habe ich etwas. Mir wäre es viel wohler, wenn hier einmal Abklärungen machen würden. Wahnsinnig zeitdringlich und zeitkritisch ist das Geschäft nicht. Es sind Mehrkosten von Fr. 20'000.--, wenn wir das alte Blockheizkraftwerk noch zwei, drei Jahre weiter laufen lassen. Ich würde vorschlagen, dass wir nicht auf das Geschäft eintreten und das Baudepartement beauftragen, noch einmal über die Bücher zu gehen. Dass sie es nämlich können, haben sie in Geschäft 3.5 gezeigt. Dort ist es sehr umfangreich und vorbildlich abgeklärt worden. Ich bin sicher, wenn wir etwas Geduld haben, finden wir eine viel, viel fortschrittlichere Lösung als die uns heute vorgeschlagene. Deshalb Antrag Nichteintreten oder dann Eintreten und Rückweisung.

Christian Wüthrich: Ich möchte noch etwas in eigener Sache sagen. Vielleicht wäre es für eine Energiestadt schon auch richtig, wenn man solche Bauvorhaben hat, dass man Zeichen setzt und Sonnenkollektoren, die in Deutschland auch in Privathaushalten heute fast gang und gäbe sind, die ihren Strom ins Netz geben. Das ist Zukunft wie andere Energien, die man heute nutzt, auch. Es wäre vielleicht gar nicht so schlecht, wenn eine Stadt Olten mit solchen Investitionen auch ein Zeichen in alternativer Energie setzt. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass auf dem Stadthaus zwei, drei oder vier Sonnenkollektoren Platz hätten, als Startzeichen einmal zu geben. Ich weiss, dass gewisse Gesetzesgrundlagen, vor allem private, sind nicht so weit in der Schweiz, auch in unserer Region und unserer Stadt nicht. Von daher würde ich es begrüessen, dass man auch anderen Leuten die Möglichkeit gibt, gewisse Signalwirkung zu zeigen, wohin es geht, und dass sie auch die Möglichkeit erhalten, am Know-how der Stadt auch partizipieren zu können und nachher ihre eigene Ausrichtung privat dann allenfalls in der Zukunft einmal zu wählen. Somit unterstütze ich auch mit den Pellets.

André Köstli: Ich habe nur eine kurze Anfrage. Die a.en bietet doch bei einer Doppelheizung die Möglichkeit, dass man extrem viel Geld sparen könnte, indem sie aber nachher sagen: Jetzt müsst Ihr auf Gas umschalten, und jetzt müsst Ihr auf Öl umschalten. Ist dies auch geprüft worden?

Stadträtin Silvia Forster: Zu Stefan Nünlist betreffend allenfalls auf das Geschäft eintreten und zurück weisen: Wir haben dies mit den Heizungs- und Energiefachleuten eingehend geprüft. Man kann alles machen. Man kann das Geschäft zurück weisen. Man kann warten, bis das Stadthaus von unten her neu gebaut wird, mit den Museen zusammen. Dann gibt es sicher die Möglichkeit, dass eine Pellet-Heizung eingebaut werden kann. Das ist unbestritten. Fakt ist jetzt einfach, dass das Blockheizkraftwerk defekt sein wird, dass wir es nur noch mit Mühe am Betrieb halten kann. Das würde heissen, wenn man jetzt das Geschäft zurück weist, dass man halt nachher mit einer altmodischen oder einfach – ich sage es jetzt – Gas-/Ölheizung fahren würde. Das Blockheizkraftwerk ist ein wesentlicher Beitrag, dass wir das Energiestadtlabel erhalten haben. Wir haben uns dieses Geschäft nicht einfach gemacht. Wir haben verschiedene Sachen geprüft. Es gibt halt einfach auch einmal noch die Situation, dass ein Blockheizkraftwerk mit dieser Kombination die richtige Lösung für ein Gebäude ist. Soviel einfach zu Stefan Nünlist. Allenfalls macht nachher Adrian Balz noch Ergänzungen. Wir haben die Frage der Beteiligung mit der sbo geklärt. Es ist so gewesen, dass die sbo bis jetzt den Personalaufwand, die Abschreibungen und Betriebskosten der Stadt Olten verrechnet hat. Sie können dies in der Betriebsrechnung Fernwärme sbo im Jahr 2007 nachschauen. Hier hat uns die sbo Verwaltungs- und Personalkosten von Fr. 15'000.— bis Fr. 25'000.— berechnet. Dazu kommt die Verzinsung. Wir haben Kosten von rund Fr. 30'000.— gehabt. Nach unseren Berechnungen haben wir einfach festgestellt, dass es für die Stadt Olten günstiger kommt, wenn wir nicht eine Vereinbarung eingehen, keine Contractinglösung mit der sbo mehr machen. Soviel von

meiner Seite. Zur Frage der Nutzung der überschüssigen Energie, wenn das Stadthaus einmal saniert sein wird. Man muss hier weiter denken. Wohin geben wir diese ab? Hier möchte ich das Wort noch Adrian Balz geben, weil diesbezüglich auf der Fachebene nämlich bereits Überlegungen angestellt worden sind.

Adrian Balz: Zuerst den Ausführungen von Theo Schöni: Wir müssen gewisse Reserven haben, wenn zum Beispiel ein Museumsneubau kommt. Die Energie, die man nachher einspart, kann man zum Beispiel brauchen, um das neue Museum zu heizen. Wenn man nachher immer noch überschüssige Energie hat, kann man selbstverständlich Contracting mit Nachbarparzellen lösen, die man hier in den Wärmeverbund einbinden kann. Das hat man überlegt. Zur Frage von Herrn Köstli: Wenn Ihr auf Seite 2 „Sanierungskonzept“ gelesen habt, ist genau beschrieben, weshalb wir Öl und Gas machen.

Theo Schöni: Man müsste vielleicht zum Vorschlag von Stefan Nünlist einfach noch ergänzen, den ich auch unterstützen könnte, dass, wenn man alternative und erneuerbare Energien für die Stromproduktion einsetzen würde, hat man, wie wir wissen, auch ganz andere Stromvergütungen. Das würde sich natürlich ebenfalls zu Buche schlagen, auch bei der Amortisation dieser Anlagen. Ich würde es zweckmässig finden, wenn man sich diese Chance nicht entgehen liesse, und wir effektiv eng in der Zeit sind, aber dies doch noch eine Abklärung rechtfertigen würde.

Adrian Balz: Betreffend Alternativenergien habe ich vergessen zu sagen, dass wir selbstverständlich prüfen und vermutlich können wir parallel dazu Sonnenkollektoren für Photovoltaikanlagen auf den Dächern machen. Aber diese allein reichen nie, um das Wärmeblockheizkraftwerk in Betrieb zu nehmen.

Stefan Nünlist: Ich finde die Idee Blockheizkraftwerk gut. Das ist sehr fortschrittlich. Aber die Frage an Adrian Balz: Hier steht, dass der Vollservicevertrag am 30. April 2009 ausläuft. Das ist wie eine Deadline, zu der wir gar nichts sagen könnten. Ist es tatsächlich so, dass die Anlage jetzt am Ende ihrer Lebensdauer angelangt ist und man sie überholen müsste? Wieviel würde eine Überholung kosten? Könnte man mit der sbo nicht eine Verlängerung des Vertrages von zwei bis drei Jahren aushandeln? Das sind die Fragen, die ich mir stelle. Dann hätten wir einfach mehr Zeit, um Alternativen zu evaluieren und müssten wissen, wieviel uns dies kostet, wenn wir sie jetzt renovieren, damit sie noch ein paar Jahre läuft. In der Zwischenzeit könnte man eine neue Anlage konzipieren, die mit alternativen Energien betrieben wird. Wie gesagt: Die Idee Blockheizkraftwerk ist eine sehr gute und fortschrittliche Idee.

Adrian Balz: Approximativ haben wir die Pellet-Heizung geprüft. Es geht von Kosten von 2 Millionen Franken aufwärts, vergleichbare Wärmeleistung. Das ist die Angabe des Heizungingenieurs. Dann haben wir gesagt, die grossen Mehrkosten sind nicht effizient genug.

Beschluss

Mit 43 : 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird Eintreten beschlossen.

Stefan Nünlist: Ich möchte gerne einen Rückweisungsantrag stellen.

Beschluss

Mit 36 : 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Rückweisungsantrag von Stefan Nünlist abgelehnt.

Beschluss

Mit 42 : 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Dem Investitionskredit in der Höhe von Fr. 1'300'000.00 für die Sanierung der Heizzentrale mit BHKW im Stadthaus (Wärmeverbund «Hübeli») wird zu Gunsten Konto-Nr. 090.503.02 zugestimmt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2008, Stand 110.5 (Basis 1. April 2005), gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Andreas Schibli: Jetzt muss ich es wirklich sagen. Ich bitte, das Quorum noch einmal richtig aufzunehmen. Ich habe im Laufe der Debatte dieser Gemeinderatssitzung aufgeschrieben, wie viele Leute hier sind und habe immer gezählt, wer herein gekommen und hinaus gegangen ist. Ich möchte es kurz sagen. Beim Geschäft der Museen sind es bei den Abstimmungen einmal 47 und einmal 48. Bei diesem Geschäft sind es einmal 47, einmal 48 und einmal 49 gewesen. Irgendwo muss eine Person herein gekommen sein. Aber die Türen sind nicht auf und zu gegangen. Ich kann mir vorstellen, dass dies in der weiteren Debatte von heute Abend noch relevant sein könnte.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (2)
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. November 2008

Akten-Nr. 29/34

Prot.-Nr. 35

Frohheimschulhaus, Ersatz Fenster mit Sonnenschutz/Kreditbewilligung

Der Stadtrat beabsichtigt, die über 40 Jahre alten Fenster im Hauptbau des Frohheimschulhauses zu ersetzen. Die geplanten Wärmeschutzfenster bieten dank besserer Isolierung ein behagliches Schulklima und dies bei tieferen Heizkosten. Die neuen Fenster erfüllen sowohl die ästhetischen wie auch die ökologischen Anforderungen.

Der Stadtrat beantragt für den Fensterersatz (inkl. Sonnenschutz) im Frohheimschulhaus einen Kredit von Fr. 1'100'000.00.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

Ausgangslage

Das Frohheimschulhaus (Altbau) – Sitz der Bezirksschule Olten – wurde in den Jahren 1898 bis 1900 erbaut. Das von Karl Moser gestaltete Schulhaus wurde damals zu einem Wahrzeichen der Stadt, einerseits wegen der exponierten Lage, andererseits wegen der für die Zeit ungewöhnlichen Formen. Die heute bestehenden Fenster wurden grösstenteils in den 1960er-Jahren eingebaut. Dabei wurde der Gestaltung der Fenster (Unterteilung der Flügel / Sprossierung), welche für das äussere Erscheinungsbild wichtig und typenprägend ist, wenig Beachtung geschenkt.

Die über 40 Jahre alten Fenster sind luftundicht und weisen aus heutiger Sicht einen schlechten Dämmwert ($U_{w \text{ ist}} = \text{ca. } 2.6 - 2.8 \text{ W/m}^2\text{K}$) auf. Zudem verursachen die undichten Fensterfälze und teilweise gar der luftundichte Einbau einen erhöhten Luftwechsel. Dies führt zu einer deutlich verminderten Behaglichkeit und erhöhtem Energieverbrauch. Der Einbau von neuen Fenstern drängt sich deshalb auch aus energetischer Sicht auf. Der vorhandene Sonnenschutz stammt ebenfalls aus der Zeit der bestehenden Fenster und muss ersetzt werden.

Projekt / Energie

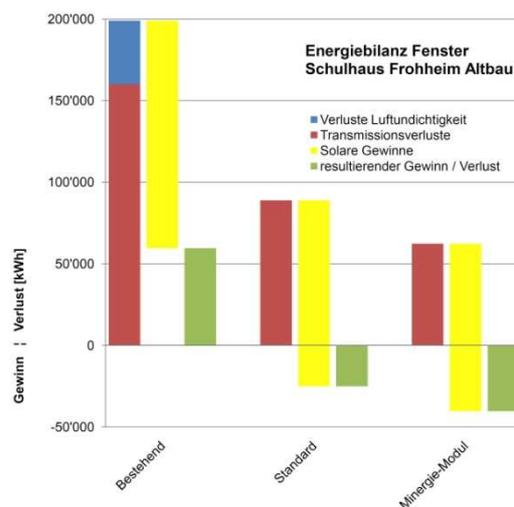
Die alten Fenster des Haupthauses werden komplett durch neue wärmedämmte Fenster ersetzt. Dabei soll die feingliedrige Flügelaufteilung (Sprossierung) des ursprünglichen Zustandes wiederhergestellt werden. Somit wird das im Zonenplan als erhaltenswerte Kulturobjekt bezeichnete Frohheimschulhaus in seinem äusseren Erscheinungsbild wieder aufgewertet. Gleichzeitig wird der vorhandene Sonnenschutz ausgewechselt.

Die im Rahmen des Reaudits Energiestadt Olten verabschiedete Gebäudestrategie gibt für Fenster einen U_w -Wert von $1.0 \text{ W/m}^2\text{K}$ vor. Dieser tiefe Wert kann üblicherweise mit einem geprüften Minergie-Modul Fenster oder einer gleichwertigen Konstruktion erreicht werden. Diese Fenster weisen gegenüber dem Standardfenster verbesserte Rahmen und dreifach Isoliergläser ($U_g = 0.7 \text{ W/m}^2\text{K}$) mit thermisch verbessertem Glasrand auf. Erste Abschätzungen haben ergeben, dass der Vorgabewert trotz den angestrebten feingliedrigen Flügelaufteilung des ursprünglichen Zustandes erreicht oder nur leicht ($< 5 \%$) überschritten wird. In diesem Falle sind bei sorgfältiger Ausführungsplanung die denkmalpflegerischen und ästhetischen mit den ökologischen Aspekten vereinbar.

Da bei den Fenstern neben den Verlusten auch ein solarer Energiegewinn resultiert, muss für die Abschätzung der Energieeinsparungen die Jahresbilanz betrachtet werden.

Obwohl der solare Gewinn bei den bestehenden Fenstern am höchsten ist, resultiert trotzdem noch ein bilanzierter Energieverlust. Bei den neuen Fenstern hingegen kann ein Gewinn erreicht werden. Dieser ist umso grösser, desto besser die thermische Qualität der Fenster ist.

Die vorgesehenen Fenster bringen eine Energieeinsparung von rund 100'000 kWh. Dies entspricht rund 8 % des Energieverbrauchs der gesamten Schulanlage Frohheim.



Kostenvoranschlag

Der Finanzbedarf wurde auf Grund von Offerten und Kostenschätzungen ermittelt:

• Ersatz Fenster	Fr. 900'000.00
• Ersatz Sonnenschutz (Raffstoren)	Fr. 100'000.00
• Anpassungsarbeiten / Unvorhergesehenes	<u>Fr. 100'000.00</u>
Total inkl. MwSt	<u>Fr. 1'100'000.00</u>

Termine

Die Ausführung des Fensterersatzes erfolgt in 2 resp. 3 Etappen. Die Ausführung der 1. Etappe ist im Sommer 2009 geplant.

Schlussbemerkungen

Mit der gewählten Beschaffenheit der Fenster (Minergie-Modul Fenster oder gleichwertige Konstruktion) können sowohl die ästhetischen wie auch die ökologischen Anforderungen erfüllt werden. Die neuen Fenster versprechen eine Lebensdauer von mindestens 30 bis 40 Jahren und bieten ein behagliches «Schulklima».

Beschlussesantrag:

I.

1. Dem Investitionskredit in der Höhe von Fr. 1'100'000.00 für den Fensterersatz (inkl. Sonnenschutz) wird zugunsten Konto-Nr. 293.503.02 zugestimmt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2008, Stand 110.15 (Basis 1. April 2005) gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Roland Rudolf von Rohr: Es ist in der GPK ein kurzes Geschäft gewesen. Die Vorlage ist unbestritten gewesen. Sowieso, eine Vorlage, die ästhetische und ökologische Wünsche wie diese unter einen Hut bringt, hat es leicht. So ist es auch in der GPK gewesen. Man hat dann noch festgestellt, dass die Fenster seit 40 Jahren dort sind, und die Dauer hier dürfte wieder 30 bis 40 Jahre hinhalten. Somit ist das Geld hier richtig investiert. Die GPK ist einstimmig für diesen Beschluss.

Stadträtin Silvia Forster: Ich bin noch gefragt worden, wieviele Fenster es ungefähr wären. Es sind 130 Fensterfronten, zum Teil zwei- und dreifeldrige Fenster. Das macht in etwa 250 Fenster, die es betrifft. Irgend jemand hat den Preis pro Fenster ausrechnen wollen. Sonst bittet der Stadtrat darum, dieser Vorlage, wie Sie Ihnen beantragt wird, zuzustimmen.

René Wernli: Die FdP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates mehrheitlich zustimmen. Wir sind der Auffassung, dass es heute ein Gebot der Stunde ist, dass die Fenster, wo es herein zieht und die undicht sind, ersetzt. Dies nicht nur, weil unser Fraktionskollege dort oben in diesen Räumlichkeiten Schule geben muss, sondern weil die Lebensdauer einfach erschöpft ist. Eine normale Lebensdauer vom Baulichen her bei einem Fenster oder Fassadenteil vervoranschlagt man mit 25 bis 30 Jahren. Der Ersatz ist also gegeben. Ebenfalls bewegt sich der Kredit in einem normalen Rahmen, einem Sanierungsbedarf. Wenn man ein Haus saniert, beläuft sich der Fensteranteil zwischen 5 und 6 %. Wenn ich das Haus vom Wert her anschau, dürfte dies etwa gegeben sein.

Caroline Wernli Amoser, SP-Fraktion: Im Gegensatz zum Blockheizkraftwerk verstehe ich dieses Geschäft. Es zieht im Froheimschulhaus oben. Wenn ich jeweils noch zum Budget gesprochen habe, habe ich die Lehrer, die es unter uns hat, gefragt, ob es immer noch ziehe. Ich habe immer gehört: Es zieht immer noch. Inzwischen haben wir wieder einen Sohn dort oben. Jetzt kann ich ihn direkt fragen. Es zieht immer noch. Es gibt offenbar sogar

Fenster, die man gar nicht richtig schliessen kann. Von daher: Was lange währt, wird endlich gut. Es freut uns sehr, dass man die Fenster saniert, dass es vom Klima her stimmt, Energieeffizienz. Die Stichwörter haben wir gehört. Bei uns ist die Vorlage unbestritten. Wir werden sie soweit ich es mitbekommen habe einstimmig unterstützen.

Beschluss

Mit 46 : 0 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Andreas Schibli: Die Schülerinnen und Schüler des Froheimschulhauses werden Ihnen recht herzlich danken für die Aufnahme dieses Geschäfts. Die Sprecherin der SP hat es gesagt. Wir sind wirklich froh, nicht nur die Lehrkräfte, sondern auch die Schülerinnen und Schüler, dass wir im Winter nicht mehr die Jacken tragen müssen, es im Herbst nicht mehr hinein regnet und wir im Sommer nicht zu stark heiss haben. Danke vielmals.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Dem Investitionskredit in der Höhe von Fr. 1'100'000.00 für den Fensterersatz (inkl. Sonnenschutz) wird zugunsten Konto-Nr. 293.503.02 zugestimmt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2008, Stand 110.15 (Basis 1. April 2005) gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (2)
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. November 2008

Akten-Nr. 29/13

Prot.-Nr. 36

Schwimmbad Olten, Ersatz Wärmeanlagen/Projekt- und Kreditgenehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

Ausgangslage

In der Umweltgesetzgebung wird permanent auf den Wechsel von nicht erneuerbaren zu erneuerbaren Energien hingearbeitet. Ebenso soll ungenutzte Abwärme wenn möglich genutzt werden. Diese Grundsätze sind verankert im Energiegesetz des Kantons Solothurn (EnGSO).

In § 12 "Heizungen im Freien und Freiluftbäder" unter Abs. 2 steht:

"Der Bau neuer und die Sanierung bestehender beheizter Freiluftbäder sowie der Ersatz und die wesentliche Änderung der technischen Einrichtungen zu deren Beheizung ist nur zulässig, wenn sie ausschliesslich mit erneuerbaren Energien oder mit anderweitig nutzbarer Abwärme betrieben werden."

Unter Abs. 3 wird ergänzt:

"Elektrische Wärmepumpen dürfen zur Beheizung von Freibädern eingesetzt werden, wenn eine Abdeckung der Wasseroberfläche gegen Wärmeverlust vorhanden ist."

CO₂-Abgabe

Der Bundesrat hat am 23.03.2005 beschlossen, in der Schweiz eine CO₂-Gebühr für Brennstoffe (Öl, Gas) einzuführen. Der Start dieser Massnahme trat am 01.01.2008 in Kraft. Bei der Festlegung des Abgabebesatzes folgte der Bundesrat dem Beschluss des Parlaments vom 20. März 2007 über die Genehmigung des CO₂-Abgabebesatzes. Der Abgabebesatz beträgt im Jahr 2008 Fr. 12.— pro Tonne CO₂.

Sofern die Reduktionsziele in den Folgejahren nicht erreicht werden, steigt die CO₂-Abgabe per 01.01.2009 auf Fr. 24.— je Tonne CO₂ bzw. auf Fr. 36.— je Tonne CO₂ ab 2010. Die Reduktionsziele sind wie folgt definiert: die CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen dürfen im Jahre 2006 höchstens 94 % der Emissionen des Referenzjahres 1990 betragen, im Jahre 2007 höchstens 90 %, im 2008 höchstens 86,5 % oder in einem der folgenden Jahre höchstens 87.75 %. Grundlage bildet die vom BAFU geführte CO₂-Statistik."

Im August 2007 wurde die technische Einrichtung zur Beheizung des Badwassers durch das Hochwasser vollständig zerstört. Als Provisorium wurde eine Gasheizung für zwei Jahre eingemietet. Diese Zeit wird genutzt für die Planung und den Bau einer zeitgemässen Wärmeanlage und den damit verbundenen Wechsel zu erneuerbaren Energien und der Nutzung der Abwärme im Schwimmbad Olten.

Parlamentarische Vorstösse zur Energie betreffend Badi

Postulat betreffend Nutzung alternativer Energien zur Wassererwärmung des Schwimmbades Schützenmatte der SP-Fraktion, Markus Oegerli, 24.05.2007:

"Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie alternative Energien zur Wassererwärmung des Schwimmbades Schützenmatte genutzt werden können.

Kurzbegründung:

Von Mai bis September ist das Oltner Schwimmbad geöffnet und erfreut viele schwimm- und badefreudige NutzerInnen. Dabei ist erfreulich, dass sich die SchwimmerInnen auch bei etwas kälteren Temperaturen einer körperlichen Ertüchtigung im Freien erfreuen können.

Zur Zeit wird das Wasser durch den nicht erneuerbaren Energieträger Gas durchgehend auf eine angenehme Badetemperatur geheizt. Dadurch entsteht für eine Badisaison ein Energieverbrauch, welcher mit dem Jahresverbrauch des Stadthauses vergleichbar ist.

Für uns (als Energiestadt) ist es zwingend, für die Wassererwärmung alternative Energien zu nutzen, wie das bei einer privaten Anlage und öffentlichen Bädern gesetzlich verlangt wird. Bei einer Sanierung muss man zudem davon ausgehen, dass Gas gemäss kantonalem Energiegesetz § 12 als Energieträger nicht mehr verwendet werden darf und die exakte Temperatur des Wassers nicht mehr garantiert werden kann:

§ 12. Heizungen im Freien und Freiluftbädern:

"Der Bau neuer und die Sanierung bestehender beheizter Freiluftbäder sowie der Ersatz und die wesentliche Änderung der technischen Einrichtungen zu deren Beheizung ist nur zulässig, wenn sie ausschliesslich mit erneuerbaren Energien oder mit anderweitig nutzbarer Abwärme betrieben werden."

Eine Möglichkeit der Nutzung alternativer Energien ist die Sonne. Auf den Garderobengebäuden der Oltner Badi bietet sich eine ausgiebige Fläche zur Nutzung dieser Energiequelle an.

Eine grobe Kostenschätzung ergibt, dass die Investitionskosten für eine Solaranlage zu 100 % in zwei Jahren amortisiert werden könnte. Einfluss hat natürlich das Wetter und ob täglich eine Wasser-Mindesttemperatur garantiert werden muss. Ab dem dritten Betriebsjahr besteht die Möglichkeit einer jährlichen Einsparung von über 70'000 Fr. an Energiekosten.

Für eine schnelle Umsetzung danken wir im Voraus – auch im Hinblick auf unsere Umwelt."

Das "Produkt" Schwimmbad Olten

Das Schwimmbad Schützenmatte Olten kann von Mai bis September genutzt werden. Im Gegensatz zu umliegenden, ländlicheren Bädern öffnet das städtische Bad um 06.30 Uhr unter der Woche und um 08.00 Uhr am Sonntag. Dieses Angebot wird sehr geschätzt und rege genutzt. So schwimmen morgens zwischen 06.30 und 08.00 Uhr um die 100 Personen regelmässig ihre Kilometer vor der Arbeit. Zwischen 08.00 und 10.00 Uhr sind es wiederum über 100 Personen, die ihren Frühsport oder ihre Fitness absolvieren. Diese Kunden sind unverzagte, sie kommen auch bei schlechterem Wetter.

Um diese Attraktivität des Bades in der Stadt zu erhalten ist es zwingend, die Wassertemperatur bei ca. 23°C zu halten. Bei einer tieferen Wassertemperatur verliert das Schwimmbad einen grossen Teil seiner Attraktivität als Bad und die Stadt Olten als

Arbeitsort, was auch die Kundschaft am Abend betreffen würde, kommen doch viele Morgenschwimmer/-innen am Abend noch einmal mit der Familie oder Kollegen.

Im Mai und anfangs Juni sowie im September ist die Wasserbeheizung auch tagsüber erforderlich. An kälteren Tagen kommen tagsüber – vor allem am Anfang der Saison – sehr viele Leute zum Schwimmen, weil das Wasser beheizt ist. Andere Bäder haben an solchen Tagen weniger als 5 Badegäste, was eine Öffnung eigentlich nicht rechtfertigt. Ein zeitweises Schliessen (Halbtage oder Tage) des Bades schreckt noch mehr Gäste ab, was wiederum weniger Einnahmen bedeutet.

Es ist daher richtig, folgendes Angebot aufrecht zu erhalten und die energetischen Untersuchungen sind darauf abgestellt:

- Unterbruchslose Betriebszeiten von Mai bis September
- Öffnungszeiten von 06.30 – 20.00 Uhr
- Wassertemperatur ca. 23°C

Folgende Heizsysteme sind untersucht worden:

a) Wärmepumpen-Heizsystem zur Badewassererwärmung

Für den wirtschaftlich sinnvollen Einsatz der Wärmepumpe spielt die Wärmequelle eine wesentliche Rolle. Die Wärmepumpe soll das Temperaturniveau der Aare nutzen. Diese Wärmequelle genügt, um eine Wassertemperatur der Becken von 22°C bis 24°C bei richtiger Dimensionierung und technischer Ausführung zu erreichen.

b) Beckenabdeckung

Der grösste Teil der Wärmemenge geht an der Wasseroberfläche verloren. Die wichtigste Massnahme zur Temperaturverlustminderung ist deshalb die Wasserflächenabdeckung. Dieses Naturgesetz gilt natürlich unabhängig des Energieträgers, welcher zur Beheizung genutzt wird.

Die Energieeinsparung beträgt an einem durchschnittlichen Tag zwischen 30 – 40 % bei einer 10-stündigen Bedeckung der Wasserfläche des Schwimmerbeckens und der Sprunggrube.

c) Sonnenkollektoranlage für Brauchwarmwasser

Die Brauchwassererwärmung wird derzeit mit sechs Gas-Durchlauferhitzern erbracht. Es ist angedacht, diese mittels ökologischer Energie (Solaranlage) zu erzeugen. Durch den Einbau von Speichern ist heisses Wasser sofort verfügbar. Die Kollektorflächen sollen auf das Dach der Garderobe und allenfalls auf dem Dach des Technikgebäudes zu stehen kommen. Gesamthaft sind ca. 53 m² Kollektorfläche erforderlich.

d) Optimierung des Stetszulaufs und des Stetsablaufs/Wärmetausches

Um nicht so viel chemische Mittel zu verwenden, wird dem Badewasser konstant neues, kaltes Grundwasser zugeführt und gleichzeitig warmes Badewasser abgelassen. Dem abgelassenen Badewasser soll die überschüssige Wärme entzogen und dem kalten Grundwasserzulauf direkt zugeführt werden.

e) Sonnenabsorberanlage zur Badewassererwärmung

Die Sonnenabsorberanlage nützt die Sonnenenergie, die direkt während der Badesaison zur Verfügung steht. Diese Wärmequelle genügt, um eine Wassertemperatur von 20 – 22°C zu erreichen. Um eine zu starke Senkung der Beckentemperatur bei Schlechtwetterperioden zu

vermindern, ist eine Beckenabdeckung erforderlich. Die Sonnenabsorberanlage besteht aus schwarzen Absorbermatten, die untereinander mit schwarzen Polyethylen-Leitungen verbunden sind und auf das Flachdach gelegt werden. Es sind ca. 600 m² Matten erforderlich. Bei längeren Schlechtwetterperioden kann die Wassertemperatur nicht bei 23°C gehalten werden. Da keine weitere Energiequelle zur Verfügung steht, müsste mit kälterem Wasser Vorlieb genommen werden.

Kosten der einzelnen Bauteile (Stufe Vorprojekt +/- 25 %)

Investitions- kosten	Wasser-Wasser Wärmepumpe 400 kW	Sonnen- absorber- Anlage	Becken- abdeckung	Solare Brauch- wasser- erwärmung	Wärme- tauscher Stetszu-/ablauf
Netto	Fr. 786'713.75	Fr. 350'500.00	Fr. 395'330.00	Fr. 188'000.00	Fr. 93'100.00
Brutto	Fr. 846'504.00	Fr. 379'138.00	Fr. 425'375.00	Fr. 204'288.00	Fr. 100'210.00
Wartungs-/ Unterhaltskosten	Fr. 2'500.00	Fr. 1'000.00	Fr. 10'000.00	Fr. 1'000.00	Fr. 2'000.00
Energiekosten	Fr. 27'211.01	Fr. 15'353.83	Fr. 1'000.00	Fr. 9'640.89	Fr. -
Kapitalkosten	Fr. 76'185.36	Fr. 34'122.42	Fr. 38'284.00	Fr. 18'385.00	Fr. 9'300.00
Jahreskosten	Fr. 105'896.37	Fr. 50'476.25	Fr. 49'284.00	Fr. 29'025.89	Fr. 11'300.00

Da die Sonnenabsorberanlage die gewünschte Badwassertemperatur von 23°C nicht garantieren kann, weil sie Sonneneinstrahlungsabhängig ist, steht sie zur Ausführung nicht im Vordergrund.

Die Solare Brauchwassererwärmung wird vom Kanton Solothurn geringfügig subventioniert.

Die Wasser-Wasser-Wärmepumpe kann auch in einem allfälligen Hallenbad verwendet werden.

Gesamtkosten für die Wasser-Wasser-Wärmepumpe, für die Badwasserbeheizung mit der energiesparenden Beckenabdeckung, der solaren Brauchwassererwärmung und dem Wärmetauscher mit optimiertem Stetszu- und -ablauf:

Investitionskosten

Brutto $\text{Fr. 1'576'377.00} + \text{Fr. 394'094.25 (25 \%)} = \text{Fr. 1'970'471.25}$

Laufende Kosten

Wartungs-, Unterhaltskosten Fr. 15'500.00
 Energiekosten Fr. 37'851.91
 Kapitalkosten Fr. 142'154.36
 Jahreskosten $\text{Fr. 195'506.27} + \text{Fr. 48'876.57 (25 \%)} = \text{Fr. 244'382.84}$

Einsparungspotential

1. Wasser-Wasser-Wärmepumpe	
Energiekosten (Strom) neu	Fr. 27'211.02
Energiekosten 2008 (Gas)	Fr. 100'914.70
CO2-Abgabe 2008 (Gas)	Fr. 2'787.12
Einsparung neu	Fr. 76'490.80
2. Beckenabdeckung	
Einsparpotential Schwimmbecken	Fr. 22'750.00
Einsparpotential Sprungbecken	Fr. 5'200.00
Einsparung neu	Fr. 27'950.00
3. Solare Brauchwassererwärmung	
Energiekosten (Pumpenstrom) neu	Fr. 9'640.00
Energiekosten 2008 (Gas)	Fr. 1'014.94
CO2-Abgabe 2008 (Gas)	Fr. 20.73
Mehrkosten neu	Fr. 8'604.33
4. Wärmetauscher/Stetszu- und -ablauf	
Einsparung neu	Fr. 68'000.00

Schlussbemerkungen

Das gute Angebot der Stadt Olten bezüglich Öffnungszeiten und beheiztes Badewasser soll nicht reduziert werden. Das Schwimmbad in Olten soll energetisch zu einem nachhaltigen und ökologischen Betrieb werden. Zukünftige Möglichkeiten für Erweiterungen des Badbetriebes eventuell auch auf die Wintersaison sollen möglich sein.

Die Wahl für die Wasser-Wasser-Wärmepumpe, welche allenfalls auch im Winter genutzt werden könnte, kombiniert mit der Beckenabdeckung für das Schwimmerbecken und die Sprunggrube sowie die Solare Brauchwassererwärmung und den optimierten Wärmetauscher inklusive Stetszu- und -ablauf erfüllt die Ansprüche idealerweise.

Beschlussesantrag:

I.

1. Das Projekt mit der Wasser-Wasser-Wärmepumpe
der Beckenabdeckung
der solaren Brauchwassererwärmung und
dem Wärmetauscher mit optimiertem Stetszu- und Stetsablauf
wird genehmigt.
2. Der Kredit von Fr. 2'000'000.— zu Gunsten Konto Nr. 341.501.05 wird genehmigt.

II.

Die Ziffer I./2. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Urs Knapp: Die GPK empfiehlt Ihnen Zustimmung zu diesem Projekt. In der GPK ist auch klar heraus gekommen, dass die Dimensionierung dieser Heizung von den Rahmenbedingungen abhängt. Die Rahmenbedingung dieses Heizbades ist, dass man von Mai bis September mit 23 Grad baden kann. Man braucht natürlich auch eine entsprechende Heizung. In der GPK ist gefragt worden, ob es einen Unterschied macht, dass die Wärmeanlage so dimensioniert ist, dass man damit auch ein Hallenbad heizen könnte. Nach Auskunft der Baudirektion besteht kein Kostenunterschied. „Die gewählte Wärmepumpe ist für den beschriebenen Sommerbetrieb ausgelegt. Wenn man diese Heizung auch im Winterbetrieb Hallenbad einsetzen könnte, wäre der Leistungsgrad natürlich markant besser. Auch würde eine Minimierung der Kapitalrückflusszeit erreicht“. Mit diesen Zusatzinformationen empfiehlt Ihnen die GPK Zustimmung zum Geschäft.

Heidi Ehrsam, CVP/EVP-Fraktion: Die Oltner Badi ist attraktiv, in der Bevölkerung für Breitensportschwimmen beliebt und erst noch von denkmalschützerischem Wert. Das muss unbedingt so bleiben. Deshalb gilt das Angebot, wie es im Bericht und Antrag steht, in Bezug auf die Betriebszeiten, Öffnungszeiten und Wassertemperatur aufrecht zu erhalten. Der vorgeschlagene Ersatz der Wärmeanlagen ist auf dieses Ziel ausgerichtet und garantiert eine Wassertemperatur von 23 Grad, die es einfach im Minimum braucht, damit Schwimmen über längere Distanzen ohne zu frieren möglich ist. Die CVP/EVP-Fraktion dankt für den Bericht und Antrag und ist überzeugt, dass die Fachleute eine ausgewogene Lösung für die neuen Wärmeanlagen der Badi präsentieren. Die Grundsätze des Energiegesetzes des Kantons Solothurn sind bei der Ausarbeitung des Vorschlags beachtet worden, ebenso der energetische Faktor. Ganz in unserem Sinne ist natürlich, dass die beantragte Wasser-/Wasserpumpe auch für den Badibetrieb in der Wintersaison einsatzfähig ist. Ich erinnere hier an unser Postulat. Das Vorhaben Solarenergie für Brauchwassererwärmung zu nutzen und Speicher einzusetzen ist ökologisch und der Komfort beim Duschen wird erst noch merklich besser. Das heisse Brauchwasser wird sofort verfügbar sein, im Gegensatz zum heutigen System mit den Gasdurchlauferhitzern. Die Badibenutzerinnen und Badibenutzer werden dies zu schätzen wissen. Ich möchte mangels Fachkenntnis nicht auf die weiteren Bauteile eingehen, sondern einfach sagen, dass wir die Vorlage unterstützen. Es ist eine Investition, die dem Anspruch der Ökologie und der Nachhaltigkeit gerecht wird. Die CVP/EVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt dem Beschlussesantrag einstimmig zu.

Felix Wettstein, Fraktion GO/JA: Unsere Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und zustimmen, obwohl wir die vorgeschlagene Umsetzung als etwas zaghaft beurteilen. Wir meinen, dass in Sachen Sonnenenergienutzung mehr drin liegen würde. Die Flächen für Kollektoren stehen zur Verfügung. Wir legen grossen Wert darauf, dass die Anlagen jetzt so dimensioniert werden, dass bald schon weitere Sonnennutzung hinzu geschaltet werden kann. Die neue Wärmepumpe soll dann nicht plötzlich zu gross dimensioniert sein und als Killerargument gegen den Ausbau von Sonnenenergie herhalten, nur damit sie ausgelastet sein wird, auch wenn dann halt das Wasser halt einmal einen Morgen lang nur 22 statt 23 Grad warm wäre. Die Wärmepumpe, so gescheit ein Wasser-/Wasseraustausch vom Prinzip her ist, braucht zusätzlich Strom, viel Strom. Diesen Stromverbrauch wollen wir drosseln und nicht noch ansteigen lassen. Es ist richtig zu sagen, dass sie auch im Winter im Einsatz sein können soll, aber nur ergänzend zu anderen Energieträgern, die wirklich auf erneuerbaren Energien basieren, was bekanntlich bei unserem Strommix noch lange nicht der Fall ist. Das Schwimmbad ist nur während vier Monaten pro Jahr geöffnet, Mitte Mai bis Mitte September. Die Sonne scheint auch in den anderen acht Monaten, zwar etwas weniger lang, aber immerhin. Deshalb wollen wir, dass die Energieversorgung der Badi in Verknüpfung mit Nachbarnutzungen geplant und ausgeführt wird. Wir denken insbesondere an die Schützi. Auch sie kann solargewärmtes Brauchwasser nutzen, das ganze Jahr über, vor allem würde sich das Dach der Schützi auf der Südseite sehr gut für die Sonnennutzung

eigenen. Die Ausrichtung und der Neigungswinkel sind optimal. Darum lässt sich dies auch ästhetisch gut lösen. Die Wärme des Schützdaches könnte im Sommer zur Badwassererwärmung beitragen, zwischen Herbst und Frühling für das eigene Haus. Die Realisierung dieser Idee ist zugegebenermassen ein eigenes Projekt. Wir möchten dies zwar bald verwirklicht sehen, aber nicht in die heutige Vorlage einpacken. Aber an diesem Beispiel wollen wir klar machen, was wir meinen. Die Anlagen, die wir heute beschliessen, müssen mit solchen Zusatznutzungen kompatibel sein.

Thomas Frey, FDP-Fraktion: Erlauben Sie mir vorab eine persönliche Bemerkung. Ich selber brauche Wasser hauptsächlich als Durstlöscher und zur Körperpflege und oute mich hier quasi als Nichtschwimmer. Das ist vielleicht auch der Grund, weshalb ich als Fraktionssprecher auserkoren worden bin. Ich bin nämlich an der Fraktionssitzung nicht dabei gewesen. Ich habe aber die Unterlagen genau durchgelesen und habe mit Freude feststellen können, dass doch diverse Leute am Morgen vor acht Uhr schon hin- und her schwimmen, die Badi beliebt ist und dies sicher ein Geschäft ist, das die Unterstützung braucht. Das vorliegende Konzept überzeugt in allen Punkten. Als positiv möchte ich den eventuellen Winterbetrieb heraus streichen, der realisiert werden könnte, was natürlich eine weitere Attraktivität steigern würde. Ich sehe den Mehrverbrauch des Stromes nicht unbedingt als Nachteil, da wir ja auch Standort der wichtigsten Stromproduzentin hier in Olten sind, die es sicher freuen wird, wenn wir etwas mehr Strom brauchen, um Badewasser zu machen. Noch einmal: Das Konzept überzeugt, und wir werden dies einstimmig unterstützen.

Markus Oegerli, SP-Fraktion: Im Gegensatz zu Thomas bin ich ab und zu ein Morgenschwimmer, aber auch nicht an der Fraktionssitzung gewesen. Trotzdem: Dadurch, dass ich den Vorstoss ja auch eingereicht habe, dass man hier jetzt relativ viel Energie gebraucht hat - man hat an und für sich mehr Energie für das Bad als für das Stadthaus selber gebraucht - finden wir natürlich jetzt die gefundene Lösung eine sehr gute. Es ist auch schön, wenn wir jetzt in Zukunft am Morgen wieder ohne schlechtes Gewissen schwimmen gehen können. Mit den vier Massnahmen, die hier ausgewählt worden sind, kann man dies in Zukunft sicher so machen. Wir werden dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgende Beschlüsse:

I.

1. Das Projekt mit der Wasser-Wasser-Wärmepumpe der Beckenabdeckung der solaren Brauchwassererwärmung und dem Wärmetauscher mit optimiertem Stetszu- und Stetsablauf wird genehmigt.
2. Der Kredit von Fr. 2'000'000.— zu Gunsten Konto Nr. 341.501.05 wird genehmigt.

II.

Die Ziffer I./2. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. November 2008

Akten-Nr. 7/5

Prot.-Nr. 37

Entlastungsstrasse Region Olten (ERO), Begleitung der Bauarbeiten durch externe Mitarbeiter, Honorare/Kreditgenehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

Ausgangslage

Der Kanton Solothurn erstellt nun die Entlastungsstrasse Region Olten (ERO) von der Mühle in Rickenbach der Bahnlinie entlang bis zum Knoten Aarburgerstrasse/Sälistrasse in Olten. Dieses Bauwerk kostet gesamthaft über 330 Mio. Franken und es soll bis 2013 fertiggestellt sein.

Struktur des Bauprojektes ERO

Die ganze Entlastungsstrasse wurde in über 30 Lose unterteilt. Alle Lose auf dem Gemeindegebiet der Stadt Olten haben Bezüge zu Infrastrukturanlagen, Grundeigentum oder anderen Interessen der Stadt Olten. Einige der Bauwerke gehen nach Vollendung in das Eigentum der Stadt Olten über. Hauptsächlich sind dies der Fussgängersteg über die Aare, die Gheidbrücke über die SBB-Jurasüdfusslinie, der Veloweg nach Wangen, diverse Erschliessungsstrassenstücke und Kanalisationen.

Viele der Baubesprechungen der Lose finden zeitgleich statt, so dass es nicht möglich ist, *die Interessen der Stadt Olten* nur durch Mitarbeiter der Stadt vertreten zu lassen. Es wurden daher Ingenieure aus der Privatwirtschaft für ganz bestimmte Objekte als Interessenvertreter angestellt, *ohne die ein Teil der Interessen der Stadt Olten nicht wahrgenommen werden könnten*. Zusätzlich würden Lücken bei den vom Tiefbauamt üblicherweise ausgeführten Arbeiten in der Stadt Olten entstehen, sei es bei Baugesuchen, bei den Sanierungsarbeiten oder bei den anderen grossen Projekten wie Innenstadt, Parkhaus, Aarelandschaft usw.

Der Stadtgenieur ist als Vertreter der Stadt Olten für die Bündelung aller Fragestellungen der diversen Lose der ERO als Projektleiter während der nächsten fünf Jahre eingesetzt.

Kreditbedarf

Für die externe Begleitung ist, je länger die Bauzeit dauert, mit geringeren Einsätzen zu rechnen, so dass der Finanzbedarf kleiner wird. Es ist nicht möglich, den genauen Finanzbedarf bis zur Eröffnung der ERO vorherzusagen. Für die nun begonnenen Bauteile werden pro Jahr ca. Fr. 250'000.— notwendig. Nach 2011 sind die Gheidbrücke, die

USEGO-Spange und der Fussgängersteg über die Aare fertiggestellt und teileröffnet. Danach folgen Werkleitungsbauten, Erschliessungsstrassen, Anpassungen an den Anschlusspunkten usw., welche weniger aufwändig in der Baubegleitung sind.

Kreditbedarf	2009	Fr.	250'000.00
Kreditbedarf	2010	Fr.	250'000.00
Kreditbedarf	2011	Fr.	200'000.00
Kreditbedarf	2012	Fr.	200'000.00
Kreditbedarf	2013	Fr.	100'000.00
Gesamtkreditbedarf		Fr.	<u>1'000'000.00</u>

Beschlussesantrag:

I.

1. Das Konzept der externen zusätzlichen Baubegleitung mit der Projektleitung durch den Stadtgenieur wird genehmigt.
2. Der Kredit von Fr. 1'000'000.— zu Gunsten Konto Nr. 620.501.32 Baubegleitung ERO/Honorare wird genehmigt.

II.

Die Ziffer I./2. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Daniel Probst: Die GPK hat hier einen relativ klaren Entscheid gefällt. Mit 8 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung hat man dem Beschlussesantrag zugestimmt. Man hat begrüsst, dass man für diese Arbeit nicht neue Stellen schafft, weil es ja auch ein begrenztes Projekt ist, sondern, dass man hier mit der vorgeschlagenen Lösung fährt, dass man diese Leistung einkauft. Sonst hat es eigentlich nicht mehr zu diskutieren gegeben.

Stadträtin Silvia Forster: Im Vorfeld sind noch Fragen zum Finanzbedarf, wegen des Konzepts und zum Reporting gestellt worden. Sie haben das Papier erhalten. Von daher muss ich dies nicht weiter erläutern. Ich möchte einfach noch etwas dazu sagen. Ich gebe zu, nehme dies „auf meine Kappe“ und entschuldige mich dafür, in Anbetracht des vielen Geldes, das wir Ihnen abfordern, hätte der Bericht und Antrag vielleicht noch etwas besser ausformuliert werden können. Dies ist in der Hitze des Gefechtes und unter der hohen Arbeitslast passiert. Dafür entschuldige ich mich. Ich glaube aber, dass wir im Nachhinein Ihre Fragen noch beantwortet haben und so zumindest Schadensminderung gemacht. Ich bitte Sie, dem Bericht und Antrag des Stadtrates zuzustimmen, dass wir die Interessen der Stadt Olten beim Projekt ERO vertreten können und gleichzeitig eine gute Dienstleistung erbringen können, auch für die Bevölkerung, die mit ihren Baugesuchen zu uns kommt oder sonst irgend ein Anliegen hat. Wenn wir die personellen Ressourcen nicht erhalten würden, müssten wir allenfalls über Prioritätenverschiebungen nachdenken. Merci vielmals, und ich danke, wenn Sie uns das Geld sprechen würden.

Iris Schelbert: Die Fraktion der Grünen/Jungalternativen stimmt dieser Vorlage zu. Von uns her gibt es ja eigentlich nicht viel dazu zu sagen. Wir sehen die Notwendigkeit der externen Begleitung der Bauarbeiten durchaus ein. Wir halten aber fest, dass jemand die Interessen der Stadt nur dann effektiv und effizient wahrnehmen kann, wenn diese Person auch aus dem Stadthaus darüber informiert und alimentiert wird, welcher Art dann diese Interessen auch sein müssen. Weiter halten wir fest, dass man schon wieder eine Million Franken Folgekosten der ERO bewilligen muss, und wir befürchten, dass es noch ab und zu solche Folgekostenvorlagen geben wird. Wenn wir gerade bei den Folgekosten der ERO oder der Wahrnehmung der Interessen sind, wäre noch festzuhalten, dass das Interesse der Stadt schon einmal kläglich nicht wahrgenommen worden ist oder irgend jemand hat irgendwo irgend etwas unterlassen. Jetzt zahlen wir gegen die 20 Millionen Franken mehr. Wir wollen dies nicht. Wir haben dies nicht so gewollt, liebe SVP. Aber diesem Kredit stimmen wir zu.

Thomas Rauch, FDP-Fraktion: Wir stimmen diesem Geschäft grundsätzlich zu. Wir finden, dass Projekte an externe Büros vergeben werden, ist eine sehr gute Lösung und kann vielleicht in Zukunft auch in anderen Bereichen so angewendet werden. Als flankierende Massnahmen oder ergänzenden Antrag zum vorliegenden Geschäft sind eigentlich drei Punkte erwähnt, die hier zur Debatte stehen. Das heisst, man möchte eigentlich damit primär erhöhte Transparenz erreichen. Man möchte bei der Vergabe der Arbeiten einen gewissen Wettbewerb spielen lassen, und man möchte nach eindeutig fixierten Qualitätskriterien die Arbeiten vergeben könnten. Das heisst, es gibt sehr wahrscheinlich einfachere Tätigkeiten, die ein Bauleiter machen können, und andere, die ein Spezialist begleiten soll. Das heisst, es soll klare Submission gemacht werden. Es soll ein Reporting gemacht werden. Es soll jährlich eine Zustimmung zum weiteren Kredit gegeben werden. Das hilft auch der Verwaltung, den Arbeitsanfall besser zu planen und dass ein Auftragsvolumen von einer Million solche Kriterien erfüllen soll, versteht sich von mir aus gesehen von selbst, dass man dies den Leuten so vorlegt. Die Verwaltungsseite argumentiert, dass sich nur Geschäftsführer und gut ausgebildete Leute darum kümmern werden. Das liegt natürlich auf der Hand, wenn man nach Aufwand zum Maximaltarif arbeiten kann, schickt man selbstverständlich die entsprechende Leute dorthin. Zusätzlich denke ich, dass es für das Geschäft an sich sehr positiv ist, wenn man ein klares Reporting hat. Es hilft, Mehrkosten zu vermeiden. Wir möchten nachher nicht noch einen Nachtragskredit bewilligen müssen. Vor allem im Bewusstsein, dass man ja seit Jahren weiss, dass staatliches Bauen im Durchschnitt 20 bis 30 % mehr kostet als das Bauen für Private. In diesem Sinne sind die drei Ergänzungsanträge zu verstehen.

Dr. Rudolf Moor: Die SP-Fraktion unterstützt diesen Antrag grundsätzlich. Wir sind allerdings im Gegensatz zur FdP nicht der Meinung, dass es immer gut ist, wenn man Arbeiten auswärts vergibt, sondern es durchaus Sinn macht, dass man gewisse oder viele Arbeiten mit eigenem Personal macht. Im vorliegenden Fall verstehen wir, dass es Sinn macht, dies extern zu vergeben, weil es hier Spezialisten braucht und solche kann man erstens nicht auf Dauer bei der Stadt anstellen und zweitens gibt es sie auch nicht sehr zahlreich. Aus diesem Grunde finden wir diese Lösung zweckmässig. Zu den Anträgen der FdP: Wir sehen eigentlich die Notwendigkeit eines jährlichen Reportings nicht ein. Wir sehen auch nicht ein, dass man diesen Kreditbedarf jährlich wieder im Parlament bewilligen muss. Ich glaube, wenn man den Kredit einmal bewilligt hat, liegt dies durchaus in der Kompetenz des Stadtrates. Hingegen gehen auch wir davon aus, dass natürlich nicht eine Million Franken freihändig vergeben wird. Ich glaube, hier braucht es keinen Antrag. Das steht schlichtweg im kantonalen Beschaffungsreglement oder wie dies genau heisst und ist sicher so geregelt.

Daniel Joss: Die CVP/EVP-Fraktion ist grundsätzlich für die Konzepte der externen Baubegleitung für die Entlastungsstrasse, so dass die Interessen der Stadt gewahrt werden können. Wir werden dem Antrag und somit dem Kredit zustimmen. Zusätzlich werden wir aber auch dem Antrag der FdP zustimmen, dass jährlich über das Ganze ein Report abgegeben und dem Parlament vorgelegt wird.

Marcel Buck, SVP-Fraktion: Auch wir stimmen dem Geschäft zu und unterstützen einstimmig die Anträge der FdP.

Thomas Frey: Ich nehme zwischendurch an Sitzungen im Zusammenhang mit der ERO teil, und ich habe festgestellt, dass das Verhältnis zwischen der Stadt und dem Kanton, um es einmal gelinde auszudrücken, ziemlich konfliktbeladen ist. Es ist vielleicht auch eine Entspannungsmassnahme, dass man gewisse Leute nicht mehr an die Sitzungen schickt und Externe einsetzt. Ich denke aber gleichwohl, es ist wichtig, dass die Interessen der Stadt kompetent vertreten werden und sich die Verantwortlichen nicht nur noch um interne Angelegenheiten und die eigenen internen Sachen der Stadt, was sicher auch wichtig ist, kümmern, sondern wirklich ab und zu am richtigen Ort an diese Sitzungen gehen und dort ihre Ansprüche anmelden.

Felix Wettstein: Ich hätte Informationsbedarf und wäre diesbezüglich froh, vom Stadtrat oder speziell von Stadträtin Silvia Forster eine Antwort zu erhalten, wie der Stadtrat zu diesen drei Änderungsanträgen der FdP steht. Persönlich leuchtet mir ein, dass wir Punkt 1 zustimmen könnten. Vielleicht muss man aber sagen, es ist nicht nötig, weil es ohnehin schon gemacht ist. Bei Punkt 2 ist meine persönliche Stimmung momentan, wenn wir im nächsten Jahr die Zahl 250'000 wieder auf dem Tisch haben, im übernächsten Jahr 200'000, sind wir gleich klug wie jetzt. Wir müssen wohl oder übel glauben, dass diese Zahl so bemessen ist, dass sie dann in etwa für das reicht, was es braucht. Von daher kann ich mir bei Punkt 2 nicht vorstellen, dass es dies braucht. Aber ich wäre wirklich froh, vom Stadtrat noch die Überlegungen zu den drei Änderungsanträgen zu hören.

Stadträtin Silvia Forster: Es steht auf dem Papier. Da gibt es ja zu jedem Projekt ein Beiblatt, wo man Beschreibungen machen muss, die ohne Weiteres als Reporting gebraucht werden könnten. Von daher wehrt sich der Stadtrat nicht gegen den Beschlussesantrag 1. Bei Beschlussesantrag 2 ist es tatsächlich so, wie Du es gesagt hast. Es macht die Sache nicht einfacher, wenn man dies jedes Jahr wieder bringen muss, weil wir das Geld brauchen. Zu Punkt 3: Die Stadt Olten untersteht der Submissionsordnung. Wir können diese nicht umgehen. Wenn es jetzt einen Auftrag geben würde, dass man ausschreiben müsste, müssten wir dies tun. Aber ich denke, Urs Kissling hat in diesem Papier klar Stellung genommen. Ich möchte noch etwas zum Votum von Thomas Frey sagen. Ohne, dass jetzt hier wieder Sachen gesteuert oder ausgedacht werden, wer jetzt wohl hier mit wem usw... Ich möchte festhalten - das wissen Sie - das Projekt ERO ist eines der grössten Bauprojekte, die der Kanton Solothurn hat. Unzählige Fachleute, seien es Vertreter des Kantons oder externe Büros, arbeiten an diesem Projekt unter relativ grossem Zeitdruck. Wir haben heute Abend schon verschiedentlich Vorwürfe gehört, was in der Stadt Olten nicht gemacht werden soll. Ich glaube, Thomas Frey kann bestätigen, dass zum Teil eben auch Konflikte entstanden sind, weil sich die Stadt Olten für ihre Anliegen wehrt, dass sie sich auch einsetzt, dass sich Urs Kissling als Verantwortlicher der Stadt beim Projekt ERO, als Interessenvertreter, sehr für die Anliegen der Stadt Olten einsetzt, für die Stadt Olten kämpft, wo es eben darum geht, dass wir Steuergelder brauchen. Dass es dort halt ab und zu einmal einen roten Kopf gibt und vielleicht ein Wort fällt, das man im Normalfall nicht brauchen möchte, ist auch verständlich. Die Situation ist angespannt, weil der Kanton zum Teil andere Vorstellungen als die Stadt Olten hat. Aber ich denke, wir versuchen, die Interessen der Stadt Olten mit aller Vehemenz durchzusetzen und halt zu schauen, dass wir zu unserer Sache kommen. Dafür muss man kämpfen und manchmal halt auch hart. Aber ich möchte wirklich jetzt verhindern, dass man das Gefühl hat, wir müssten Mitarbeiter abziehen, weil sie nicht wissen, was sich gehört. Ich gehe davon, dass Thomas Frey dies nicht so gemeint hat.

Thomas Frey: Nein, ich habe mich wirklich nicht in diese Richtung äussern wollen. Die Ursache des Konflikts ist eher auf der anderen Seite, auf Seite des Kantons. Das ist meine Wahrnehmung.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Thomas Rauch hält an den drei Anträgen fest.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgende Beschlüsse:

Zustimmung zu Ziffer I./1. und 2.

Ergänzungsanträge Thomas Rauch, FdP:

Neue Ziffer I./3.

Beschluss

Mit 45 : 2 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Die Verwendung des Kredits wird mit einem jährlichen Reporting begleitet.

Neue Ziffer I./4.

Beschluss

Mit 24 : 18 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird folgender Antrag abgelehnt:

Der jährliche Kreditbedarf unterliegt einer wiederkehrenden Bewilligungspflicht durch das Parlament.

Neue Ziffer I./5.

Beschluss

Mit 26 : 19 Stimmen bei 3 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Baubegleitung/Projektleitung: Die Aufträge werden gemäss Submissionsordnung ausgeschrieben und vergeben.

Gesamtbeschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Das Konzept der externen zusätzlichen Baubegleitung mit der Projektleitung durch den Stadtgenieur wird genehmigt.
2. Der Kredit von Fr. 1'000'000.— zu Gunsten Konto Nr. 620.501.32 Baubegleitung ERO/Honorare wird genehmigt.
3. Die Verwendung des Kredites wird mit einem jährlichen Reporting begleitet.
4. Baubegleitung/Projektleitung: Die Aufträge werden gemäss Submissionsordnung ausgeschrieben und vergeben.

II.

Die Ziffer I./2. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. November 2008

Akten-Nr. 43/16

Prot.-Nr. 38

Abfall eigener Haushalt, Budgeterhöhung/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag

1. Ausgangslage

Bis heute wurden rund 800 Tonnen Grünabfälle und Falllaub aus öffentlichen Anlagen, Friedhof, Parkplätzen und Strassen in Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde Olten entsorgt. Die verschiedenen Deponien sind nun aber überfüllt. Eine Kapazitätserweiterung ist momentan nicht geplant.

Aus diesem Grund mussten andere Entsorgungsmöglichkeiten gesucht werden. So sollen neu rund 350 Tonnen verschmutztes Falllaub aus Parkplätzen und Strassen der Verbrennung und rund 400 Tonnen saubere Grünabfälle der I.G. Orgakomp zur Grünverwertung zugeführt werden.

2. Finanzielle Auswirkungen

Durch die Änderung dieses Entsorgungsregimes entstehen folgende Mehrkosten (Zahlen inkl. MwSt und gerundet):

Verbrennungskosten	rund 350 Tonnen à Fr. 162.00	Fr. 57'000.00
Entsorgung I.G. Orgakomp:	rund 400 Tonnen à Fr. 130.00	Fr. 52'000.00
Jährliche Mehrkosten		<u>Fr. 109'000.00</u>

Diese Mehrkosten können nicht über den ordentlichen Anlagenunterhalt bezahlt werden, sondern sollen dem Konto 720.313.01 Abfall eigener Haushalt belastet werden.

Beschlussesantrag:

I.

1. Den jährlichen Mehrkosten zu Lasten Konto 720.313.01 Abfall eigener Haushalt im Betrag von Fr. 109'000.00 für die Entsorgung des Grünabfalls wird zugestimmt
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Marcel Buck: Nachdem die GPK die grossen Geschäfte wie Parkhaus Munzinger und Begegnungszone sowie das Budget 2009 ausführlich diskutiert hat, ist das Geschäft Abfall eigener Haushalt fast etwas zu kurz gekommen. Die GPK ist von Stadträtin Silvia Forster dahingehend informiert worden, dass bis jetzt in Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde Olten die Abfälle in Deponien haben entsorgt werden können. Diese sind jedoch jetzt überfüllt, so dass in Zukunft das folgende Szenario zum Tragen kommen soll: Zirka 350 Tonnen Falllaub aus Parkplätzen und Strassen sollen für Fr. 57'000.— der Verbrennung zugeführt werden. Zirka 400 Tonnen Grünabfälle will man der IG Orgakomp zur Grünverwertung für Fr. 52'000.— zukommen lassen. Die GPK beantragt dem Gemeindeparlament einstimmig, auf das Geschäft einzutreten und den Beschlussesanträgen zuzustimmen.

Stadträtin Silvia Forster: Im Vorfeld hat Herr Nünlist noch Fragen zu diesem Geschäft gestellt. Ich gehe davon aus, dass Ihnen die schriftliche Beantwortung ebenfalls ausgeteilt worden ist. Weitere Ergänzungen habe ich dazu nicht zu machen. Ich bitte Sie einfach, dem Antrag zuzustimmen. Ich muss auch ganz ehrlich sagen, dass ich bis heute nicht begriffen habe, weshalb dies eine separate Vorlage braucht, weil dies nämlich gebundene Ausgaben sind. Aber finanztechnisch ist dies offenbar so.

Thomas Marbet, SP-Fraktion: In Olten gibt es noch Bäume, und es gibt Sträucher. Das ist eigentlich eine positive Sache. Diese Bäume werfen aber nicht nur Schatten, sie werfen auch Laub. Das ist ein Problem, nicht nur für die Kanalisation. Es kann auch sicherheitsmässig ein Problem geben: Fussgänger, Fussgängerinnen, Velofahrer. Deshalb muss dieses Laub, gerade wenn es eben Strassenabrieb hat, entsorgt werden. Das ist natürlich in der Stadt oft der Fall. In diesem Sinne nehmen wir es in Kauf, dass es halt verbrennt wird. Immerhin, wie wir auf die Anfrage von Stefan Nünlist gelesen haben, wird hier nicht zusätzlich Brennmaterial oder Öl dazu verwendet. Das ist in Ordnung. Es ist auch positiv, dass ein Teil der Brennabfälle kompostiert werden kann. Sehr gefreut hat uns in der Beantwortung, dass vielleicht auch einmal Energie daraus gewonnen werden kann. Insgesamt kann man sagen, dass wir diesem Beschlussesantrag sicher zustimmen werden.

Stefan Nünlist, FDP-Fraktion: Ich spreche heute etwas zu den grünen Anliegen für die freisinnige Fraktion. Wir haben das Thema mit viel Leidenschaft diskutiert. Nachher haben wir gewisse Fragen gehabt, die ich Silvia Forster gestellt habe. Ich bin von der Antwort halb befriedigt. Ich sehe dies als eine Sofortmassnahme, weil man im Moment keine andere Möglichkeit hat. Aber ich finde, es ist keine nachhaltige Lösung. Weshalb nicht? Ich habe es schon beim anderen Geschäft sagen wollen. Ich finde, wir müssten einfach von diesem Öl und Gas weg kommen, weil es einfach nur noch Spekulation ist, was passiert. Wir müssen einfach langsam anfangen, bei der Energie eine Wende einzuleiten. Ich bin zutiefst überzeugt davon. Von daher stört mich der letzte Satz in der Antwort, dass die a.en respektive sbo kein Biomassenkraftwerk plant. Ich habe einfach das Gefühl, die sbo sind noch zu sehr in der alten Welt und nicht bereit, hier ein Zeichen zu setzen. Wir sind bereit, dem Antrag zuzustimmen, aber nur für ein Jahr. Ich stelle den Antrag, dass wir das Wort „jährlich“ bei Ziffer 1 streichen, und erwarte, dass die Umweltfachstelle oder Baudirektion in den nächsten Monaten einen Antrag unterbreitet, wie man künftig Laubabfälle entsorgen will - weil: Was ist Laub? Laub ist eigentlich nichts anderes als erneuerbare Energie, wo man mit Biomasse etwas daraus machen kann - und uns wirklich ein Konzept vorlegen, was man künftig mit diesem Laub machen will. Ich finde, wir sollten es nicht verbrennen und nicht verschwenden, sondern es nachhaltig nützen.

André Köstli, SVP-Fraktion: Es täuscht nicht darüber hinweg, dass die Vorlage nicht ganz zu Ende gedacht ist. Die SVP-Fraktion stösst sich schon etwas an den Entsorgungskosten von kompostierbarem und somit wieder verwertbarem organischem Material. Wir können den Entscheid des Stadtrates nicht nachvollziehen, zumal wir beispielsweise einen Steinbruch haben, der nach einem Entscheid dieses Parlaments renaturiert werden soll. Für

eine erfolgreiche Renaturierung ist es aber notwendig, den Pflanzen auch einen nährstoffreichen Untergrund zu bieten. Was liegt somit also näher, als dass man diese Abfälle im Steinbruch dem natürlichen Zerfallsprozess überlässt? Übrigens fast gratis und franko. Das „Tüpfchen auf dem i“ ist noch, kein zusätzliches Brennmittel, was natürlich auch umweltabhängig ist, für die Verbrennung einsetzen zu müssen. Wir gedenken deshalb, nicht auf das Geschäft einzutreten und den Weg somit für eine ökologische Lösung frei zu machen. Noch etwas in eigener Sache: Nein, ich will nicht zu den Grünen übertreten und wünsche deshalb auch keine Beitrittserklärung.

Georg Dinkel: Die CVP/EVP-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen, auch in der Hoffnung, dass man eventuell wieder einmal eine solche Anlage eröffnen könnte, wo diese Sachen wieder kompostiert werden könnten.

Dr. Max Pfenninger: Die Bürgergemeinde Olten hat einen Auftrag vom Kanton, die Grube allerspätestens in 25 Jahren vollständig renaturiert zu haben. Es ist bis heute 0 % renaturiert. Ich sehe nicht ein, dass wir Biomassen verbrennen müssen, wenn dort oben ein Auftrag des Kantons besteht, die Grube zu renaturieren. Ich kann diesem Geschäft nicht zustimmen und bitte Sie, dem auch nicht zuzustimmen und mit dem Kanton und der Bürgergemeinde eine andere Lösung zu suchen.

Theo Schöni: Zu diesen angeblich kompostierbaren Abfällen: Natürlich ist es Laub. Aber es fällt, weil es auf Strassen und Plätzen zusammen gewischt werden, unter Strassenwischgut, ist kontaminiert, gehört aus diesem Grund nicht in eine Kompostanlage und muss anderweitig entsorgt werden. Als organisches Material kann es auch nicht einfach in eine Deponie entsorgt werden, sondern es gehört in eine Verbrennung.

Thomas Frey: Ich muss Euch ehrlich sagen, dass ich entsetzt gewesen bin, als ich gelesen habe, was man hier zu machen im Sinn hat. Es ist meines Erachtens jenseits. Jetzt will man die grosse Energiestadt in der Schweiz sein und macht solche Sachen, „karrt“ unser Laub, das von den Bäumen fällt, weiss ich wohin, um es nachher verbrennen zu können. Ich verstehe die Welt nicht mehr und bitte Euch auch, dies zurück zu weisen.

Stadträtin Silvia Forster: Es ist nicht die Idee der Baudirektion, dass man das Laub, das von der Strasse aufgewischt wird, der Verbrennungsanlage zuführt, sondern das ist die Umweltschutzgesetzgebung, die ausserhalb des Einflussbereiches der Stadt Olten liegt. Darüber hat man abgestimmt. Wir „karren“ es nicht weiss wohin, sondern ins Hasli, wo es nachher auf die SBB geht, um zur Kebag zu gelangen. Das ist das Erste. Das Andere, das ich einfach noch einmal dazu sagen möchte: Das saubere Laub, die Grünabfuhr, die wir holen, geht zur IG Orgakomp, die im Moment Humus daraus macht, wo man sich aber auch Gedanken über ein Biomassenkraftwerk macht. Nicht möglich, meine Damen und Herren, ist - wenn man die Prozesse anschaut, die es in der Stadt Olten für eine Planung, eine Mitwirkung, für ein Bewilligungsverfahren, um zuerst einen Platz zu finden, braucht - dass Sie in einem Jahr hier über einen Bericht und Antrag entscheiden können, ob ein Biomassenkraftwerk in der Stadt Olten gebaut und ob die Stadt Olten es selbst bauen würde oder jemand anders. Das saubere Laub wird ja wieder verwertet. Alles andere ist schmutziges Laub, das aufgrund der Gesetzgebung nicht kompostiert werden kann, sondern verbrannt werden muss. Sonst sollen alle Kantonsräte und Kantonsrätinnen, die hier sitzen, und die Idee gut finden, dass wir das schmutzige Laub kompostieren sollen, bitte einen Vorstoss einreichen und schauen, ob man eine Gesetzesänderung erreicht.

Marcel Buck: Silvia Forster, jetzt habe ich aber trotzdem kurz eine Frage. Wie hat man es denn bis jetzt gemacht? Jetzt hat man es ja einfach in den Wald geworfen, und es ist auch kontaminiert, wie Du sagst.

Stadträtin Silvia Forster: Das ist nicht wahr. Das saubere Laub ist bis jetzt schon kompostiert worden und das schmutzige hat man bis jetzt schon verbrannt.

Marcel Buck: Dann könnte man ja das saubere Laub gleichwohl in die Borngrube bringen. Du hast es ja bis jetzt schon getrennt.

Stadträtin Silvia Forster: In Kleinstarbeit hat man einen Gestaltungsplan erarbeitet, eine Neuauflage Gestaltungsplan Steinbruch Born gehabt. Bestandteil davon ist auch das Renaturierungskonzept, wo klar festgelegt ist, was zu welchem Zeitpunkt passieren muss. Hier kann die Stadt Olten nicht einfach zur Bürgergemeinde gehen und sagen: Wir fahren jetzt dorthin und werfen unser Laub hin. Das ist ein Gestaltungsplan, der vom Regierungsrat genehmigt ist und der aufgelegt hat.

Dr. Markus Ammann: Einfach zur Information: Der Strassenaufwisch ist etwas vom Schlimmsten. Es hat eben darin nicht nur Asphaltteile oder Steinteile, sondern es hat vor allem Pneumabrieb. Wenn etwas giftig ist, dann Pneumabrieb. Es ist Kadmium, Blei, Kupfer und Zink enthalten. Das ist alles hochgiftig und es ist selbstverständlich, dass dieses Material weg muss und nicht einfach in den Wald geworfen werden kann. Das ist einmal das Eine. Das Zweite: Hier nehme ich Stefan Nünlist gerne auch beim Wort. Die Rolle der sbo ist mir im Moment auch etwas suspekt. Ich denke, hier müssen wir effektiv einmal zusammen sitzen und schauen, welche Rolle die sbo in dieser Stadt noch haben soll. Meiner Meinung nach nimmt sie diese Rolle als städtische Betriebe Olten nicht wahr. Das sehen wir jetzt in diesem Fall wieder. Das haben wir vorher in der Energieerzeugung beim Blockheizkraftwerk schon erlebt. Ich glaube, das ist einmal eine Diskussion in diesem Saal wert, aber nicht jetzt.

Stefan Nünlist: Noch zwei Bemerkungen: Ich finde auch, dass man das zusammen gewischte Laub nicht kompostieren und zu Humus werden lassen sollte. Aber in einem Biomassenkraftwerk kann man dies gemäss meinem Kenntnisstand - aber ich lasse mich gerne korrigieren - verwerten. Es gibt offensichtlich Experten. Zweitens: Silvia, einmal müssten wir anfangen. Wir müssen einmal die Stossrichtung kennen. Ich würde es eine spannende Idee finden, in der Stadt Olten einmal mit dem Thema Biomasse anzufangen, wenn wir uns immer als Energiestadt loben. Vielleicht werden wir in einem Jahr noch keine Bewilligung haben. Aber lasst uns doch einmal anfangen und diesen Weg gehen, ein gemeinsames Ziel in dieser Richtung zu verfolgen. Markus hat recht. Ich denke, hier müssen wir einfach alle zusammen einmal die Hausaufgaben machen.

Theo Schöni: Einfach noch zur Ergänzung wegen des Biomassenkraftwerkes: Die KVA ist nicht eine Energievernichtungsanstalt, sondern eine Energiegewinnungsanstalt. Selbst das Laub hat einen Energiewert, und die in der KVA produzierte Energie wird sinnvoll genutzt. Wir haben leider wieder einen Abnehmer weniger, weil die Borregard „gestorben“ ist, aber es hätte dort soviel Energie, die auch sinnvoll genutzt wird. Das ist ein Beitrag. Man muss diesbezüglich nicht ein neues Kraftwerk für das Laub aufstellen.

Beschluss

Mit 44 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

Antrag Stefan Nünlist auf Streichung von „jährlich“

Stefan Nünlist: Ich halte am Antrag fest und glaube, dass es vom Aufwand her vertretbar ist. Dieser Antrag ist eine A4-Seite und man kann ihn Copy-pay im nächsten Jahr wieder heraus lassen, wobei ich aber denke, dass es doch einen gewissen Druck oder ein Zeichen gibt, dass wir in den kommenden zwölf Monaten in dieser Richtung etwas erwarten. Nachher würde, wenn es im Moment nur eine einmalige Ausgabe wäre, meiner Meinung nach II. oder das fakultative Referendum wegfallen.

Beschluss

Mit 23 : 20 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Antrag von Stefan Nünlist abgelehnt.

Beschluss

Mit 36 : 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Den jährlichen Mehrkosten zu Lasten Konto 720.313.01 Abfall eigener Haushalt im Betrag von Fr. 109'000.00 für die Entsorgung des Grünabfalls wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Werner Good: Für die restlichen Geschäfte sehen wir uns morgen um 18.00 Uhr wieder. Ich wünsche Euch einen schönen Abend.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.